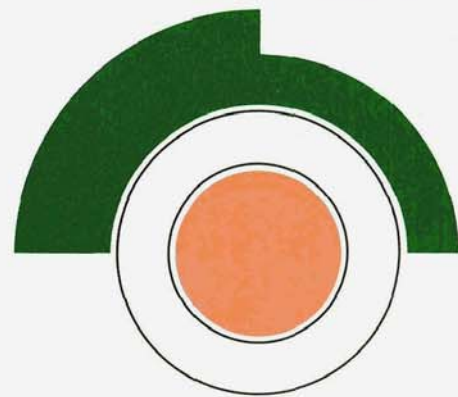


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 8



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 3. 5. 1995

## WORT UND WIDERWORT

### Ist der gefundene Kohlekompromiß tragbar für den Bergbau und das Land?

Mit der jetzt gefundenen Lösung, die Finanzierung der Kohleverstromung über den Bundeshaushalt vorzunehmen und die Energiepreise um diesen Betrag zu entlasten, habe die Bundesregierung eine ökologisch und technologisch falsche Weichenstellung vorgenommen. Niedrig gehaltene Energiepreise belohnen unnötigen Energieverbrauch und verhinderten Investitionen in notwendige Energietechnologien. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Bodo Hombach**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betont, die Finanzierung der Verstromungsmenge der heimischen Steinkohle sei nunmehr bis zum Jahr 2000 gesichert. Hierfür habe sich die CDU Nordrhein-Westfalens von Anfang an vehement eingesetzt. Damit hätten die Bergbauunternehmen und ihre Mitarbeiter wieder verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tschoeltsch** meint, mit der jetzt zwischen der Bundesregierung und der SPD-Landesregierung vereinbarten Begrenzung der Koks-kohlebeihilfe auf 4 401 Millionen Mark durch den Bund auf 2 700 Millionen Mark durch das Land für die Jahre 1995 bis 1997 werde ein Subventionsabbau begonnen, der für das Land und den Bergbau zumutbar sei, aber nicht ausreiche. Der Grüne-Abgeordnete **Dr. Manfred Busch** betont, man brauche Planungssicherheit, weil nur so der geordnete Umstieg von einem verschwenderischen System großer fossiler Kondensationskraftwerke und Atomkraftwerke zu einem System der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, der konsequenten Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen gelingen könne. (Seite 2)

### Mehr Selbständigkeit für die einzelne Schule Autonomie stößt auf Ablehnung

Der Landtag hat sich mit Mehrheit bei der Debatte über einen F.D.P.-Antrag zu freien selbstbestimmten Schulen sowie Entschließungsanträge von SPD und Grünen für mehr Selbständigkeit für die einzelne Schule und innere Weiterentwicklung durch größere Gestaltungsfreiheit ausgesprochen.

**Manfred Degen** (SPD) betonte, auch bei größerer Selbständigkeit von Schulen behalte das Land seine Verantwortung für das Schulwesen. Das erlaube keine Autonomie, benötige aber auch kein Zentralabitur.

**Heinrich Meyers** (CDU) sagte, für die CDU stehe fest, daß es eine autonome Schule nicht geben könne. Schule könne sich nicht selbst Gesetz sein.

**Dr. Andreas Reichel** (F.D.P.) fand, wenn an den Schulen Probleme existierten und Unterricht ausfalle, dann müßten die Schulen selber auf der Grundlage eigener Budgets handeln können.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) meinte, die jetzige Schulmitwirkung in NRW hinke hinter den zahlreichen Schulgesetzen in Hes-

sen, in Niedersachsen und erst recht hinter dem bremischen Schulgesetz hinterher.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) hielt fest, der Begriff der Autonomie scheine ihm, auf die Schule bezogen, überhaupt nicht zu passen.



„Los Kameraden! Denkt an die Posaunen von Jericho!“ Zeichnung: Klaus Pielert (Kölner Stadtanzeiger)

## Die Woche im Landtag

### U-Ausschüsse

Schlußbericht und Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse III und II, „Balsam-Komplex“ und „Dioxin“, haben das Parlament passiert. (Seiten 3 und 4)

### Engagement

Hohes Engagement für mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit bei Abgeordneten, Bürgern und Sachbearbeitern kam im Schlußbericht der Petitionsausschußvorsitzenden zum Ausdruck. (Seite 6)

### Organspende

Beim Transplantationsgesetz, das der geringen Bereitschaft zur Organspende abhelfen soll, geht es um Grenzprobleme von Medizin und Ethik. (Seite 19)

### Behinderte

Nordrhein-Westfalen will einen behutsamen Weg zur Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in der Schule gehen. (Seite 21)

### Staatsziel

Das Staatsziel Sport in der Landesverfassung muß umgesetzt werden und darf keine Worthülse bleiben. (Seite 26)

### Verschuldung

Die Verbraucherzentralen registrierten nach dem neuen Verbraucherschutzbericht verstärkte Beratung von Jugendlichen wegen Verschuldung. (Seite 28)

## WORT UND WIDERWORT

# Steinkohle hat bis zum Jahr 2000 klare Perspektive

Von  
Bodo Hombach

Der heimische Steinkohlenbergbau ist durch die Bundesregierung in eine krisenhafte Situation gebracht worden. Mit dem sogenannten Artikelgesetz ist im Mai 1994 der Einsatz der Steinkohle in der Verstromung bis zum Jahr 2000 geregelt worden. Die Bundesregierung hat den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts im Dezember 1994 zur Verfassungswidrigkeit des Kohlepfennigs genutzt, das Artikelgesetz in Frage zu stellen. In den Energiekonsensgesprächen am 16. März wurde durch die SPD die Finanzierung der Steinkohle in der Verstromung und der Kokskohlebeihilfe und somit die Zukunft des heimischen Steinkohlenbergbaus gesichert. Dadurch hat die Steinkohle bis zum Jahr 2000 eine klare Perspektive, und wir werden uns dafür einsetzen, daß diese langfristig gesichert ist. Die NRW-SPD hatte die Bundesregierung in der Frage der Finanzierung der Kokskohlebeihilfe stets aufgefordert, ihre

### SPD: Bund brachte Bergbau in krisenhafte Situation

gegenüber den Bergbauunternehmen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Das Land ist finanziell nicht in der Lage, mehr als den bisherigen Betrag von 2,7 Milliarden Mark zur Finanzierung für den Zeitraum 1995 bis 1997 beizutragen. Die Ruhrkohle AG wird für diesen dreijährigen Zeitraum einen zusätzlichen Anteil in Höhe von 234 Millionen Mark tragen müssen. Dies ist für die Ruhrkohle AG eine schwere Belastung. Umsichtiges Management habe aber dazu geführt, daß aus dem Beteiligungsbereich der RAG in den letzten fünf Jahren eine Milliarde Mark erwirtschaftet wurden. Hier ergibt sich die Chance zum zusätzlichen Verlustausgleich.

Mit der jetzt gefundenen Lösung, die Finanzierung der Kohleverstromung über den Bundeshaushalt vorzunehmen und die Energiepreise um diesen Betrag zu entlasten, hat die Bundesregierung allerdings eine ökologisch und technologisch falsche Weichenstellung vorgenommen. Niedrig gehaltene Energiepreise belohnen unnötigen Energieverbrauch und verhindern Investitionen in notwendige Energiespartechnologien.

Von  
Laurenz Meyer

Die Antwort lautet: Ja. Die Finanzierung der Verstromungsmenge der heimischen Steinkohle ist nunmehr bis zum Jahr 2000 gesichert. Hierfür hat sich die CDU Nordrhein-Westfalens von Anfang an vehement eingesetzt. Damit haben die Bergbauunternehmen und die Mitarbeiter wieder verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Angesichts des zunehmenden Widerstandes der revierfernen Bundesländer gegen die Kohlesubventionen schadet die starre Haltung der Landesregierung — die in keiner Weise die berechtigten Interessen der übrigen Bundesländer beispielsweise im Bereich der Kernenergie und der Importkohle berücksichtigte — letztendlich dem heimischen Steinkohlenbergbau.

Es hat sich erneut gezeigt, daß die heimische Steinkohle nur in dem bestehenden Energiemix aus Braunkohle, Stein-

### CDU: Nur im Energiemix Überlebenschance

kohle, Öl, Gas, Kernenergie und regenerativen Energien — wie er von CDU und IGBE gemeinsam vertreten wird — eine Überlebenschance besitzt.

Im Bereich der Kokskohlenfinanzierung ist es der CDU NRW gelungen, die schon seit 1993 festgelegte 50:50-Finanzierungsregelung zwischen Bund und Land doch noch zu verhindern und eine Mehrheit für den Kompromißvorschlag einer 60:40-Aufteilung finden.

Die uneinsichtige und einseitige Verhandlungsführung von Minister Clement und der nordrhein-westfälischen Landesregierung isolierte die Bergbauländer bei den Konsensgesprächen fast völlig und gefährdete ernsthaft den für das Land und die Bergbauunternehmen noch tragbaren Kompromiß.

Daß die Landesregierung ferner nicht bereit ist, ihren nun festgelegten Beitrag für die Kokskohlenfinanzierung zu zahlen, und die Mehrkosten auf die Ruhrkohle abwälzt, zeigt, wie es um das Engagement der nordrhein-westfälischen SPD für den Bergbau in Wirklichkeit bestellt ist.

Von  
Hagen Tschoeltsch

Über 95 Prozent der Steinkohlenvorräte der Welt liegen außerhalb Deutschlands, weniger als fünf Prozent in Deutschland. Steinkohle wird in Deutschland unter Tage, häufig in einer Tiefe von 1000 m, abgebaut. In vielen anderen Ländern kann man Steinkohle im Tagebau gewinnen, so wie in Deutschland die Braunkohle. Es sind diese geologischen Bedingungen, die trotz des massiven Einsatzes weltweit führender Technik in Deutschland keinen wettbewerbsfähigen Steinkohlenbergbau zulassen. Deshalb kostet die deutsche Steinkohle fast 290 Mark/t, während qualitativ gleichwertige Importkohle für rund 70 Mark auf dem Weltmarkt gehandelt wird. Auch bei größten Anstrengungen der Bergleute hat die deutsche Steinkohle keine Chance, wettbewerbsfähig zu werden. Vor diesem Hintergrund spricht sich die F.D.P. seit langem für eine nachhaltige Verringerung der Kohlesubventionen aus. Doch wir sagen auch, Verträge muß man halten. Deshalb steht die F.D.P. zu den Zusa-

### F.D.P.: Für Verringerung der Kohlesubventionen

gen des Energieartikelgesetzes der CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung und -Bundestagsmehrheit. Es sieht vor, dem Bergbau bis zum Jahr 2000 Verstromungshilfen in Höhe von sieben Milliarden Mark jährlich zu zahlen.

Die F.D.P. sagt aber auch, daß nach dem Jahr 2000 diese Subventionen gekürzt werden müssen.

Mit der jetzt zwischen der Bundesregierung und der SPD-Landesregierung vereinbarten Begrenzung der Kokskohlebeihilfen auf 4401 Millionen Mark durch den Bund und auf 2700 Millionen Mark durch das Land für die Jahre 1995 bis 1997 wird ein Subventionsabbau begonnen, der für das Land und den Bergbau zumutbar ist — aber nicht ausreicht. Denn jährlich fast 1000 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt für Kokskohlebeihilfe sind zuviel. Sie fehlen für bessere Schulen, für die Förderung der Wissenschaft, für eine Stärkung der Forschung, für wettbewerbsfähige, zukunfts-trächtige Arbeitsplätze und für die wirtschaftliche Umstrukturierung in den Orten, die vom Rückzug der Kohle besonders betroffen sind. Die F.D.P. will den Bürgerinnen und Bürgern im Revier wieder eine Zukunftsperspektive geben.

Von  
Dr. Manfred Busch

Eine Dauer-Subventionierung des deutschen Steinkohlenbergbaus ist finanzpolitisch nicht durchhaltbar und umweltschädlich nicht verantwortlich. Das weiß auch die SPD: Ihre sogenannte „Kohle-Vorrang“-Politik ist pure Heuchelei. Schon in der Vergangenheit hieß „Vorrang“ immer „Kürzung“. Und zwar mit Zustimmung der SPD.

Richtig ist: Die drohende Klimakatastrophe zwingt uns zur drastischen Einsparung fossiler Energieträger. Die Steinkohle war das Rückgrat des deutschen Wirtschaftswunders; jetzt müssen ressourcenschonende, umweltverträgliche, zukunftsfähige Energieformen an ihre Stelle treten. Das geht nicht auf einen Schlag — Energiepolitik ist eine generationenübergreifende Aufgabe. Der Abschied vom heimischen Steinkohlenbergbau muß als Gleitflug geplant und organisiert werden, der innerhalb von 20 Jahren sozialverträglich beendet werden kann.

### GRÜNE: Energiewende bietet große Chancen

Wir brauchen Planungssicherheit, weil nur so der geordnete Umstieg von einem verschwenderischen System großer fossiler Kondensationskraftwerke und Atomkraftwerke zu einem System der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, der consequenten Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen gelingen kann.

Dafür brauchen wir neue, zukunftsorientierte Beschäftigungsperspektiven in den Kohleregionen. Die Energiewende selbst bietet hier große Chancen: Das Prognos-Institut hat für die Bundesrepublik per Saldo ein Plus von 90 000 bis 125 000 Arbeitsplätzen errechnet. Sie können durch den Bau und Betrieb von neuen KWK-Anlagen sowie Nah- und Fernwärmenetzen und die Herstellung von energiesparenden Geräten und Materialien etc. gewonnen werden.

Der Kohlekompromiß läßt alle wichtigen Fragen offen; weiter konzeptionslose Kürzungen noch vor 2000 sind wahrscheinlich. Das ist keine vernünftige Grundlage für eine zukunftsorientierte Energie- und Umweltpolitik.

## Bei Aussprache über Abschlußbericht zum „Balsamkomplex“ scharfe Kritik Schwerpunktstaatsanwälte haben lange andauernd versagt



Kontrollinstanzen haben versagt: v. l. Dr. Dieter Haak (SPD), Heinz Paus (CDU), Egbert Reinhard (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Dr. Helmut Linssen (CDU) und Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schälte

SPD-Fraktion sowie die Oppositionsfraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN haben bei der Aussprache über den Schlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III betreffend den „Balsam-Komplex“ teilweise massive Kritik an der Bielefelder Staatsanwaltschaft geübt. Der Vorsitzende des U-Ausschusses, Dr. Dieter Haak (SPD), betonte indessen, nach seinem Dafürhalten gebe es keine Anhaltspunkte, daß es andere Großpannen, andere Punkte des Versagens gegeben habe. Aufgrund der getroffenen organisatorischen Vorsorge seien diese auch in Zukunft nicht zu erwarten. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) stellte sich bei der Debatte vor seinen Justizminister. „Rolf Krumsiek geht tadellos aus dieser Affäre hervor“, sagte der Regierungschef. Die Oppositionssprecher meinten dagegen, der Ministerpräsident hätte schon längst den Balsam Skandal zum Anlaß nehmen müssen, den Justizminister zu entlassen.

**Dr. Dieter Haak** (SPD), Ausschußvorsitzender, erklärte, er könne nicht ohne Genußtuung feststellen, daß 80 Prozent seines Berichtsentwurfs vom Ausschuß einstimmig gebilligt worden seien. „Wir haben hier sachlich, aufgeschlossenen, kollegial und an der Wahrheit orientiert aufgeklärt, und zwar gemeinsam“, sagte Haak. Der Ausschuß gehöre, was seine Arbeitsfreudigkeit anbetreffe, in das Landtagsbuch der Rekorde. Eine Nettoarbeitszeit von rund drei Monaten habe zur Verfügung gestanden. „Wir haben in dieser Zeit 51 Zeugen vernommen und Hunderte von Akten studiert.“ Keinen Anhaltspunkt gebe es dafür, daß die handelnden Beamten insbesondere der Schwerpunktsstaatsanwaltschaft in Bielefeld etwa im persönlichen Bereich gefehlt hätten. Dennoch stellte der Vorsitzende klar: „Die zuständigen Beamten der Schwerpunktsstaatsanwaltschaft haben nach einmütiger Auffassung des Ausschusses mehrfach und zum Teil lang andauernd versagt.“ Der Staatsanwalt sei kein Untergeordneter. Er sei derjenige, der hier zu ermitteln habe, nicht der Justizminister. „Ich wehre mich dagegen, daß, wenn ein solcher Fall vorliegt, daß berufene Fachbeamte so lange nicht ermitteln und so lange illoyal nicht berichten, dafür dann der Minister haften soll“, folgte der Vorsitzende.

**Heinz Paus** (CDU) betonte, der Name Balsam bezeichne den größten Wirtschaftsskandal in der Geschichte des Landes. Mit diesem Fall sei eine große Blamage für die führenden deutschen Banken verbunden, allen voran für die eigene Landesbank. Ferner stehe der Name Balsam für den bislang größten Justizskandal in der Geschichte

des Landes. Paus machte darüber hinaus deutlich, mit dem Namen Balsam sei untrennbar der Name Krumsiek verbunden. Der Balsam-Krumsiek-Skandal bezeichne den abenteuerlichen Versuch eines Ministers dieser Landesregierung, sich um seine politische Verantwortung zu drücken. Paus bezeichnete es als kaum faßbar, wie leicht es dem Finanzjongleur des Unternehmens gemacht worden sei, mit den drei simplen Hilfsmitteln Schere, Klebstoff und Kopierer über zehn Jahre hin ein Unterneh-

men, das praktisch nur Millionenverluste eingefahren habe, am Leben zu erhalten, ja sogar weltweit zum Marktführer zu machen.

**Egbert Reinhard** (SPD) berichtete, lahme Gäule der Justiz seien nicht gefunden worden, wohl aber mehrere Reiter mit Orientierungsstörungen. Leitende Beamten hätten sich vergaloppiert. Bielefelder Staatsanwälte hätten die Anzeige eines schweren Verbrechens objektiv falsch bewertet und der Justiz Schaden zugefügt. Drei Kontrollinstanzen hätten versagt. Daraus seien Konsequenzen zu ziehen. Einem Minister sei nicht vorzuwerfen, daß er sich auf den Sachverstand seines Hauses verlasse. Krumsiek habe keine Amtspflichten verletzt. Die Staatsanwaltschaft sei weitestgehend unabhängig, ihre Zusammenarbeit mit Polizeibehörden im Balsam-Verfahren teilweise schlecht. Nach 25 Jahren Erfahrung in Untersuchungsausschüssen, teils als Vorsitzender, halte er dieses Kontrollorgan für unverzichtbar. Die Mitglieder müßten ihre Präsenzpflicht einhalten und ihr Fragerecht diszipliniert ausüben. Für das Amt des Vorsitzenden sei ein Richter geeignet.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) sprach Dr. Haak Dank für vorzügliche Leitung mit erstaunlichen Ergebnissen aus und sah eine persönliche und politische Verantwortung des Justizministers als gegeben an. Vor Ignoranz und Arroganz wie in der Schwerpunktsstaatsanwaltschaft könne einem nur angst und bange sein. Hinter Kleinen Anfragen stehe immer auch der Informationsanspruch des ganzen Parlaments. Die Zwitterstellung der WestLB sei problematisch und habe den Ausschuß um ein Stück Überprü-

### Gedenken an das Kriegsende

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, der Abgeordneten sowie der Landtagsverwaltung werden zum Gedenken an das Kriegsende vor 50 Jahren am 8. Mai für eine Minute die Arbeit ruhen lassen. Durch einen Signalton wird im Landtag zu dieser Gedenkminute aufgerufen. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe folgt damit einer Bitte der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Düsseldorf. Am 8. Mai um 12 Uhr wird im gesamten Stadtgebiet Glockengeläut der katholischen und evangelischen Kirchen Bürgerinnen und Bürger zur „Gedenkzeit“ einladen. Für einen Augenblick der Stille, des gemeinsamen Gedenkens an das Kriegsende sollen möglichst überall in Düsseldorf der Verkehr und die Arbeit für eine Minute ruhen.

fung gebracht. Mit ihrer Staatsnähe habe sie sich strengeren Kriterien zu unterwerfen als Privatbanken. Schwerpunktstaatsanwaltschaften müßten besser für ihre Aufgaben bei Wirtschaftskriminalität vorbereitet werden. Schultz-Tornau forderte den Justizminister abschließend zum Rücktritt auf.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt für unbestreitbar, daß es richtig gewesen sei, diesen Ausschuß einzusetzen. Die Ergebnisse seien bedrückend. Wie das Kaninchen vor der Schlange stehe eine Spezialabteilung der NRW-Staatsanwaltschaften. Es fehle ihr an Mut, Tatkraft und Durchblick. Eine Behörde verlasse sich auf die andere. Berichte würden lediglich entgegengenommen und undistanziert weitergegeben. Ohne die Medien wäre nichts bemerkt worden. Weitere Unsicherheit und Doppelmoral seien zu befürchten. Sowohl Steuerfahndung als auch Polizei hätten den Ruf notorischer Abwiegler. Staatsanwälte säßen weiter auf hohem Roß, übten keine Selbstkritik. Trotz und Rechthaberei regierten. An der Antwort auf seine Kleine Anfragen hätten zu viele „Nebenköche“ mitgekocht, und nach dem „Schienenprinzip“ verteidige jeder „sein“ Ressort und gebe Fehler nach unten. Ganz fehlerfrei sei man nur ganz oben. Das Verhalten der WestLB sei einer öffentlichen Anstalt unwürdig. Kunden und Steuerzahler müßten für die 150 Millionen Mark Schaden aufkommen. Die SPD spiele bei den Beamten den scharfen Staatsanwalt und gehe mit ihren Ministern um wie mit einem Pflegefall.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, alle drei Oppositionsparteien hätten einvernehmlich festgestellt, daß hier in vorwerfbarer Weise entweder dem Parlament die Unwahrheit gesagt oder aber politische Verantwortung nicht wahrgenommen worden sei. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, an dieser Stelle, wo er für dieses Kabinett und auch für Fehlverhalten des Kabinetts Verantwortung trage, die Stellungnahme der Regierung abzugeben.

**Manfred Böcker** (SPD) meinte, es werde immer wieder versucht, der Landesregierung und den Behörden ein erkleckliches Maß an Mitverantwortung für die Balsam-Milliardenpleite in die Schuhe zu schieben. Sogar von „Staatshaftung“ sei die Rede gewesen. Dabei habe doch nicht der Staat versagt, sondern vielmehr die freie private Marktwirtschaft der Geschäftsbanken. In deren Risikosphäre liege doch die Hauptursache für den Anstieg und das Anwachsen eines Schadens von insgesamt 2,5 Milliarden Mark. „Das ist doch das wahre Problem und der wahre Skandal“, sagte Böcker. Zu den Vorwürfen an die Staatsanwaltschaft merkte er an, der Untersuchungsausschuß habe für persönliche Verstrickungen keine Anhaltspunkte gefunden. Der Polizeiführung in Bielefeld attestierte er einen erheblichen Teil der Mitverantwortung.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) sagte, der Justizminister habe mehrfach erklärt, er habe den Landtag nie vorsätzlich belogen, und er habe nie vorsätzlich die Unwahrheit gesagt. „Ich glaube das diesem Mann; denn dieser Mann hat große Verdienste. Ich habe nie Zweifel an seiner Ehrlichkeit, an seiner Leistungskraft zu haben gebraucht“, betonte Rau. Darum habe er die

## Plenum debattiert Zwischenbericht des PUA II: SPD würdigt Erfolg bei Dioxinminderung Opposition widerspricht „Schönfärberei“

*Mit der Forderung nach einer Überarbeitung des nordrhein-westfälischen Untersuchungsausschußgesetzes hat Maria Theresia Opladen (CDU), Vorsitzende des Untersuchungsausschusses II („Dioxin“) auf Geschehnisse im Ablauf der Untersuchungen dieses parlamentarischen Gremiums reagiert: Das Gesetz habe sich zwar in seiner bisherigen Fassung im wesentlichen bewährt, aber es gehe nicht an, daß alle Maßnahmen des neutralen und nicht stimmberechtigten Vorsitzenden durch einfache Mehrheit des Untersuchungsausschusses aufgehoben werden könnten. Das habe zum Beispiel dazu geführt, daß die SPD eine ihr genehme Reihenfolge der Zeugenvernehmung „gegen den Willen der Ausschußvorsitzenden und ohne zwingenden Grund“ durchgesetzt habe. Die Vorsitzende, die einer Oppositionsfraktion angehört, sei damit in die „pikante Situation“ gebracht worden, daß sie eine ihr nicht sachgerecht erscheinende Zeugenvernehmung dann in dieser Form habe durchführen müssen. Es beeinträchtige die Arbeit des Ausschusses, fuhr die Vorsitzende fort, wenn die Mehrheit in der Lage sei, der Vorsitzenden, die an Mehrheitsbeschlüsse gebunden sei, „die Verhandlungsleitung nach Belieben aus der Hand nehme“. Die Stellung der Vorsitzenden sei zu stärken.*

**Maria Theresia Opladen** (CDU), Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II, wies in ihrer zusätzlichen mündlichen Berichterstattung darauf hin, daß der Ausschuß nur einen Zwischenbericht vorlegen könne; das liege unter anderem an dem sehr weit gefaßten Untersuchungsauftrag, der nicht nur das Handeln der Regierung, sondern auch rechtliche und wissenschaftliche Aspekte umfaßt habe. Der Ausschuß habe 64mal getagt, 50 Zeugen vernommen und zehn Sachverständige angehört; die Sitzungsprotokolle umfaßten fünf Stehordner. Nach wie vor sei die Entstehung von Dioxinen bei Sinterprozessen unbeantwortet, und auch beim Gesichtspunkt der gesundheitlichen Gefährdung bestünden noch sehr unterschiedliche Auffassungen. Zudem sei die Aussagekraft der Untersuchungen, die Minister Matthiesen seinen Entscheidungen in Dortmund zugrunde gelegt habe, in Zweifel gezogen worden. Es sei die Rede von Druck auf Gutachter und ähnlichem gewesen. Auch die Art und Weise der Aktenvorlage durch das Umweltministerium habe die Arbeit des Ausschusses erheblich beeinträchtigt. Sie, Opladen, habe mit „erheblichem Erstaunen“ zur Kenntnis nehmen müssen, „daß der Umweltminister in einem Schreiben vom 2. Februar einräumte, Originalvorgänge gelegentlich auch eigenhändig zu vernichten“. Opladen verteidigte ihre Ent-

scheidung, den Zwischenbericht nicht als bloße Sachverhaltschilderung aufzufassen, sondern ihn mit Wertungen zu versehen, um das Verhalten des Umweltministers beurteilen zu können. Das sei nicht auf positive Resonanz bei der Mehrheitsfraktion gestoßen. Sie habe den Eindruck, „daß die Bereitschaft, sich mit meinem Entwurf überhaupt inhaltlich auseinanderzusetzen, gar nicht bestanden hat“. Statt dessen sei sie öffentlich der Manipulation von Untersuchungsergebnissen, der politischen Verunglimpfung und des billigen Wahlkampfes gescholten worden. Das habe sie sehr getroffen, weil es überhaupt nicht gerecht gewesen sei. Da die beschlossenen Abweichungen nie begründet worden seien, lege das den „Verdacht der Schönfärberei“ nahe und reduziere die Aussagekraft des Zwischenberichts.

**Lothar Hegemann** (CDU) resümierte nach 16 Monaten Untersuchung, daß nicht allein die Dioxinaffäre in Dortmund zur Debatte stehe, „sondern die gesamte Landesregierung sitzt mit ihrer Umweltpolitik auf der Anklagebank“. Sie, die Landesregierung habe nicht davor zurückgeschreckt, „eigenes Informationsrecht zu brechen, Gutachter unter Druck zu setzen und Meßergebnisse, die gesundheitsgefährdend waren, zu verheimlichen“. Die SPD habe im Ausschuß

(weiter nächste Seite)

Vorstellung der Opposition, den Justizminister zu entlassen, nicht aufgenommen. Er habe das in seinen Kräften Stehende getan, um Aufklärung zu schaffen. Rolf Krumsiek gehe ohne persönlichen Tadel, er gehe tadelnd frei aus dieser Affäre hervor.

### Persönliche Integrität

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, bezeichnete den „Persilschein“ für den Justizminister als völlig unberechtigt. Daß der Ministerpräsident hier einen Minister von seiner politischen Verantwortung, die er nicht ordentlich wahrgenommen habe, freispreche, zeige ganz eindeutig, daß ihm offensichtlich mehr daran gelegen sei, so einigermassen heil mit einem völlig angescheppten Kahn in die Landtagswahl zu

ziehen, statt klarzumachen: Jawohl, da seien Fehler passiert.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt Raus Aussagen für „den wirklich völlig untauglichen Versuch“, einen Minister reinzuwaschen, dem er die persönliche Integrität überhaupt nicht abspreche, der aber einen Fehler gemacht habe. Für Fehler müsse man auch die Verantwortung tragen. Man könne nicht Fehler bei anderen mit Disziplinarverfahren ahnden und sich selber außen vor stellen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, wies darauf hin, die Untergebenen des Justizministers hätten ein Disziplinarverfahren am Hals, und der Ministerpräsident bezeichne ihn als tadelnd frei und tadellos. Rau müsse sich selbst die Frage stellen, was er eigentlich unter Verantwortung für die politische Kultur verstehe.

versucht, seine Arbeit lahmzulegen und das Gesetz über Untersuchungsausschüsse noch weiter zu verbiegen. Es habe keine konstruktive Zusammenarbeit gegeben. Vielmehr habe die Landesregierung aufgrund des viel zu schwachen Untersuchungsausschußgesetzes „eindeutig das Verfahren bestimmt und nicht etwa die Vorsitzende oder der Auschuß selber“. Der Manipulationsvorwurf gegen die Vorsitzende sei „schäbig“, denn sie habe nur ihre Pflicht erfüllt. Es sei einmalig in der Geschichte von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, daß die Mehrheit mit allen Mitteln versucht habe, die parlamentarische Behandlung zu unterdrücken und daß man sich selbst bei der Sachdarstellung nicht zu einer Einigung durchringen konnte. Noch nicht vorgekommen sei auch, daß „wacklige“ Zeugen von der Landesregierung mit einem Rechtsbeistand in den Ausschuß geschickt worden seien, der dann mit den Zeugen beraten habe, wie sie zu antworten hätten. Hegemann ging mit dem Minister ins Gericht: Bei Käibermast und Kieselrot und einigen weiteren Vorfällen sei er sofort zur Stelle gewesen. Aber hier, wo er gefordert gewesen wäre, habe er nichts getan. Zu Matthiesen gewandt: „Sie sind nicht mehr verlässlich. Sie machen Umweltpolitik aus dem Bauch, wie es Ihnen ge-

die Adresse der Landesregierung noch für die eigene Profilierung im Wahlkampf“. Die Kooperation mit den Unternehmen sei erfolgreich gewesen, der Dioxinausstoß im Lande sei innerhalb von drei Jahren auf ein Fünftel reduziert worden. Die SPD stehe für Umweltschutz und Arbeitsplätze und für die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. CDU und Grüne dagegen hätten den Beweis erbracht, daß sie nicht in der Lage seien, Verantwortung zu übernehmen; sie hätten sich auf sogenannte Experten berufen und damit den Industriestandort und Arbeitsplätze gefährdet. Das verstehe der Wähler, und darum werde er den Umweltminister und die Landesregierung bei der Wahl bestätigen, schloß Wendzinski.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, „der vorliegende Zwischenbericht wurde durch die Mitglieder der Mehrheitsfraktion durch Sachverhaltsfälschungen schöngefärbt“. Darum sei die Vorlage des Berichts „eine Farce“. Dieser und die anderen Untersuchungsausschüsse hätten deutlich gemacht, daß die mit ihnen verbundenen Kontrollmöglichkeiten der Opposition nicht funktionierten, „weil die Mehrheitsfraktion die Kontrollmöglichkeiten nach Kräften behindert. Es wird hier mit allen möglichen Mitteln getrickst, um Sachvorgänge zu ver-

erregende Meßwerte erst dann bekanntzugeben, wenn ein Maßnahmenkatalog zur Minderung erarbeitet sei. Dieses Dogma nordrhein-westfälischer Umweltpolitik werde geradezu gebetsmühlenartig wiederholt und zeuge von einem Demokratieverständnis, „das wohl nur heranreifen kann, wenn man sich selbst nach 15 Jahren Alleinregierung einen monarchengleichen Status zubilligt“. Nach Ansicht ihrer Fraktion habe es sich um eine „Chronologie der Verzögerung, eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen“ gehandelt; der dafür in der freien Wirtschaft Verantwortliche wäre unverzüglich entlassen worden.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) unterstrich, eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung habe zu keinem Zeitpunkt bestanden. Die Landesregierung sei der Auffassung gewesen, Sanierungsmaßnahmen an dioxinemittierenden Anlagen in Kooperation mit den Unternehmen durchzuführen und Ordnungsverfügungen dann zu erlassen, wenn das Kooperationsprinzip nicht zum Erfolg führe. Man sei stolz, daß nach drei Jahren festzustellen sei, daß der Dioxinausstoß aus industriellen Anlagen im Lande auf rund ein Fünftel zurückgeführt werden konnte. Das sei Ausfluß der Politik der Landesregierung, die darauf ausgerich-



Ein unterschiedliches Resümee von Arbeit und Ergebnis der Untersuchungsausschüßstätigkeit in Sachen Dioxin zogen (v. l.): PUA-II-Vorsitzende Maria Theresia Opladen (CDU), Gerhard Wendzinski (SPD), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Minister Klaus Matthiesen (SPD). Fotos: Schälte

rade nützt, wie es Ihnen gerade dient. Ich hätte mir gewünscht, daß der Ministerpräsident hier schon vor Monaten ein klares Wort gesprochen hätte.“

**Gerhard Wendzinski** (SPD) konterte, der CDU sei es nicht um die Wahrheit gegangen oder um die Entwicklung des Landes nach vorne, sie habe sich nur dafür interessiert, „Schmutz auszuschütten und eine Kampagne vom Zaun zu brechen“. Der jetzt präsentierte Zwischenbericht lasse von den massiven Anfangsvorwürfen nichts mehr erkennen: „Eine Opposition, die trotz weitestgehender Minderheitsrechte nicht mehr zustande bringt als diesen Zwischenbericht, stellt unter Beweis, daß sie kleinlaut geworden ist.“ Mit ihrem Dioxinminderungsprogramm sei die Landesregierung ein Umweltproblem angegangen, das innerhalb von drei Jahren weitestgehend gelöst sei; die Opposition habe das zur Kenntnis nehmen müssen und habe das Thema gewechselt, etwa daß angeblich Gutachter unter Druck gesetzt worden seien. Aber der Kronzeuge dafür habe bisher keinen Beweis für seine Behauptung geliefert. Das Ausweichen auf Nebenthemen beweise, daß CDU und Grüne in der Sache selbst „gewaltig danebengegriffen“ haben, auch sie hätten erkannt, „die erfolgreiche Sanierung der Sinteranlage in Dortmund eignet sich weder für die Vorwürfe an

schleiern. Damit hintergeht die SPD die eigentlich vorgesehene Gewaltenteilung“. Aber zumindest sei der Umweltminister des Landes durch die Untersuchungsausschüsse „auffallend zurückhaltend“ geworden. Dennoch bleibe er der „Skandalminister der elften Legislaturperiode im Kabinett Rau“ – auch wenn sich die Minister Schleußer und Krumsiek noch sehr darum bemüht hätten, ihm diesen Platz streitig zu machen.

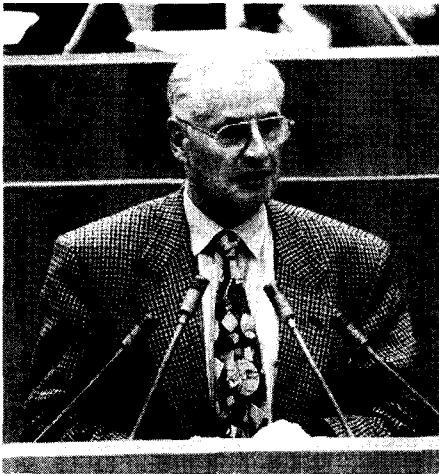
**Bärbel Höhn** (GRÜNE) kam es beschämend vor, daß sich der Ausschuß nicht einmal auf unstrittige Sachverhalte habe einigen können; damit sei negative Parlamentsgeschichte geschrieben worden. Es seien Chancen vertan worden, aus Fehlern zu lernen und die Gesundheit der Bevölkerung in Zukunft ernst zu nehmen. „Es ging einzig und allein darum, alle Vorwürfe gegenüber der Landesregierung mit der Macht der Arroganz mundtot zu machen.“ Dioxin sei ein extrem gefährliches Supergift, die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung sei die entscheidende Frage des Ausschusses gewesen. Ihre Fraktion halte den Standpunkt des Umweltministers für falsch, besorgnis-

tet sei, die Qualität der Umwelt zu verbessern und zugleich Arbeitsplätze zu erhalten. „Die Opposition aus CDU, Grünen und F.D.P. hat die elfte Legislaturperiode genutzt, um sich in Untersuchungsausschüssen festzubeißen. Wir haben die elfte Legislaturperiode genutzt, um uns den Problemen dieses Landes zu stellen“, urteilte Matthiesen; die Wähler würden dafür sorgen, daß wir nach dem 14. Mai diese Aufgabenteilung beibehalten“.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergriffen noch Lothar Hegemann (CDU), Brigitte Speth (SPD) und ein weiteres Mal Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) das Wort.

## Umweltforschung

Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. hat der Landtag den GRÜNE-Antrag „Konsequenzen aus der Studie des Wissenschaftsrates ziehen: Umweltforschung in NRW verstärken und vernetzen“ entsprechend einer Empfehlung des Wissenschaftsausschusses abgelehnt (Drs. 11/7434).



**Karl Knipschild** (CDU), Bild links, Vorsitzender des Petitionsausschusses, bezifferte die Anzahl der Eingaben in den letzten fünf Jahren auf rund 20 000. Ein Achtel davon betreffe den Bereich Bauen und Wohnen. Davon seien viele durch Verhandlungen im Ortstermin zu Kompromissen geführt worden. Nicht nur Bürger, sondern auch Bauverwaltungen konnten dadurch zufriedengestellt werden. Inzwischen nähmen letztere zunehmend die Konfliktlösungskompetenz des Petitionsausschusses in Anspruch. Bis heute erreichten den Ausschuß viele Eingaben asylsuchender Ausländer und deutscher Bürger, die sie unterstützten. Petitionen wegen Ablehnung des Asylgesuchs und zur Verhinderung der Abschiebung würden nach dem Ausländergesetz an den Bundestag abgegeben werden. In vielen Fällen habe dennoch eine humanitäre Lösung erreicht werden können. Im Bundesrat habe die Landesregierung auf Drängen des Petitionsausschusses eine Härteklausel für das eigenständige Aufenthaltsrecht von Ausländerinnen bei gescheiterter Ehe durchgesetzt. — Kritisch merkte Knipschild an, Stellungnahmen der Ministerien ließen manchmal zu lange auf sich warten. Bei Petitionen aus dem Strafvollzug, den Landeskrankenhäusern, der Versorgungsverwaltung, teilweise aus dem Sozialhilferecht und der Abschiebehaft verzichte der Ausschuß jetzt auf Stellungnahmen und kläre den Sachverhalt selbst auf. Auch bei der Umsetzung von Empfehlungen fehle es häufig am

## Schutz des Bodens dringend

Alle Fraktionen haben in der letzten Landtagssitzung der Legislaturperiode einen gesetzlichen Schutz des Bodens gefordert. Grundlage der Aussprache waren Anträge von SPD, CDU und F.D.P. zum Bodenschutz, zum Aufbau eines Bodeninformationssystems, zur Errichtung von Bodenmeßnetzen sowie zu einem Altlastensanierungskonzept (Drs. 11/216, 317, 609, 1984, 4723 und 4827).

**Klaus Strehl** (SPD) bedauerte, daß es nicht zu einem bundeseinheitlichen Bodenschutzgesetz gekommen sei. Insofern sei der Sachstand der gleiche wie zu Beginn der Legislaturperiode 1990. Auf einem guten Weg sei NRW hingegen mit den Fortschritten bei den Bodenmeßnetzen.

## Bilanz Petitionsausschuß:

### Engagierte Bürger, oft sture Behörden

In der letzten Plenarsitzung der 11. Wahlperiode trugen der Vorsitzende des Petitionsausschusses **Karl Knipschild** (CDU, linkes Bild) und sein Stellvertreter **Hans Rohe** (SPD, r.) den Abschlußbericht des Petitionsausschusses vor (siehe auch Seite 29).

nötigen Nachdruck gegenüber den nachgeordneten Behörden.

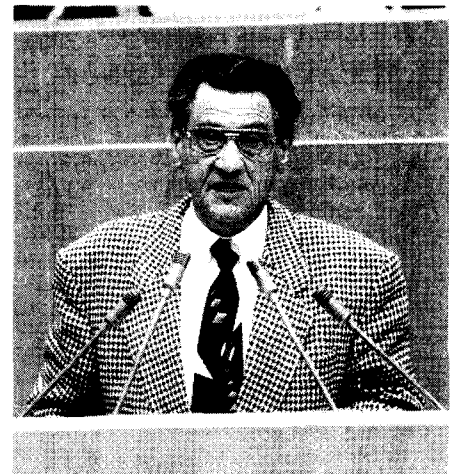
Bei Eingaben gegen Sondermülldeponien, Straßenplanungen und Schulorganisation sei ein hohes Maß an Organisationstalent und Initiative der Bürger sichtbar. Dieses Engagement mache deutlich, daß Bürger auch außerhalb von Wahlen nach Mitwirkungsmöglichkeiten suchten, die sie beim Petitionsausschuß fänden. Dieser leiste damit einen Beitrag, die Politikverdrossenheit zu überwinden. Nachgeordnete Behörden stellten sich oft aus purer Rechthaberei gegen das Votum des Ausschusses. So bestand ein Baum auf dem Rückbau eines Dachvorbaus, der geringfügig in die Abstandsfläche von drei Metern hineinragte, zum Nachbarn, der Eigentümer beider Parzellen war. Erst nach zweieinhalb Jahren habe diese Behörde nachgegeben. Der Petitionsausschuß könne ganze Programme zum Thema „der tägliche Wahnsinn“ und über „Murks in deutschen Landen“ füllen.

Durch den Verfassungsartikel 41a stehe dem Ausschuß der Durchgriff bis in die unterste Behörde zu. Rund 4 000 Petitionen seien in dieser Wahlperiode so geprüft worden, mit außergewöhnlichem Erfolg. Auch reagiere der Petitionsausschuß als Seismograph auf neue Entwicklungen. Einem Möbelmarkt in einem Mittelzentrum habe nur durch Ministerentscheid geholfen werden

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) beklagte, daß das Bodenschutzzentrum, in Oberhausen gegründet, inzwischen nicht mehr existiere. Ferner sei das Bodeninformationssystem, auch ein Rumpfbau, steckengeblieben. Dauerbeobachtungsflächen seien auch nicht vorangekommen.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) traf die „erfreuliche Feststellung“, daß die F.D.P.-Bundestagsfraktion sich mit dem Thema beschäftigen werde. Der Antrag gehe dann in die Koalitionsrunde. Er sei sehr optimistisch, daß die Koalition dann einen solchen Gesetzentwurf einbringen werde. Er sei überfällig.

**Gerd Mai** (GRÜNE) merkte an, man sollte das erneute Versprechen der SPD zur Kenntnis nehmen, daß der Boden endlich einen gesetzlichen Schutz bekomme, denn diesen gesetzlich verbrieften Schutz habe der Boden in NRW und auch im Bund bisher nicht.



können, der aus Konkurrenzgründen Verkaufsflächen ohne Genehmigung erweitert hatte. Auf dem Rechtsweg wäre keine tragbare Konfliktlösung zu erreichen gewesen. Abschließend dankte Knipschild den Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement und der Landtagsverwaltung für die Zuarbeit.

**Hans Rohe** (SPD), Bild rechts, stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses, nahm zum Organisationsgutachten für die Landtagsverwaltung Stellung, das ein gutes Bild des Abgeordneten 2000 zeichne, soweit es aus der Arbeit des Petitionsausschusses hervorgehe. Bürgerservice werde schon seit 1970 praktiziert. Für die Abgeordneten und die Mitarbeiter des Petitionsreferats sei die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern eine Selbstverständlichkeit. Wenn eine sensible Wahrnehmung von Problemen in der Bevölkerung, die Vermittlung von Informationen und Verständnis für die Arbeit des Landtags gefordert würden, werde das durch Ortstermine nach Artikel 41a zufriedenstellend abgedeckt. Eine selbständige Einheit des Petitionsreferats sei ein lange gehegter Wunsch des Ausschusses. Immer wieder seien abweichende Tatbestände, aber auch Übereinstimmung festzustellen gewesen. Bei Bürgern entstehe der Verdacht, das ganze Verfahren sei nur eine Farce. So komme es zur Animosität gegen Beamte, Ämter, Staat und Parlament. Funktionsstellen befristet zu besetzen, könne Frustration und Demotivation vermeiden. Zum Entwurf eines Petitionsgesetzes erläuterte Rohe, es gebe keine rechtliche Grundlage für den Umgang von Behörden und Verwaltungen mit Petitionen. Nicht geregelt seien auch Datenschutz und Vertraulichkeit. Anlaß und Häufigkeit von Eingaben seien zu prüfen, um Mißstände rechtzeitig zu erkennen und Verbesserungen anzuregen. Die Medien sollten mehr über die Institution informieren. Rohe bat insbesondere die Fraktionsgeschäftsführer und die Landesregierung, dafür zu sorgen, daß der Petitionsausschuß Ansprechpartner und Kontrolleur der Verwaltung bleibe.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** bestätigte die langjährigen Erfahrungen der Ausschußvorsitzenden und sah den Petitionsausschuß als ein Stück mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit an. Die Arbeit sei nicht nur Mühe gewesen, sondern auch Freude, vor allem bei Abgeordneten der Opposition, die hin und wieder ein Erfolgsergebnis gehabt hätten.

## Gebührenexplosion bei Abfall und Abwasser

Die beiden CDU-Anträge „Abfallgebühren dürfen nicht zur zweiten Miete werden – gegen steigende Gebührenbelastungen unserer Bürger“ (Drs. 11/8559) und „Für eine wirksame Abwasserpoltik – gegen hohe Gebührenbelastung für die Bürgerschaft“ (Drs. 11/7606) und eine Entschließung der Grünen (Drs. 11/8715) lehnte der Landtag am 25. April, wie vom Landwirtschaftsausschuß empfohlen, ab und nahm die SPD-Entschließung zu den CDU-Anträgen (Drs. 11/8774) an. Darin wird eine zu starre Fixierung von Bewilligungsbehörden auf Regelungswerke bedauert, werden kostengünstigere Lösungen und angepaßte Regelwerke für den ländlichen Raum sowie Entkoppeln der Planungshonorare von der Bausumme gefordert. Die EU-Fristen sollten gestreckt und das Bundesnaturschutzgesetz geändert werden.

**Heinrich Kruse** (CDU) erklärte, die kommunalen Gebühren, insbesondere für Abfall und Abwasser, seien so explosionsartig gestiegen, daß sie sich zu einer zweiten Miete entwickelt hätten. Nicht zuletzt aufgrund der unglaublich gestiegenen Deponiegebühren seien bis zu 100 Prozent höhere Gebühren zu verzeichnen. In Blankenheim mache das für einen Vierpersonenhaushalt 2310 Mark pro Jahr nur für Abwasser aus. Die CDU fordere eine Zumutbarkeitsgrenze auf der Höhe des Landesdurchschnitts plus 75 Prozent. Kommunen mit Abwassergebühren von über 7,58 Mark müßten einen Zuschuß erhalten. Überzogene Anforderungen des Landes hätten entscheidenden Anteil an der Gebührenhöhe. Paradebeispiel für willkürliche Landesbehörden sei die Kläranlagenerweiterung in Weilerswist, Kreis Euskirchen. Die Auflagen belasteten diese Bürger mit über einer Mark pro Kubikmeter Abwasser. Viele Standards seien überzuchtet. So könne es nicht weitergehen.

**Johannes Gorlas** (SPD) antwortete, der Bundesfinanzminister wolle die Abfall- und Abwassergebühren um 15 Prozent verteuern. In 19 der 396 Gemeinden des Landes gebe es extrem hohe Abwassergebühren. Besondere Probleme gebe es im ländlichen Raum. Schon vor 13 Jahren habe die SPD kostengünstigere Kläranlagen für kleine Ortsteile gefördert. Gutachter hätten zu um 50 bis 60 Prozent billigeren Alternativkanalisationen geraten. Landesregierung und SPD seien auf dem richtigen Weg. Gemeinden mit zu hohen Gebühren müsse geholfen werden, davon herunterzukommen, ohne ständig herunterzusubventionieren.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) hielt Gebührensubventionen durch das Land ebenfalls nicht für gut, obwohl sie bei Abwasser wohl noch erhöht werden müßten. Künftig sollten Trennsysteme für Regen- und Schmutzwasser verbindlich vorgeschrieben werden. In neuen Gebäuden müsse in jeder Wohnung ein Wasserzähler eingebaut werden. Umweltstandards sollten eingefroren werden. Die Mehrwertsteuerbelastung müsse bei privaten und kommunalen Unternehmen gleich sein. Zur zweiten Miete rechne er Müllabfuhr, Abwasser, Wasserversorgung, Schornsteinfeger und



Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (r.) hat den Premierminister der südafrikanischen Provinz Eastern Transvaal, Nakedi Mathews Phosa (l.), zu einem politischen Meinungsaustausch im Landtag empfangen. In der Mitte eine Dolmetscherin.  
Foto: Schälte

## Musikschulen in NRW – Stolz der Kommunen

Über die Große Anfrage der CDU „Zur Situation der Musikschulen in NRW“ (Drs. 11/6918) debattierte der Landtag am 25. April.

**Hildegard Matthäus** (CDU) erklärte, Musikschulen vereinten musisch-kulturelle Bildung, Weiter- und Jugendbildung. NRW habe Musikschulen mit hoher Qualität, aber unter welchen Bedingungen. Das kulturelle Leben werde nachhaltig bereichert, von Klassik bis zu Jazz, Rock, Pop und Folklore. Die Unterrichtsgebühren seien um 44 Prozent gestiegen. Das Land beteilige sich nur noch mit 5 Prozent an den Kosten.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) dankte Frau Matthäus als einer klugen und menschlichen Kultursprecherin und fuhr fort, das neue Kunsthochschulgesetz solle besseren Musikunterricht bringen, aber die Chöre seien aus schwieriger Lage zu befreien. Es gebe kein Sterben von Musikschulen. Die Leistung der Städte und Gemeinden verdiene Respekt. In der nächsten Wahlperiode solle auf der jetzt vorliegenden Datenbasis beraten werden.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) berichtete in seiner

letzten Rede nach 40 Jahren parlamentarischer Arbeit von mehreren 100 selbstverfaßten Reden sowohl im Landtag als auch im Bundestag und von seinem letzten Haushaltsantrag, 600 000 Mark mehr Zuweisungen an die Gemeinden für Musikschulen und Orchester zu bewilligen, der leider abgelehnt worden sei. Kulturpolitik sei zwar Ländersache, aber die Regierung Rau kürze Finanzmittel für kulturelle Veranstaltungen unverantwortlich. NRW brauche eine schöpferische und geistige Offensive. Der Staat habe den Bürgern die Wege zu Kunst und Kultur zu ebnet.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) schloß sich dem Dank für das gute Klima im Kulturausschuß an und berichtete vom Stolz der Kommunen auf ihre Musikschulen, die gehalten würden, obwohl sie fast nicht mehr könnten, fast zu Bedingungen der Selbstausbeutung. Was der Landesregierung die Musikschulen wert seien, gehe aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor. Im Jugendkulturbericht und in der Befragung der IG Medien würden viel höhere Beiträge genannt. Das schlechtere Angebot werde heruntergespielt. Klassengröße und Personalstärke würden nicht scharf genug beleuchtet.

Straßenreinigung. Bis 1985 sei die Müllabfuhr in fünf Jahren nur um 36 Prozent, die Abwasserbeseitigung um 20 Prozent gestiegen, von 1985 bis 1995 dagegen um 152 bzw. 109 Prozent. Die Mieten seien um 40 Prozent gestiegen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) hielt die Gebührenexplosion für hausgemacht, und zwar durch Gesetze auch im Landtag. Von der Landesregierung betrieben, gebe es in der Abfallwirtschaft eine Kartellbildung. Kartelle seien Gift für die Preise. Die großen Energieversorger seien bei der Kartellbildung vorn, von

der Landesregierung gefördert. In sämtlichen Müllverbrennungsanlagen (MVA) gebe es ferner Überkapazitäten. Den Bürgerinitiativen und Umweltverbänden sei zu danken, daß die den Bau einiger der geplanten 15 MVA verhindert hätten. Beim Abwasser seien immer mehr zusätzliche Reinigungsstufen nicht mehr zu bezahlen. Auslöffeln müßten das die Bürger. Der Minister solle Abschied nehmen von seiner Politik der flächendeckenden Müllverbrennung. Niedrigere Umweltstandards wegen zu teurer Nachsorgetechnologien beim Abwasser machten die Grünen nicht mit.

## Hybridmotoren und Gasantriebe gegen die Ozongefahr

*Neben Garzweiler II hat sich der Landtag bei seiner Sitzung am 30. März einem weiteren umweltpolitischen Thema zugewandt: Der Gefahr durch Ozon. „Gesundheit schützen, Ozon-Vorläufersubstanzen reduzieren“ hieß ein Antrag der Grünen, der nach Aussprache mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt wurde. Ein Antrag der SPD „Ozonreduzierung“ wurde mit den Stimmen aller Fraktionen für erledigt erklärt (Drs. 11/7607 und 7609).*

**Klaus Strehl** (SPD) unterstrich: „Wir sind für eine schnellere Zunahme des Anteils von Kraftfahrzeugen mit geregelter Dreiwegkatalysator. Wir sind für Immissionsminderungen durch Qualitätsverbesserung der Treibstoffe. Und wir sind für die Einführung von Gasantrieben, Hybridmotoren bzw. anderen modernen Antriebssystemen bei Bussen und insbesondere auch bei schweren Nutzfahrzeugen.“ Daß man mittelfristig anstreben sollte, die Motorgastechnik weiterzuentwickeln und auf einen Maximalverbrauch von drei bis fünf Litern pro 100 Kilometern zu kommen, sei ohnehin klar.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) erwähnte, neueste wissenschaftliche Erkenntnisse seien, daß die Maßnahmen, die sich auf Ballungszentren beschränkten, zu keinen nachhaltigen Ozonreduzierungen führten. Das heiße also, hier seien weitere wissenschaftliche Versuche und Erkenntnisse nötig. Notwendig sei auch die Frage, ob Ozon durch Windeinfluß transportiert werde.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte zu der geplanten zweiten Ozonkonferenz im April an die SPD gewandt: „Da haben Sie ja auch schon vorgesorgt mit Blick auf den Wahlkampf. Die fünf Millionen Mark, die die SPD sich im Haushalt habe schon bereitstellen lassen oder die sie für den Minister bereitgestellt hätten, dienten ja nur dem Wahlkampf.“

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) erklärte, der damalige grüne Umweltminister in Hessen habe wegen der hohen Ozonwerte für ein

Tempolimit gesorgt. Und siehe da: Autofahrerinnen und Autofahrer hätten das Tempolimit erfreulicherweise akzeptiert. Unabhängig von der Diskussion über die tatsächliche Ozonreduzierung sei damit ein wichtiges Zeichen gesetzt worden: Es gebe landespolitische Handlungsmöglichkeiten. Die Bürgerinnen und Bürger seien in ihrer Bereitschaft, Verkehrseinschränkungen aufgrund hoher Ozonwerte hinzunehmen, weiter, als Politikerinnen und Politiker glaubten.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) meinte, da helfe nun alles nichts, diese hessische Hopplahopp-Politik habe sich als in der Sache völlig wirkungslos erwiesen. Es werde auch künftig in Nordrhein-Westfalen keine Hopplahopp-Politik nach dem hessischen Vorbild geben, nämlich mit 2000 Polizisten unterwegs sein, acht Stunden Ozonalarm, Fuß vom Gas, zwölf Stunden Auflösung des Ozonalarms, wieder voll aufs Gas, noch einmal 2000 Polizisten, die noch nicht einmal Bußgeldbescheide verhängen könnten und dann sagen: in der Sache habe es zwar nichts gebracht, aber es sei blenden-der Aktionismus gewesen. „Also, mit uns nicht!“

### Indizierte Filme

Der Landtag hat den CDU-Antrag „Indizierte Filme gehören nicht ins Fernsehen“ entsprechend einer Beschlussempfehlung des Hauptausschusses mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen abgelehnt (Drs. 11/7910).

## Frust bei den Bediensteten

*Die Oppositionsfraktionen berichteten von Frust bei den Bediensteten, die Landesregierung und die SPD hingegen beschrieben eine weitgehend gelungene Reform. Das ergab die Debatte über einen Antrag der Grünen mit dem Titel „Ein Jahr Zerschlagung der Gewerbeaufsicht: Die mißglückte Organisationsreform zurücknehmen“ (Drs. 11/8611). Das Papier wurde in direkter Abstimmung abgelehnt.*

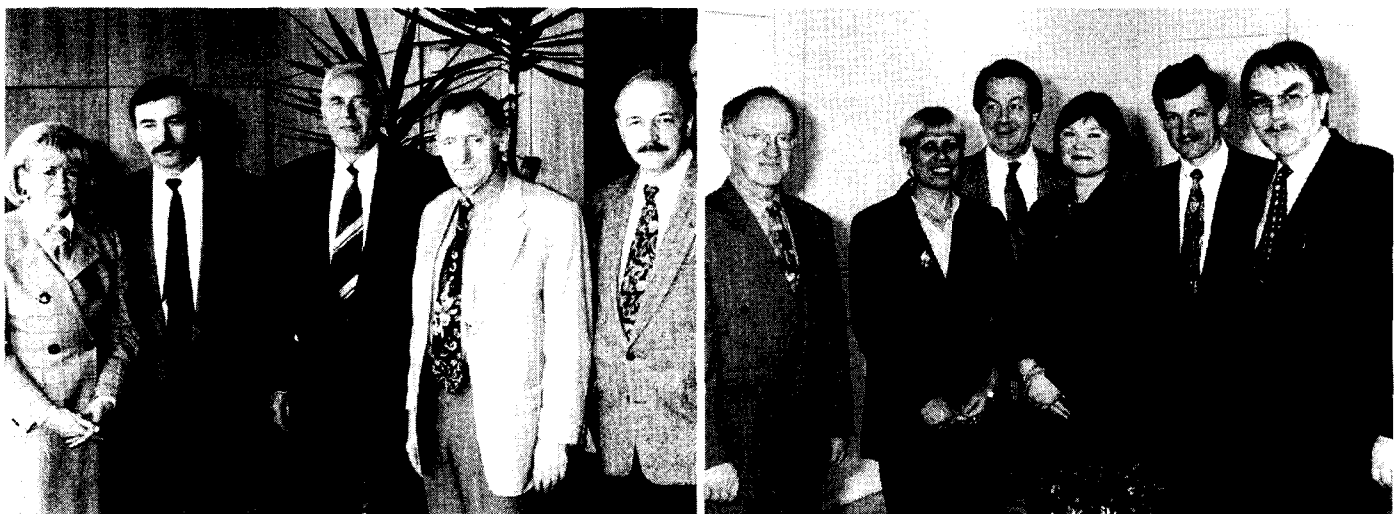
**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) sagte, es sei sicherzustellen, daß die Kooperationsfähigkeit von Arbeits- und Umweltschutz wieder deutlich verbessert werden müsse.

**Siegfried Jankowski** (SPD) betonte, oft sei hier im Hause beschworen worden, daß sich die staatliche Verwaltung für Managementmethoden aus der Wirtschaft öffnen müsse.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) erinnerte daran, als vor einem Jahr die sehr gut funktionierenden Gewerbeaufsichtsamter auseinandergerissen worden seien, habe die CDU durchaus davor gewarnt, daß man diese undurchdachte Neuorganisation so nicht durchführen könne.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, das, was man im Moment von den Bediensteten höre, ob das in Essen, in Krefeld, in Mönchengladbach oder Duisburg sei, sei alles nicht zum Totlachen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) meinte, auch Wahlkampfzeiten könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die am 1. April 1994 in Kraft getretene Neuorganisation der Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung in NRW zu einer modernen, straffen und leistungsfähigen Verwaltung führe.



Den Innenminister der Republik Belarus (Weißrußland), J. N. Sacharenko (2. v. l.) hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (M.) empfangen. Zugegen waren auch der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD, 2. v. r.) mit seiner Ehefrau (l.) – Das rechte Bild zeigt einen Empfang im Landtag mit dem SPD-Abgeordneten Erich Heckelmann (l.) und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), Mitte, im Rahmen des Sonderprogramms für Vertreter der Regierungen Israels, Polens und der Russischen Föderation im Zusammenhang mit der Eröffnung der Auftaktveranstaltung der multinationalen Fachkräftetagen und Jugendbegegnungen mit Teilnehmern aus den genannten Ländern in Hachen. Fotos: Schälte



## Arbeitsgruppe sieht einvernehmlich Bedarf an Fortsetzung ihres Wirkens

### Abgeordnete loben Klima und verweisen mit Stolz auf erreichte Verbesserungen

*Die Weiterentwicklung der religiösen Unterweisung für Schüler/innen islamischen Glaubens stand im Vordergrund der Beratungen der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ in dieser Legislaturperiode. Unter Vorsitz von Jürgen Schaufuß (SPD) ließ sich das Gremium von der Landesregierung auch über die Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen (RAA), das Konzept „Begegnung mit Sprachen in der Grundschule“ sowie über die Auswirkungen der Kürzungen der Garantiefondsmittel bei der Ausländerintegration in NRW unterrichten – beides Themenbereiche, mit denen sich die Arbeitsgruppe im Verlauf der elften Wahlperiode mehrfach befaßt hat.*

Durch Pressemeldungen war der Eindruck entstanden, bei der religiösen Unterweisung muslimischer Schüler/innen handele es sich um Religionsunterricht im Sinne eines ordentlichen Lehrfaches, und zum anderen sei dies etwas völlig Neues für NRW: Beide Aussagen seien unzutreffend. Wie der Vertreter des Kultusministeriums (KM) erläuterte, machten die schulrechtlichen Grundlagen deutlich, daß es um die religiöse Unterweisung für Schüler/innen islamischen Glaubens gehe. Diese Unterweisung sei Teil des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts für türkische Kinder sunnitischer Glaubensrichtung, ein zusätzliches Angebot für türkische Kinder, deren Eltern dies wünschten. Mit diesem Angebot sei im Jahre 1986 nach umfangreichen Vorarbeiten begonnen worden. Träger des Zusatzangebotes sei das Land NRW.

Inhaltlich unterscheide sich die religiöse Unterweisung vom Religionsunterricht im Sinne der Verfassung dadurch, daß sie die Verkündung des Glaubens ausspare. Die religiöse Unterweisung habe die Vermittlung von religiösem Wissen und Verstehen zum Gegenstand. Die Unterrichtsinhalte müßten mit der Wertordnung des Grundgesetzes und den Bildungs- und Erziehungszielen der Landesverfassung vereinbar sein. Eine formelle Beteiligung islamischer Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung der Lehrpläne und der Durchführung des Unterrichts sei nach Auffassung der durch die Kultusministerkonferenz (KMK) einberufene länderübergreifende Kommission „Islamischer Religionsunterricht“ für diese Art der religiösen Unterweisung nicht erforderlich. Dennoch werde eine möglichst hohe Akzeptanz auch durch die interessierten islamischen Organisationen und Gemeinden angestrebt. Nach der Entwicklung von entsprechenden Unterrichtseinheiten und deren mehrjährige Erprobung in 40 Schulen sei der Unterricht 1992 versuchsweise auf die Klassen 5 und 6 ausgedehnt worden. Zum Schuljahresbeginn 1995/96 sollen auf der Grundlage der dann fertiggestellten Lehrplanentwürfe Schülergruppen der Klassen 7 bis 10 in den Versuch einbezogen werden. Die Unterrichtseinheiten ermöglichen den Einsatz auch ohne Behandlung der im Curriculum vorausgegangenen Themen, so daß in mehreren Jahrgangsstufen gleichzeitig begonnen werden könne. Erprobt würde somit überall dort, wo die personellen und organisatorischen Bedingungen gegeben seien. Das führe nicht zu einem vermehrten Stellenbedarf, weil die Arbeit von den vorhandenen Lehrkräften, die bereits zum Teil dazu fortgebildet worden seien, geleistet werde. Seit 1986 hätten über 500 türkische Lehrer/innen an Lehrer-

fortbildungsmaßnahmen teilgenommen. Auf der Ebene der Sekundarstufe I werde die Versuchsphase voraussichtlich 1998 abgeschlossen sein.

Eine Entscheidung über die endgültige Form dieses Unterrichts und die rechtlichen, organisatorischen und inhaltlichen Aspekte sollte erst nach Abschluß des gesamten Versuchs getroffen werden. Ziel sei es, insbesondere bei den in Deutschland geborenen Generationen von Muslimen die islamische Tradition in ihrer Geschichte, Ethik und Religion bewußt zu machen, dem einzelnen zu helfen, in einem säkularisierten, von christlicher Kultur geprägten Land als Muslim zu leben und eine islamische Identität in einer nicht-muslimischen Umwelt zu entwickeln sowie einen Beitrag zu einem guten Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen insbesondere zwischen Türken und Deutschen, in Gleichberechtigung, Frieden und gegenseitiger Zuwendung zu leisten.

Vera Dedanwala (SPD) betonte, sie sei durch diese Berichterstattung außerordentlich beruhigt. Sie gab damit zugleich die einhellige Auffassung der Arbeitsgruppe wie-

der. In den Medien sei der Eindruck erweckt worden, bei stärker werdendem Fundamentalismus im islamischen Bereich könne – bezogen auf den Religionsunterricht der Kinder – eine neue Tendenz in die Schulen hineinkommen. Die Auswirkungen des Fundamentalismus zeigten sich auch in den Familien der hier lebenden Muslime. Die Entwicklung werde genau wahrgenommen. Grundsatz in der Schulerziehung in NRW bleibe die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen. Das bedeute auch Toleranz gegenüber Muslimen, aber nicht gegenüber einem Fundamentalismus, wenn er beginnen sollte, andere zu bedrängen und zu bedrohen.

Die Vertreter/innen des MAGS berichteten, die Arbeit der RAAs werde sehr hoch eingeschätzt. Auch in den Kommunen finde sich starke Zustimmung. Besonders dort sei ein sehr breites Feld zu bearbeiten, wobei sich die personellen und finanziellen Möglichkeiten in gewissen Grenzen hielten. Die RAA-Hauptstelle sei als eine Art Transformator und Inspirator zwischen den ministeriellen Konzeptionen und den Ideen der Kommunen zu sehen. Sie sei durch unterschiedliche Finanzierungen strukturiert gewesen, unter anderem durch die Freudenberg-Stiftung. Diese habe sich aus der Aufgabe herausgelöst. Gleichwohl habe man ein Möglichkeit gefunden, die Funktion der Hauptstelle zu erhalten und noch zu intensivieren. Zu diesem Zweck sei zusammen mit dem Kultusministerium ein Aufgabenkatalog erstellt worden. Die Hauptstelle habe den Auftrag erhalten, ein Konzept zu entwickeln, eine erweiterte Information aus „Gemeinsam“ zu erstellen, damit die Veröffentlichungen zur Arbeit der RAA einem breiteren Kreis zugänglich gemacht werden können.

(Fortsetzung nächste Seite)



*Die Reservelisten von 14 Parteien hat der Landeswahlausschuß – hier bei seiner Sitzung Anfang April im Landtag – für die Landtagswahl am 14. Mai 1995 zugelassen. Neben den im elften Landtag vertretenen vier Parteien SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dies: Die REPUBLIKANER, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Partei Bibeltreuer Christen (PBC), AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (ADP), NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUßTSEIN (NATURGESETZ), DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE), Rheinlandpartei (RP) und STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei).*

Foto: Schälte

Die Weiterentwicklung der Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen stelle sich sehr positiv dar. In Köln etwa sei eine neue RAA errichtet worden. Bielefeld habe eine Zusage bekommen, da die Vorbedingungen erfüllt seien. Etwas anderes sehe es in Düren aus. Das Arbeitsministerium sei grundsätzlich zur Förderung bereit, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Kreis sich auf die organisatorische Zuordnung festlege und das Kultusministerium die Lehrerstellen zur Verfügung stelle. Der KM-Vertreter wies darauf hin, die 50 Stellen, die im Landeshaushalt für die im Landeshaushalt für die RAA zur Verfügung stünden, würden voll ausgeschöpft. Das KM werde mit politischer Unterstützung versuchen, ab 1996 weitere RAA-Stellen in den Landeshaushalt aufzunehmen.

## Sprachunterricht

Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung hat eine Befragung zur Entwicklung des Angebotes Begegnung mit Sprachen in der Grundschule durchgeführt. Die Ergebnisse legte ein Vertreter des KM der Arbeitsgruppe vor. Danach sei der Anteil der Schulen, die sich seit mehr als zwei Jahren nach Veröffentlichung eines entsprechenden Erlasses aktiv mit dem Begegnungskonzept auseinandersetzen, beträchtlich. An Dreiviertel aller Schulen werde „Begegnung mit Sprache“ praktiziert. In den Jahrgangsstufen 3 und 4 finde „Begegnung mit Sprache“ deutlich häufiger statt als in den Jahrgangsstufen 1 und 2. Wie nicht anders zu erwarten, sei Englisch (mehr als 70 Prozent) die dominierende Begegnungssprache. Französisch sei an acht und Türkisch an sechs Prozent der Schulen Begegnungssprache. Niederländisch, Italienisch und andere Sprachen lägen in der Größenordnung von zwei Prozent. 19 Prozent der Schulen legten das Begegnungskonzept grundsätzlich auf Mehrsprachigkeit an. Ausschlaggebend für die Wahl der Sprache seien die an den Schulen jeweils vorhandenen Sprachkompetenzen der Lehrkräfte. Überwiegend positiv werde auch die interkulturelle Komponente eingeschätzt. Mehr als Zweidrittel der Lehrkräfte und der Schulleitungen stimmten der Aussage zu, daß „Begegnung mit Sprachen“ in erster Linie der Vorbereitung der Kinder auf eine multikulturelle Zukunft diene. Für das Begegnungskonzept würden überwiegend keine Fachlehrer eingesetzt oder Lehrkräfte herangezogen, die sonst nicht in der Klasse unterrichteten. Die Anknüpfungspunkte von „Begegnung mit Sprache“ mit dem Schulprogramm würden vorrangig in der Tatsache gesehen, daß in Schule und Nachbarschaft Menschen unterschiedlicher sprachlicher und kultureller Herkunft zusammenlebten, lernten und arbeiteten und daß Schule sich damit auseinandersetzen müsse.

Norbert Giltjes (CDU) meinte, der Erfolg des Konzeptes beruhe auf wenig planbaren Kriterien. Er fragte die Landesregierung, ob an dem Konzept festgehalten werden solle und an eine kontinuierliche, systematische Fortbildung gedacht sei. Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) begrüßte es, daß mit dem Konzept „Begegnungssprachen“ kein vorgezogener Fremdsprachenunterricht geplant sei. Ihn interessierte, welche Möglichkeiten es gebe, das Konzept, das sich nicht nur von der Theorie, sondern auch von der praktischen

Seite her als sehr sinnvoll erweise, zu stabilisieren. Auch Brigitte Schumann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte es, daß die Lehrer/innen keinen vorgezogenen Fremdsprachenunterricht durchführten. Das Konzept stelle einen Teil eines Schulöffnungskonzeptes dar. Sie erkundigte sich, inwieweit das Konzept bereits in die Ausbildung der Lehrer/innen verankert sei.

Der Ministeriumssprecher erläuterte, es sollte zunächst abgewartet werden, welche Konsequenzen mit Ablauf des Schuljahres 1996/97 zu ziehen sein werden, auch im Hinblick auf Lehrerfortbildungsmaßnahmen. Zufälligkeiten, die sich jeweils regional ausrichteten, sollten nicht mit einem negativen Vorzeichen versehen werden. Vom Konzept her sei durchaus eingeplant, daß die regionalen Voraussetzungen zu einem standortbezogenen Konzept führten. Das KM setze auch auf schulinterne Fortbildungen. Diese bedürften wiederum der schulaufsichtlichen Beratung. Das sei auch ein wesentlicher Punkt der Phase bis zum Ablauf des Schuljahres 1996/97.

## Mittelkürzungen

Hatte Nordrhein-Westfalen 1992 noch 140 Millionen Mark des Bundes für die Aussiedlerintegration zur Verfügung, so sind die Garantiefondsmittel für 1995 auf 54,5 Millionen Mark geschrumpft. Neben den Mittelreduzierungen finden sich auch materielle Verschlechterungen in den Richtlinien, die zu Einsparungen führen sollen. Die Förderdauer für Maßnahmen wurde von 48 auf 30 Monate verkürzt. Weiter sind für bestimmte Fördermaßnahmen geringere Grenzwerte eingeführt worden. Zum Beispiel für Tagesinternate, die früher mit 530 Mark gefördert wurden, läßt der Bund nur noch 360 Mark Förderung zu. Das hat die Schließung fast aller Tagesinternate als Folge gehabt. Die Kürzungen führten, wie der zuständige Referent des Arbeitsministeriums erläuterte, in allen Förderbereichen zu dem Zwang, Förder einschränkungen vorzunehmen — und das, obwohl der Bedarf bei fast gleichbleibendem Zugang von Aussiedlern und erhöhten Integrationsanstrengungen unverändert sei. Betroffen von den Auswirkungen seien drei wesentliche Förderbereiche:

- Außerschulische Fördermaßnahmen: Dazu gehören der Nachhilfeunterricht und soweit es sie noch gibt — die Tagesinternate.
- Das Förderschulinternatswesen. Schüler/innen, die durch Schule plus außerschulische Fördermaßnahmen nicht ausreichend gefördert werden können oder Schüler/innen auf dem Lande, wo keine schulische Förderung aufgebaut werden kann, würden in Förderschulen untergebracht und wohnten in einem in der Nähe gelegenen Internat, werden dort schulisches gefördert und sozialpädagogisch betreut.
- Intensivsprachkurse Deutsch für die Gruppe der 16- bis 18jährigen, also diejenigen, die die Schulpflicht beendet haben, aber noch nicht in der Berufsausbildung sind und noch keine Ansprüche nach dem AFG haben. Benötigt werde eine Kapazität von ungefähr 800 Plätzen. Derzeit könnten aber nur 400 bis 500 Plätze finanziert werden. Seit Herbst vergangenen Jahres habe man eine Alternative entwickelt, und zwar sogenannte offene Sprachkurse.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die Situation nach wie vor schwierig sei. Die Mittel reichten nicht aus. Aber mit alternativen Maßnahmen und dem Ziel einer planvollen Steuerung werde versucht, die Maxime des Handelns weiter im Blick zu behalten. Das Ministerium gehe davon aus, daß die Gelder diejenigen Kinder und Jugendlichen erreichten, die es am nötigsten hätten.

## Erfolgsbilanz

Im Rückblick auf die langjährige gemeinsame Arbeit der Gruppe hob der Vorsitzende Jürgen Schaufuß (SPD) hervor, die Ausgangssituation sei immer gut gewesen. Die Arbeitsgruppe habe sinnvolle Impulse für bestimmte Initiativen — beispielsweise die Einführung einer Professur für das Fach Türkisch — gegeben. Nie habe die Parteizugehörigkeit im Vordergrund gestanden. Die Arbeit habe sich an der Sache orientiert; das sei sehr hilfreich gewesen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Hildegard Matthäus (CDU) sagte, sie sei vom ersten Tag an dabei gewesen. Die drängenden Probleme, die es damals gegeben habe, seien nicht mehr vorhanden. Sie plädiere dafür, daß sich die Arbeitsgruppe auch in der nächsten Legislaturperiode wieder zusammenfinde.

Brigitte Schumann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnerte daran, daß nicht alles einvernehmlich abgegangen sei. Unabhängig davon seien aber Informationen eingeflossen, die man im Fachausschuß in dieser Dichte nicht habe bekommen können. Sie begrüßte es, daß die Arbeitsgruppe Einrichtungen vor Ort besucht habe.

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) hob hervor, die Arbeitsgruppe müsse sich nicht hinter ihrer Arbeit verstecken — im Gegenteil. Es sei ihr in einer, was die Haushaltsbedingungen angehe, nicht einfachen Phase mit Hilfe politischer Handlungsallianzen gelungen, Einvernehmen zu erzielen und einiges zu bewegen, beispielsweise den Ausbau der Regionalen Arbeitsstellen.

Norbert Giltjes (CDU) stellte abschließend fest, dem Vorsitzenden sei zu verdanken, daß keine parteipolitischen Schlagabtausche stattgefunden hätten. Aufgrund der Sache und der Atmosphäre halte er, Giltjes, eine Fortsetzung der Arbeit für angezeigt.

## Reinigungen

Eine Reinigung in der unmittelbaren Nachbarschaft kann gefährlich sein, wenn die gesundheitsschädigende Substanz PER (Tetrachlorethen) freigesetzt wird. Überschreitungen des zulässigen Grenzwertes bei früheren Messungen veranlaßten die Abgeordnete Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) zu einer Kleinen Anfrage, in der sie die Landesregierung um Auskunft über derzeitige Überprüfungen der Reinigungen bat. Seitens des Staates wurden, wie die Landesregierung in ihrer Antwort ausführt, 1993 rund 1230 und 1994 rund 920 Reinigungen überprüft. Den Bestimmungen der ab 1. Januar 1995 geltenden Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes genügten 1993 nur rund 49,8 Prozent und 1994 rund 67,9 Prozent der Betriebe (Drs. 11/8473).

# NRW-Wahl 1995: Reservelisten der Landtagsparteien

Schon weit im Vorfeld von anstehenden Landtagswahlen entscheiden die Parteien über die Besetzung ihrer Landesreservelisten, die sie dann, unterzeichnet von der zuständigen Landesparteileitung, dem Landeswahlleiter vorlegen. Aus diesen Reservelisten werden mindestens 50 Abgeordnete in den neuen Landtag einrücken. Für kleinere Parteien, die oft ohne Chance sind, einen Wahlkreis mit ihren Kandidaten direkt zu gewinnen, sind die Reservelisten entscheidend für die Zusammensetzung der späteren Landtagsfraktion. — Wir dokumentieren im folgenden die Reihenfolge auf den verschiedenen Reservelisten der im elften Landtag vertretenen Parteien: Bis Rang 75 bei den beiden größten Landtagsfraktionen und bis Platz 30 bei den beiden kleineren Fraktionen des elften Landtags.

## SPD

1. Dr. Johannes Rau (Wuppertal), 2. Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (Düsseldorf), 3. Ilse Ridder-Melchers (Coesfeld), 4. Franz Müntefering (Sundern), 5. Gabriele Behler (Bielefeld), 6. Gisela Gebauer-Nehring (Bonn), 7. Svenja Schulze (Hattingen), 8. Irene Möllenbeck (Emmerich), 9. Stefan Frechen (Neunkirchen-Seelscheid), 10. Brigitta Heemann (Soest), 11. Marianne Dohmen (Mönchengladbach), 12. Hannelore Ludwig (Warburg), 13. Manfred Lucas (Kreuzau), 14. Anne Garbe (Münster), 15. Hans Klaps (Brüggen), 16. Gisela Lehwald (Olpe), 17. Ursula Zumhasch (Ostbevern), 18. Ulrike Apel-Haefs (Korschenbroich), 19. Werner Bornes (Schleiden), 20. Ursula Schulte (Vreden), 21. Albert Hermann Holzhauer (Rheurdt), 22. Udo Woschei (Bergisch Gladbach), 23. Friedrich Carmesin (Schmallenberg), 24. Detlef Nicola (Willich), 25. Karl-Heinz Brülle (Lippstadt), 26. Hildegard Falk (Odenthal), 27. Ludgerus Hovest (Wesel), 28. Ute Berg (Paderborn), 29. Günter Spangenberg (Bocholt), 30. Adolf Guido Retz (Jülich), 31. Heidemarie Berger (Essen), 32. Hagen Müller (Menden), 33. Helmut Hamsen (Münster), 34. Hermann Jansen (Mönchengladbach), 35. Hildegard Nießen (Stolberg), 36. Heinrich Becker (Hövelhof), 37. Karl-Heinz Schleich (Bilron), 38. Robert Krumbein-Neumann (Dormagen), 39. Andreas Nothelle (St. Augustin), 40. Joachim Musholt (Südlohn), 41. Brigitte Speth (Düsseldorf), 42. Michael Otto Scheffler (Iserlohn), 43. Ulrich Kelber (Bonn), 44. Jürgen Hengst (Krefeld), 45. Karl-Heinz Stevermüer (Nottuln), 46. Dorothee Danner (Löhne), 47. Dr. Hans Kraft (Ratingen), 48. Annelie Kever-Henseler (Köln), 49. Irmgard Schmid (Kierspe), 50. Harald Lude (Emsdetten), 51. Wolfgang Drese (Erkrath), 52. Hans Vorpeil (Aisdorf), 53. Hans-Dieter Moritz (Neunkirchen), 54. Erich Heckelmann (Grevenbroich), 55. Jürgen Jentsch (Gütersloh), 56. Donata Reinecke (Köln), 57. Günter Harms (Ahlen), 58. Werner Bischoff (Monheim am Rhein), 59. Loke Mernizka (Siegen), 60. Hans Kern (Wipperfurth), 61. Claudia Nell-Paul (Düsseldorf), 62. Gunther Sieg (Tecklenburg), 63. Reinhard Beckmann (Lübbecke), 64. Erika Rothstein (Solingen), 65. Gerhard Walter Wirth (Meinerzhagen), 66. Maritta Rauterkus (Köln), 67. Manfred Degen (Marl), 68. Sigrid Klösges (Krefeld), 69. Karl Schultheis (Aachen), 70. Karl-Heinz Rusche (Oer-Erkenschwick), 71. Hans-Peter Meinecke (Remscheid), 72. Helen Seidel (Minden), 73. Gabriele Sikora (Castrop-Rauxel), 74. Irmgard Mierbach (Leverkusen), 75. Walter Grevener (Velbert).

## CDU

1. Dr. Helmut Linssen (Geldern), 2. Herbert Reul (Leichlingen), 3. Ruth Hieronymi (Bonn), 4. Eckhard Uhlenberg (Werl), 5. Lothar Hegemann (Recklinghausen), 6. Dr. Jörg Twenhöven (Münster), 7. Regina van Dinther (Hattingen), 8. Dr. Hans-Ulrich Klose (Korschenbroich), 9. Heinz Hardt (Düsseldorf), 10. Laurenz Meyer (Hamm), 11. Maria Theresia Opladen (Bergisch Gladbach), 12. Hermann-Josef Arentz (Köln), 13. Brunhild Decking-Schwill (Dortmund), 14. Karl Meulenbergh (Herzogenrath), 15. Wilhelm Krömer (Petershagen), 16. Dr. Annemarie Schrapf (Krefeld), 17. Manfred Kuhmichel (Essen), 18. Bernd Schulte (Lüdenscheid), 19. Heinz Paus (Detmold), 20. Jutta Appelt (Wuppertal), 21. Ottilie Hüls (Ibbenbüren), 22. Wilhelm Lieven (Titz), 23. Hans Peter Lindlar (Hennef), 24. Helmut Diegel (Hagen), 25. Gudrun Reinhardt (Siegen), 26. Norbert Giltjes (Emmerich), 27. Prof. Dr. Horst Posdorf (Bochum), 28. Marie-Theres Ley (Köln), 29. Peter Bensmann (Unna), 30. Dr. Irmgard Klingbeil (Gütersloh), 31. Oliver Wittke (Gelsenkirchen), 32. Karin Hussing (Herne), 33. Bernhard Recker (Ahlen), 34. Rainer Lux (Bielefeld), 35. Rudolf Henke (Aachen), 36. Bärbel Wischermann (Bottrop), 37. Siegfried Zellng (Neuss), 38. Werner Stump (Kerpen), 39. Dr. Hans Horn (Waldbröl), 40. Fritz Kollorz (Recklinghausen), 41. Alfons Löseke (Arnsberg), 42. Ursula Monheim (Leverkusen), 43. Leonhard Kuckart (Schwelm), 44. Thomas Mahlberg (Duisburg), 45. Hermann Josef Schmitz (Willich), 46. Tanja Brakensiek (Dortmund), 47. Georg Gregull (Remscheid), 48. Wilhelm Droste (Ratingen), 49. Franz-Josef Pangels (Erkelenz), 50. Anne-Hanne Siepenkothen (Düsseldorf), 51. Franz-Josef Britz (Essen), 52. Dietrich Thiede (Herford), 53. Volkmar Klein (Burbach), 54. Angelika Gemkow (Bielefeld), 55. Michael Thomas Breuer (Erftstadt), 56. Heinrich Meyers (Hamminkeln), 57. Dr. Heinz-Jörg Eckhold (Oberhausen), 58. Marie-Luise Fasse (Rheinberg), 59. Josef Wilp (Rheine), 60. Klaus Stallmann (Lünen), 61. Willi Zylajew (Hürth), 62. Renate Brunswicker (Iserlohn), 63. Hans-Martin Schlebusch (Mülheim an der Ruhr), 64. Wilhelm Riebniger (Lippstadt), 65. Richard Blömer (Köln), 66. Paul Mohr (Warburg), 67. Dr. Harald Pohlmann (Lemgo), 68. Rüdiger Goldmann (Düsseldorf), 69. Klaus-Dieter Völker (Haan), 70. Clemens Pick (Nettersheim), 71. Josef Hovenjürgen (Haltern), 72. Dr. Renate Düttmann-Braun (Münster), 73. Helmut Harbich (Mönchengladbach), 74. Axel Wirtz (Stolberg), 75. Winfried Schittges (Krefeld).

## F.D.P.

1. Dr. Achim Rhode (Neuss), 2. Joachim Schultz-Tornau (Bielefeld), 3. Hagen Tschoeltsch (Neunkirchen), 4. Dr. Andreas Reichel (Köln), 5. Marianne Thomann-Stahl (Paderborn), 6. Georgia Kaiser (Essen), 7. Hans-Joachim Kuhl (Kamp-Lintfort), 8. Rudolf Wickel (Bonn), 9. Georg Helg (Aachen), 10. Liesel Westermann-Krieg (Solingen), 11. Ruth Witteler-Koch (Mönchengladbach), 12. Wilhelm Reinecke (Welter), 13. Christoph Dammernmann (Bad Salzuflen), 14. Lutz Kuligowski (Ahlen), 15. Waltraud Wietbrock (Neunkirchen-Seelscheid), 16. Angela Freimuth (Lüdenscheid), 17. Horst Engel (Pulheim), 18. Ralf Witzel (Essen), 19. Peter Opitz von Bardeleben (Niederkrüchten), 20. Beate Horst (Leverkusen), 21. Harald Bennighoven (Ratingen), 22. Wolf Dietrich Hausmann (Mülheim an der Ruhr), 23. Bernd Reuther (Wesel), 24. Uta-Maria von Loeper (Köln), 25. Ingrid Völcker (Meschede), 26. Carl-Julius Cronenberg (Arnsberg), 27. Dr. Helmut Nöldgen (Dortmund), 28. Günter Kirchner (Bad Münstereifel), 29. Oliver Mies (Bottrop), 30. Thomas Nüchel (Herne).

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Bärbel Höhn (Oberhausen), 2. Dr. Michael Vesper (Bielefeld), 3. Gisela Nacken (Aachen), 4. Daniel Kreutz (Köln), 5. Marianne Hürten (Köln), 6. Roland Appel (Bonn), 7. Brigitte Schumann (Essen), 8. Gerd Mai (Heinsberg), 9. Ute Koczy (Lemgo), 10. Manfred Busch (Düsseldorf), 11. Dr. Katrin Grüber (Erkrath), 12. Dr. Hammad Hisham (Dortmund), 13. Christiane Bainski (Wuppertal), 14. Peter Eichenhofer (Bad Driburg), 15. Hedwig Tarner (Warendorf), 16. Ewald Groth (Ostbevern), 17. Silke Mackenthun (Porta Westfalica), 18. Siegfried Martsch (Borken), 19. Ingrid Fitzek (Duisburg), 20. Dr. Stefan Bajohr (Düsseldorf), 21. Alexandra Landsberg (Köln), 22. Jens Petring (Wuppertal), 23. Brigitte Herrmann (Balve), 24. Johannes Rimmel (Siegen), 25. Sylvia Löhrmann (Solingen), 26. Jarnal Karsli (Recklinghausen), 27. Dorothea Heymann (Hürth), 28. Rüdiger Sagel (Münster), 29. Annette Paschke-Lehmann (Kalletal), 30. Rainer Michaelis (Lüdinghausen).

## SPD: Mehr geleistet, als zu Beginn versprochen Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg

Eine große rheinische Tageszeitung titelte in diesen Tagen: „Linssen: Notfalls noch mal fünf Jahre Opposition in Düsseldorf“. Wenn die Opposition schon so eindeutig vor der Landtagswahl nicht damit rechnet, Ministerpräsident Johannes Rau ablösen zu können, dann hat das handfeste Gründe. Der CDU-Oppositionsführer weiß — wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen —, daß die Sozialdemokraten in Landtag und Landesregierung in den letzten fünf Jahren gute Arbeit geleistet haben. Sie haben vor allem mehr geleistet, als sie zu Beginn der Legislaturperiode versprochen hatten.

Die eindrucksvolle Leistungsbilanz sei an einigen Beispielen dargestellt. So haben Sozialdemokraten in den vergangenen fünf Jahren eine Neuorganisation der Landesverwaltung eingeleitet, die weit über das Jahr 2000 hinausreichen wird. Die NRW-SPD hat nicht geredet über Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung, sie hat nicht geredet über die Zusammenlegung von Behörden, sie hat nicht geredet über die Übertragung von Aufgaben auf Private; sondern die NRW-SPD hat gehandelt. Übrigens auch beim Abbau einengender Vorgaben für die Kommunen.

Sechs Milliarden Mark wurden in den letzten fünf Jahren bereitgestellt für den Bau und den Betrieb von Kindergärten. 100 000 neue Kindergartenplätze hatte Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung zugesagt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte danach versprochen, daß weitere 25 000 neue Plätze geschaffen werden. Wir haben Wort gehalten. Land und Kommunen haben in einer ungeheueren gemeinsamen Kraftanstrengung das größte Kindergarten-Ausbauprogramm verwirklicht. Der zuständige Sozialminister hat zugesagt, daß das Land noch in diesem Jahr Geld für weitere 10 000 Plätze zur Verfügung stellt.

Einer unserer Schwerpunkte in der zu Ende gehenden Legislaturperiode war der Bau neuer Wohnungen. Unsere Bilanz: Wort gehalten und mehr geleistet als versprochen. Die Zusage, jedes Jahr mindestens 27 000 neue Wohnungen zu schaffen, wurde jedes Jahr deutlich übertroffen. Noch nie hat Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren so viele Wohnungen gefördert wie seit 1990: über 160 000, mit mehr als 16

Milliarden Mark. Noch nie hat das Land für die Altenpolitik so viel Geld zur Verfügung gestellt wie seit 1990: über eine Milliarde Mark. Zur eindrucksvollen Bilanz zählen mehr als 300 neue Sozialstationen; etwa 830 stehen insgesamt im Lande zur Verfügung. Die Situation im Pflegebereich hat sich deutlich verbessert. 1990 kamen 5 000 Einwohner auf eine vom Land geförderte Pflegeperson, 1994 waren es 2 500. Bezieht man private Angebote mit ein, liegt das Verhältnis jetzt schon bei eins zu 1 750.

Die Forschungsinfrastruktur und die technologische Infrastruktur sind mittlerweile auf einem Niveau, um das uns viele beneiden.

Wir haben in dieser Legislaturperiode erste wichtige Entscheidungen getroffen, damit unsere Schulen neuen Her-

### SPD-Fraktion

(1990 – 1995)

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der SPD-Fraktion**

ausforderungen gerecht werden. Und: Zu den unverrückbaren Grundsätzen sozialdemokratischer Bildungspolitik gehört bei uns in Nordrhein-Westfalen, daß der Elternwille maßgebend ist für die weitere Entwicklung des Schulangebotes. Für SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung gilt: Wo Eltern das wollen, wird es auch in Zukunft neue Gesamtschulen geben.

Wir wollen bestmögliche Sicherheit für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die kann es nur mit einer motivierten und leistungsgerecht bezahlten Polizei geben. Noch nie waren die Aufstiegschancen für Polizistinnen und Polizisten so gut wie heute. Auch hier haben wir in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren mehr getan als jedes andere Land.

Die wichtigste politische Aufgabe war und bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In den letzten zehn Jahren eines schwierigen Strukturwandels sind bei uns in NRW 800 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Rechnet man die Arbeitsplatzverluste — vor allem im Industriebereich — ab, dann sind es unter dem Strich 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Ein „Renner“ ist die Medien-Industrie in NRW. 230 000 Beschäftigte zählt unsere Medien- und Kulturwirtschaft. Ihr Umsatz liegt bei über 50 Milliarden Mark. Nirgends in Europa sind in den vergangenen Jahren so viele neue Fernsehstudios errichtet worden wie in Nordrhein-Westfalen. Beispiele sind: Bottrop, Hürth, Köln-Bocklemünd und Köln-Marsdorf.

Mit der „START-Zeitarbeit NRW GmbH“ gehen wir neue Wege bei der Bekämpfung der Langzeit-Arbeitslosigkeit.

Der Mittelstand liegt uns am Herzen. Deshalb wird er besonders gefördert. 600 000 kleine und mittlere Unternehmen sind Motor unseres erfolgreichen Strukturwandels.

Wir hätten gerne noch mehr getan, wenn zum Beispiel die Bundesregierung den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gerechter gestaltet hätte. Dennoch können wir feststellen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen ein gutes Stück vorangekommen.

Das wird sogar von der Opposition nicht gänzlich übersehen. So stellte der CDU-Oppositionsführer zu Beginn des Jahres in einem Radio-Interview fest:

„Wir sind in vielen Bereichen in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht schlechter geworden.“

Ausdrückliches Lob zollte der Oppositionsführer der Wohnungsbaupolitik:

„Wir geben in Nordrhein-Westfalen sehr viel Geld für den sozialen Wohnungsbau aus. Da habe ich überhaupt keine Kritik dran zu üben.“

Und zur inneren Sicherheit bemerkte Linssen zu Beginn des Jahres in demselben Radio-Interview:

„Wir können auch als Opposition nicht von jetzt auf gleich die fehlenden 7 500 Polizisten in Nordrhein-Westfalen einstellen, und wenn man wenig Geld hat, muß man kreativ sein.“

Kreativ und mit Mut haben SPD-Landtagsfraktion und die von ihr getragene Landesregierung auch in den letzten fünf Jahren eine Politik gestaltet, die sich am Machbaren orientiert, die Wort hält, die nicht mehr verspricht, als sie halten kann und die Nordrhein-Westfalen auch in schwieriger Zeit lebens- und lebenswert macht.

Es gilt das Wort von Ministerpräsident Johannes Rau: „Unser Land Nordrhein-Westfalen ist auf gutem Weg.“

# CDU: Fünf Jahre Fraktionsarbeit gekennzeichnet von akribischer Suche nach der Wahrheit

Die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen hat sich in den vergangenen fünf Jahren als die drängende, vorwärtstreibende Kraft erwiesen. Die CDU hat die Meinungsführerschaft gerade in jenen Bereichen übernommen, die die SPD und die von ihr getragene Landesregierung in fahrlässiger Weise vernachlässigt. Allein die Liste der Initiativen seit Mai 1990 mit Anträgen, Gesetzesentwürfen, Anfragen, Fachkongressen und Presseinformationen füllt viele Seiten. Ohne die CDU-Fraktion hätte es nicht die längst überfällige Reform der Gemeindeordnung gegeben, keine Aufnahme des Sports in die Landesverfassung, keinen Anstoß auf Rückbesinnung auf Werteziehung und keine Initiativen, um Gewaltdarstellungen im Fernsehen zu reduzieren.

Beispiel Wirtschaftsförderung: „Wir haben zu sehr auf Beharrung gesetzt.“ Der dies sagt, muß es wissen, denn schließlich handelt es sich um Wirtschaftsminister Einert. Diese „Beharrung“ hatte Folgen für das Land NRW: Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote, ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, zu niedrige Steuereinnahmen. Darum gilt ein besonderes Augenmerk der CDU dem Vorankommen des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Alle Initiativen wie – Beseitigung des Industrie- und Gewerbeflächennotstands,

- Abbau der aufgeblähten Bürokratie,
- Einführung eines Startkapitals für Meister,
- Gleichbehandlung aller Branchen,
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hatten nur ein Ziel, nämlich endlich den Wirtschaftsstandort NRW zu stärken und für die Menschen zusätzliche und vor allem zukunftsorientierte Arbeitsplätze in NRW zu schaffen.

Beispiel Wohnungsbau: „Wohnungen für alle“ – dieses Motto durchzog alle CDU-Anträge zu diesem Thema. Ziel war es, endlich der Nachfrage gerecht zu werden. Seit nunmehr fünf Jahren haben wir einen Fehlbestand von 400 000 Wohnungen. 100 000 Wohnungen hätten jährlich gebaut werden müssen. Das ist in keinem Jahr geschafft worden. Denn mit den bisherigen Instrumenten der Wohnungsbaupolitik vermochte die Landesregierung die Lücke nicht einmal ansatzweise zu schließen. Offensive Bekämpfung der Wohnungsnot – das bedeutet für die CDU-Fraktion eine neue Art der öffentlichen Bauförderung mit niedrigeren Zuschüssen bei gleichzeitig kürzerer Bindungszeit, Abbau der hemmenden Bürokratie und mehr Ausweisung von Bauland.

Beispiel Innere Sicherheit: Hier hat die CDU-Fraktion viele Anstöße gegeben. Dies betrifft

- die Bekämpfung der Korruption,
- die Ablösung der weichen Deeskalati-

onsstrategie durch eine Linie, die Gewalt bei Demonstrationen konsequent unterbindet,

- die Einführung einer Freiwilligen Sicherheitswacht,
- die Einstellung von Polizeibeamten ausländischer Herkunft und
- eine leistungsgerechte Besoldung der Polizei.

Daß die SPD-Fraktion der CDU-Forderung nach einer Asylrechtsänderung zwei Jahre zu spät nachkam, kommt dem nordrhein-westfälischen Steuerzahler mit 2,4 Milliarden Mark zusätzlichen Ausgaben teuer zu stehen. Daß die SPD zusätzliche Polizisten ablehnt, eine bessere technische Ausrüstung der Polizei behindert und weitere Kompetenzen für den Landesverfassungsschutz im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität verweigert, ist nur eine weitere Inkonsequenz und Zaghaftigkeit bei der Bekämpfung der Kriminalität.

Beispiel Sozialpolitik: Die Eingliederung von Schwerbehinderten ins Arbeitsleben muß ein Schwerpunkt der Sozialpolitik sein. Gerade der öffentliche Dienst sollte

## CDU-Fraktion

(1990 – 1995)

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der CDU-Fraktion**

Zeichen setzen: Dank einer CDU-Initiative muß er künftig mehr Behinderte einstellen. Für geistig und körperlich behinderte Kinder wären erhebliche Nachteile zu befürchten gewesen, wenn die Kostenträgerschaft für die Frühförderung voneinander getrennt worden wäre. Hier hat die CDU-Fraktion erfolgreich interveniert. Weniger Erfolg hatte sie hingegen bei ihren Forderungen nach einer Drogenpolitik, die Ja sagt zum Leben und Nein zu Drogen. 100 Millionen Mark sollten hierfür zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Statt die Prävention zu verbessern, drogenfreie Therapieangebote auszubauen und den Rauschgifthandel wirksam zu bekämpfen, schlug die SPD den falschen Weg ein und folgte Justizminister Krumstiek bei seiner Freigabe von weichen und harten Drogen. Erfolg hatte die Arbeit der CDU auch mit ihrer Initiative, die Ausbildung in der Altenpflege in NRW gesetzlich zu regeln.

Beispiel Bildungspolitik: Die Schulpolitik stand weitgehend im Zeichen der Kienbaum-Untersuchung, die nicht nur bei der Lehrerversorgung der SPD-Landesregierung ein Armutszeugnis ausstellte. Insgesamt sind bis zum Jahr 2004 aufgrund von Pensionierungen und der steigenden Schülerzahl rund 70 000 neue Pädagogen nötig. Die CDU hat das SPD-Konzept, Mehrarbeit für vorhandene Lehrer statt

Einstellung zusätzlicher Pädagogen strikt abgelehnt. Die Bewältigung des „Schülerbergs“ kann nur durch eine Kombination von Neueinstellungen und Einrichtung des Fonds „Geld statt Stellen“ erreicht werden. Zwei weitere wichtige schulpolitische Anliegen der CDU-Fraktion in den zurückliegenden fünf Jahren war die Reduzierung der Gewalt an den Schulen sowie eine sachliche Bestandsaufnahme zur Situation an den Gesamtschulen.

Beispiel Kinder-, Jugend- und Familienpolitik: Gelohnt hat sich der CDU-Einsatz für ein besseres Kindertagesstätten-gesetz. Permanenter Druck auf die SPD hat dazu geführt, daß die Landesregierung ihr untaugliches Gesetz in neun von zehn Kritikpunkten (etwa bei einer höheren Beteiligung des Landes an den Betriebskosten) nach zwei Jahren ändern mußte. Andere familienpolitische Forderungen der CDU, die die Situation der Familien in NRW erheblich verbessert hätten, wie Einführung eines Landeserziehungsgeldes, eines Landesfamilienplans oder gesetzliche Absicherung der Tagespflege hat die SPD-Mehrheit blockiert. Erfolgreich war die CDU-Fraktion in der Jugendpolitik mit ihrer Forderung, die Jugendarbeit künftig gesetzlich abzusichern.

Ein Großteil der CDU-Arbeit nahm die akribische Suche nach der Wahrheit in Beschlag. Es ist einmalig in der nordrhein-westfälischen Parlamentsgeschichte, daß sich binnen fünf Jahren vier Minister in drei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verantworten mußten:

- Die Anzeigenkampagne zur Müllvermeidung von Landes-Umweltminister Klaus Matthiesen war verfassungswidrig finanziert.
- Minister Matthiesen hielt mehr als ein halbes Jahr lang Ergebnisse von extrem hohen Dioxinmessungen bei der Dortmunder Westfalenhütte unter Verschluß, statt die Öffentlichkeit sofort zu informieren und rasche Gegenmaßnahmen anzuordnen.
- Bei der Vergabe von 26 Millionen Mark für ein Forschungsprojekt in Bochum ermittelte der Ausschuß eklatante Mißstände und Fehlverhalten im Ministerium des zurückgetretenen Sozialministers Hermann Heinemann.
- Nirgends war der rote Filz der SPD so auf eine Person konzentriert wie in der Rolle von Finanzminister Heinz Schleußer, in dessen Wahlkreis das Einkaufszentrum Neue Mitte Oberhausen errichtet werden soll.
- Landes-Justizminister Rolf Krumstiek steckte selbst dann noch den Kopf in den Sand, als das ganze Ausmaß eines der größten Wirtschaftsskandale Deutschlands und das 18monatige Nichtstun der Bielefelder Staatsanwälte schon längst erkennbar war.

# F.D.P.: Bilanz der 11. Legislaturperiode oder von der Kunst, dicke Bretter zu bohren

Diejenigen, die als Realisten auf drohende Gefahren hinweisen, sind für unser Land wichtiger als Schönfärber und Schönredner, die wir im Lande so häufig finden. Diesen Leitsatz von Arnulf Bahring hat sich die F.D.P.-Landtagsfraktion in den letzten fünf Jahren immer zu eigen gemacht. Mit der Deutschen Einheit im Oktober 1990 sind 40 Jahre Nachkriegsgeschichte im Zeichen des Wiederaufbaus und der Prosperität zu Ende gegangen. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihren Ländern im Osten der Republik Wiederaufbauhilfe leisten, um aus den Trümmern des Sozialismus eine gerechte, demokratische Gesellschaft aufzubauen. Das ist auch mit großem finanziellen Engagement verbunden. Mittel, die in die neuen Bundesländer fließen, sind folgerichtig in den alten Ländern nicht mehr verfügbar. Das heißt die Zeit der großen sozialdemokratischen Spenderhosen in Nordrhein-Westfalen ist vorbei. Der Staat muß an allen Ecken und Enden sparen. Er muß sich auf seine eigentlichen Aufgaben rückbesinnen. Er kann nicht ständig mehr ausgeben als er einnimmt.

Privatisierung heißt eines der Schlüsselworte in der Landespolitik. Früher hat die SPD dieses Wort gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Mittlerweile zieht aber auch bei der SPD-Landesregierung die Erkenntnis in die Köpfe ein, daß staatliche Einrichtungen kein Selbstzweck sind und staatliche Dienstleistungen ständig in Umfang, Organisation und Finanzierbarkeit überprüft werden müssen. Vorschläge, die die F.D.P.-Landtagsfraktion seit Jahren immer wieder und nicht nachlassend unterbreitet hat. Selbst der Personalabbau wird, wie von der F.D.P. seit Jahren gefordert, diskutiert. Auf einmal redet selbst die nicht gerade reformfreudige SPD-Landesregierung vom Abbau entbehrlicher Verwaltungsaufgaben, von Vereinfachung von Verfahrensregelungen und Verfahrensabläufen, von Straffung der Verwaltungsorganisation und Entlastung des Staates durch Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben auf Dritte. Gut so.

Endlich zeigen die nimmermüden Vorschläge der F.D.P. zur Entschlackung des Staates auch bei der SPD Wirkung. Selbst die Dauerthemen der F.D.P. „Beschleunigung der Genehmigungsverfahren“ und „Bauen ohne Baugenehmigung“ sind nicht mehr tabu. Auch dieser Aufgabe hat sich die SPD-Landesregierung nunmehr angenommen. Aber warum kommt die Einsicht immer erst so spät und immer erst dann, wenn der Schaden, den man durch ideologisch fixierte Politik angerichtet hat, schon so groß ist.

Selbst beim Thema Gewaltmonopol des Staates hört man auf einmal neue Töne. Die F.D.P. hätte es sich gewünscht, daß die Beharrung auf das Gewaltmonopol des Staates bereits bei den Brückenblockaden der Stahlarbeiter aus Rheinhausen, den Straßensperrungen durch Bergleute an der Ruhr oder den Autobahnblockaden durch

die kurdische PKK ernst genommen worden wäre. Der Satz, daß die bestehenden Gesetze konsequent angewandt werden müssen, ist nach fast 15jähriger absolutistischer Mehrheit der SPD Balsam auf die liberale Seele. Man wünschte sich allerdings, Herr Schnoor würde diese Worte des Ministerpräsidenten nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch endlich danach handeln.

Das vereinte Deutschland braucht eine neue Politik, sagt Rau. Völlig richtig. Aber auch das Land Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik. Die Zeit der bisherigen Schönfärberei, in der Johannes Rau und seine Mannen Meister waren, und die SPD-Fraktion unkritisch, aber gläubig, in der Gewißheit von Mehrheiten, folgte, ist vorbei. Die Rolle der F.D.P. als Impulsgeber wird besonders deutlich, wenn man die Felder durchforstet, in denen sich Landespolitik originär widerspiegelt. Die F.D.P.-Landtagsfraktion nimmt für sich in Anspruch, die Meinungsführerschaft in vielen Bereichen der Landespolitik durch wichtige Initiativen erlangen zu haben und zwar

## F.D.P.-Fraktion

(1990 – 1995)

Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der F.D.P.-Fraktion

- bei der Parlamentsreform inclusive der Forderung nach Verkleinerung des Landtages,
- beim Reizthema Filz durch Einfordern eines Minimums an politischer Kultur und Einhaltung der Gewaltenteilung,
- in der Schul- und Hochschulpolitik zur Vorbereitung auf die neue Informations- und Wissensgesellschaft
- mit den Initiativen zur Privatisierung sind wir Vorreiter für den schlankeren Staat,
- mit der Wirtschaftspolitik war für uns stets ständiger Wandel verbunden, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können,
- Innere Sicherheit bedeutete für uns in erster Linie Schutz des Bürgers vor Verbrechen.
- In der Reform der Kommunalverfassung haben wir als erste mit einem umfangreichen Gesetzentwurf die Zusammenlegung der Doppelspitze, die Urwahl des Bürgermeisters und die Demokratisierung der Kommunalpolitik gefordert.

Keiner kann sich den Gesetzen der Vernunft und Logik auf Dauer entziehen. Solch bittere Erfahrung einer späten Erkenntnis mußte die SPD-Landtagsmehrheit immer öfter machen, nicht nur beim Gewaltmonopol des Staates und beim schlankeren Staat. Das sind nur Vorboten für weitere Erkenntniszuwächse.

Vorbei sein wird die Zeit, in der die Abstimmungsmaschinerie der absoluten Mehrheit Anträge und Gesetzentwürfe der Opposition gnadenlos niedergestimmt hat, wobei der Inhalt keine Rolle spielte. Hauptsache, die Opposition bekam kein Recht. Selbst bei inhaltsgleichen Anträgen wie etwa bei der 5. Novelle zum Landesrundfunkgesetz wurden die Anträge der F.D.P. abgeschmettert, anschließend aber einem inhaltsgleichen SPD-Antrag zugestimmt.

Doch zunehmend griff die Landesregierung Vorstellungen der F.D.P. auf, um sie dann als eigene in die Politik einzuführen. Die F.D.P. hat immer wieder die Finanzautonomie der Hochschulen u. a. mit einem Globalhaushalt eingefordert. Mittlerweile gibt es sie. Auf Vorschlag der F.D.P. wurde eine unabhängige Sachverständigenkommission für die Montanregionen, die sogenannte Mikat-Kommission eingesetzt. Allerdings fehlt es noch in weiten Teilen an der Umsetzung der Empfehlungen dieser Kommission. Auf den Vorschlag der F.D.P., die endogenen Entwicklungskräfte in den Montanregionen durch regionale Strukturpolitik zu wecken, hat die Landesregierung eine sogenannte Zukunftsinitiative Montanregionen aufgelegt. Auf den Vorschlag der F.D.P., die Wirtschaftsförderung zu überprüfen und Programme zu straffen und das Förderverfahren zu vereinfachen, wurde von der Landesregierung eine Programmwirksamkeitskommission eingesetzt. Auch der Vorschlag, in der Wirtschaftsförderung von der einzelbetrieblichen Förderung wegzukommen und die Mittel verstärkt für wirtschaftsnahe Infrastruktur zu verwenden, zeigt erste Wirkung. Auch das Uraltanliegen der F.D.P., die Sperrzeiten für das Hotel- und Gaststättengewerbe zu liberalisieren, zeigt erste Ansätze. Allerdings wird man sich wohl stundenweise bei der Sperrzeitverkürzung vorarbeiten müssen. In der Finanzpolitik ist ein Ist-Abschluß des Haushaltes eingeführt worden, den man als Antrag der F.D.P. vorher strikt abgelehnt hat. Auch bei der Erarbeitung eines Luftverkehrskonzeptes hat die Landesregierung endlich die Defensive verlassen und betreibt Luftverkehrspolitik, wie von der F.D.P. stets propagiert als Infrastrukturpolitik für den Wirtschaftsraum NRW. Selbst beim Straßenbau gibt es Ansätze der Vernunft. So wird die Notwendigkeit des Baus von Ortsumgehungen und die Beseitigung von Verkehrsengpässen nicht mehr in Frage gestellt. Sogar beim Transrapid gelang die Kehrtwende von dem Dämon „Höllenschiff“ bis hin zur verkehrlichen Alternative für den innerdeutschen Luftverkehr, wie die F.D.P. dies immer hervorgehoben hat.

Diese Einzelpunkte sind kleine Beispiele dessen, wie schwer es ist, dicke Bretter zu bohren. Aber die strategischen Entscheidungen zur Umorientierung der Landespolitik stehen noch aus. Auch da wird sich zukünftige Landespolitik an unseren Vorstellungen orientieren müssen.

# Grüne: Erstmals brachte eine neue Opposition richtig frischen Wind in die Landespolitik

Erstmals gab es im Landtag eine neue Opposition, die frischen Wind in die Landespolitik brachte. Zehn Jahre nach der Gründung hatten es die Grünen endlich geschafft — nach einem engagierten und piffigen Wahlkampf und mit einer präzisen Punktlandung: 5,0 Prozent. „NRW braucht Bewegung“ hieß ihr Slogan. Nach der Landtagswahl plakatierten sie gleich noch einmal: „Jetzt geht's los!“ Und es ging los. Ökologie war im Landtag 1990 ein weithin unbekanntes Wesen. Zwar redeten alle über Umweltschutz, aber die alten Parteien waren weit davon entfernt, zu begreifen, welche Tragweite dieses Thema hat. Fünf Jahre hat die GRÜNEN-Fraktion Analysen vorgelegt, Anhörungen durchgeführt, Diskussionen angestoßen und Argument auf Argument gehäuft.

Die Landesregierung redete viel und gern über Umweltschutz, strich aber gleichzeitig den Umwelthaushalt im Laufe der letzten fünf Jahre Zug um Zug zusammen. Am Ende blieb nur noch die Hälfte übrig. Die Grünen-Anträge zur Einführung von Ökoabgaben lehnten die anderen Fraktionen ab.

Durchhalten läßt sich diese Position nicht. Längst ist die Ökosteuerdebatte weit über Grüne Fachkreise hinausgeschwappt. Auf Bundesebene verfolgt die SPD eine ganz andere Linie als in NRW. Sogar die CDU denkt neuerdings ernsthaft über Ökoabgaben nach. In anderen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) haben sie sich schon durchgesetzt. Die Landesregierung verfügt über kein funktionstüchtiges Konzept zur Überwindung der Erwerbslosigkeit. Ähnlich wie die Bundesregierung setzt sie vor allem auf Wirtschaftswachstum. In den letzten Jahren verteilte sie Wirtschaftssubventionen in Milliardenhöhe nach dem Gießkannenprinzip. Die sogenannten Wachstumsbranchen (z.B. Chemieindustrie, Automobilbau, Großkraftwerke, Braunkohle, Gentechnik) wurden gehätschelt und getätschelt, moderne ökologische Technologien (Energiesparteknik, Meß- und Regeltechnik, Nahverkehrswirtschaft, Windkraft, Solarenergie, biologisch-mechanische Abfallwirtschaft) bekamen keine Chance.

Die alten Konzepte ziehen aber nicht mehr. Die Erwerbslosigkeit konnte nicht abgebaut werden. Dennoch gibt es Grund zur Zuversicht. Durch die Arbeit der Umweltinitiativen und grüne Aktivitäten im Landtag wurde nämlich immer deutlicher, welche großen wirtschaftlichen Chancen in einer Ökologisierung der Wirtschaft stecken. Schon heute arbeiten im Umweltbereich mehr Menschen als in der Chemieindustrie — und während in allen traditionellen Industriebranchen (Automobilbau, Chemieindustrie, Stahl, Kohle, Maschinenbau) die

Zahl der Arbeitsplätze schrumpft, bietet der Umweltbereich von Jahr zu Jahr mehr Arbeitsplätze an. Eine vorausschauende Industriepolitik kann auf ökologische Innovation nicht verzichten. Die Ökologisierung der Industrie wird nicht aufzuhalten sein.

Die Grünen haben sich in zahlreichen Landtagsdebatten für intelligente, schadenvermeidende oder umweltschonende Lösungen stark gemacht und sicherlich manches in den Köpfen bewegen können, aber die alten Parteien kleben an den alten Großtechnologien. Die Großkraftwerk-Dinosaurier aber halten die meisten noch immer für wirtschaftlich unverzichtbar. Anträge der Grünen, statt der gigantischen Energieverschwender künftig kleine kostengünstige Heizkraftwerke mit Wärmeauskopplung für Nah- und Fernwärme zu bauen, wurden von den anderen Parteien rundweg abgelehnt. Sie begriffen zwar langsam, daß die Klimakatastrophe nur zu verhindern ist, wenn die Energiewirtschaft systematisch umgebaut wird, waren aber nicht zum Umsteuern bereit.

## GRÜNE-Fraktion

(1990 – 1995)

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der GRÜNE-Fraktion**

Die kleine GRÜNEN-Fraktion hat die Frauenpolitik im Landtag ganz schön aufgemischt. Sie fand heraus, daß sich hinter dem schönen Schein der SPD-Frauenpolitik nur viel heiße Luft befindet. Zwar wurde zu Beginn der Legislaturperiode auf Druck der Frauen ein Frauenministerium geschaffen, aber die SPD verurteilte die Frauenministerin schon bald zu einem Schattendasein: Bei den Haushaltsberatungen erhielt sie nur 0,02 Prozent der Gesamtmittel. Durch eine Große Anfrage der Grünen zur Wirtschaftsförderung kam das ganze Elend der Landespolitik zu Tage: nur 0,07 Prozent der Wirtschaftsförderungsmittel fließen in Frauenprogramme. Wenngleich es sehr schwierig war, gegen die alte Mentalität Raum zu gewinnen, hat sich das Engagement gelohnt. In einer Reihe von Punkten — z.B. Quotierung, 218, Frauen im ländlichen Raum, Gewalt gegen Mädchen und Frauen — konnten die Grünen die anderen Parteien unter Zugzwang setzen. Auch die Solidarisierung bei Frauen anderer Fraktionen hat zugenommen. Jetzt überlegt sogar die CDU, ob sie einen 30-Prozent-Anteil für MandatsträgerInnen einführen soll. Wenn die SPD die Grünen besonders hart treffen wollte, sprach sie vorwurfsvoll von der „Vereinigten Ampelopposition“. Von der CDU trennen die Grünen in der

Landespolitik aber Welten. Das haben die letzten fünf Jahre gezeigt. Dies schließt aber keineswegs aus, daß auch die CDU manchmal einen vernünftigen Antrag stellt. Und in diesen wenigen Fällen haben die Grünen sich die Freiheit genommen, CDU-Anträgen zuzustimmen. Drei Untersuchungsausschüsse haben die Grünen initiiert und zusammen mit der CDU beantragt, um Mißständen auf die Spur zu kommen. Die Stimmen der GRÜNEN-Fraktion alleine reichen für die Einsetzung nicht aus. Sollten sie darauf verzichten, die Rolle von Umweltminister Matthiesen in der Dioxin-Affäre ans Licht zu bringen?

Obwohl nur zwölf Abgeordnete stark, haben die Grünen von allen Fraktionen die weitaus meisten Gesetzentwürfe und Anträge in den Landtag eingebracht. Grüne Themen prägen zu einem guten Teil die Tagesordnungen der Plenarsitzungen und haben für manche spannende Auseinandersetzung im Landtag gesorgt. Erinnerung sei nur an die drei Untersuchungsausschüsse des Landtags, die alle auf Initiative der Grünen und aufgrund ihrer Recherchen zustande kamen, an die Debatten zum Atomreaktor Würgassen, zum PVC-Brand in Lengerich, zur Frauenquote, zur Landesverkehrspolitik, zum Asylrecht und zu Sozialkürzungen.

Abstimmungen konnten die Grünen nur wenige gewinnen, denn die SPD-Mehrheit stimmte nahezu alle Anträge nieder, mochten sie auch noch so vernünftig sein. Einige Ausnahmen gibt es: eine Initiative zum Stopp der A44 in Richtung Ruhrgebiet war erfolgreich, und die Selbstbedienung der alten Parteien konnte teilweise gestoppt werden. Durch Interventionen der GRÜNEN-Fraktion wurden die Rechte der Abgeordneten gestärkt, die Diätenerhöhungen vermindert und (per Verfassungsgericht) die Erhöhung der Zuschüsse an die Parteien rückgängig gemacht.

Noch eindrucksvoller sind die indirekten Erfolge der Grünen. Ökologie hat seit 1990 eine authentische Stimme im Landtag. Die Interessen der Frauen, der Arbeitslosen und der Einkommensschwachen werden jetzt mit Volldampf in die Diskussion gebracht. Und: Nicht nur in der Asyldebatte haben die Grünen deutlich gemacht, daß die Gleichstellung von Immigrantinnen und Migranten für Grüne eine zentrale Forderung ist. Die anderen Parteien mußten reagieren. So gab es manchmal einen Wettstreit darüber, wer der grünste im Lande ist, wer die beste Frauenpolitik macht oder wer am meisten für die Erwerbslosen tut. Und manchmal tauchten dann Grünen-Anträge einige Monate nach ihrer Ablehnung im Landtag wieder auf. Diesmal als SPD-Anträge, die natürlich eine Mehrheit bekamen.

## Künftig Kunst im Ständehaus

Der Landtag hat mit großer Mehrheit einen Entschließungsantrag der SPD zur weiteren Verwendung des Ständehauses verabschiedet. Danach soll das Gebäude künftig als Dependance der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen dienen. Ein CDU-Antrag wurde in direkter Abstimmung abgelehnt. Die Union hatte sich u. a. für die Verlegung der Staatskanzlei in das alte Parlamentsgebäude ausgesprochen (Drs. 11/8636 und 8697).

**Heinz Hardt** (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, bekräftigte noch einmal die Forderung der CDU, das Ständehaus als künftigen Amtssitz des Ministerpräsidenten zu verwenden. Er begrüßte jedoch im Namen seiner Fraktion, daß das historische Ständehaus seinem Rang entsprechend würdig genutzt werden solle.

**Jürgen Büssow** (SPD) wertete die Entscheidung, die die Landesregierung dank des Durchringens des Ministerpräsidenten und auch des Finanzministers für die Kunstsammlung gefunden habe, als „keine schlechte Entscheidung“. In dem Haus könnten auch öffentliche Veranstaltungen, auch Staatsempfänge stattfinden.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionschef, betonte, er sei immer der Meinung gewesen, daß eine würdige Nutzung auch über private Investoren herstellbar sei. Aber bitte, wenn für das Kunstmuseum in Düsseldorf eine Dependance gefunden werden könne und es dafür Geld gebe, könne er nur sagen: Auch das sei eine gute Lösung für Düsseldorf und die Kunst.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) meinte, tatsächlich sei es so, daß der Ministerpräsi-



Am Ende der Legislaturperiode hatte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4. v. r.) zu einem Parlamentarischen Abend in die Robert-Schumann-Hochschule in Düsseldorf eingeladen. Zahlreiche Gäste aus dem politischen Leben wohnten einer kurzen Präsentation der Hochschule durch den Rektor, Professor Dr. Helmut Kirchmeyer, sowie einer musikalischen Präsentation durch Preisträger der Hochschule bei.

Foto: Schälte

dent die Kunstsammlung als möglichen Nutzer ins Gespräch gebracht habe. Der Antrag sei aber so formuliert, daß selbstverständlich auch andere Lösungen möglich seien.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) sagte, man habe eine neue Möglichkeit gefunden, das Ständehaus als zweiten Standort der Kunstsammlung zu nehmen. „Wir wollen das kurzfristig entscheidungsreif machen“, schloß der Minister.

## Fester Platz für privaten Rundfunk

Der Landtag hat am 29. März das 7. Rundfunkänderungsgesetz im Entwurf der Landesregierung mit den im Hauptausschuß beschlossenen Änderungen verabschiedet. Mit der siebten Novelle werde deutlich, daß der private Rundfunk seinen festen Platz in NRW eingenommen habe. Fünf Jahre sei das lokale Radio mittlerweile in 44 Verbreitungsgebieten auf Sendung, sagte der SPD-Abgeordnete **Helmut Hellwig**. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende **Ruth Hieronymi** beklagte im Gesetzentwurf zuviel Staatsnähe bei der Vergabe von Lizenzen und Genehmigungen für Medienprojekte im Land. Begrüßenswert fand sie die Öffnung für das sogenannte Campus-Radio. F.D.P.-Fraktionsvorsitzender **Dr. Achim Rohde** lehnte den Gesetzentwurf wegen zu großer Staatsnähe, zu großer Parteinähe, und weil Private immer noch als Anbieter zweiter Klasse gewertet würden, ab. GRÜNE-Fraktions-sprecherin **Bärbel Höhn** verteidigte den Bürgerfunk. Noch nie in der Geschichte des Rundfunks habe es eine derart breitgefächerte aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an den Medien selber gegeben. Sie wertete kritisch, daß das Engagement nicht genügend finanziell unterstützt werde. Staatskanzleiminister **Wolfgang Clement** (SPD) betonte, man habe sich mit dieser Novellierung nicht übernehmen wollen. Konzernrechtliche Fragen, die in einem Rundfunkstaatsvertrag zu lösen seien, habe man hier nicht vorwegnehmen können.



Das ehemalige preußische Ständehaus, bis 1988 Sitz des Landtags Nordrhein-Westfalen.



# Die Landtagswahl in den 151 Wahlkreisen

(In dieser Tabelle sind die vier der 11. Legislaturperiode im Landtag vertretenen Parteien berücksichtigt)

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 1995			
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
1	Aachen I	Hans Alt-Küpers	Dr. Andreas Lorenz	Georg Helg	Gisela Nacken
2	Aachen II	Karl Schultheis	Rudolf Henke	Ralf Steinhauer	Anita Groß
3	Kreis Aachen I	Hildegard Nießen	Axel Georg Wirtz	Franz-Josef Zwingmann	Manfred Borutta
4	Kreis Aachen II	Hans Vorpeil	Karl Meulenbergh	Dr. Karl-Wilhelm Hirsch	Lars Döring
5	Heinsberg I	Franz-Josef Fürkötter	Leo Dautzenberg	Norbert Johann Isenrath	Gerd-Peter Claßen
6	Heinsberg II	Johannes Sondermann	Franz-Josef Pangels	Felix Hermann Becker	Gerd Mai
7	Düren I	Adolf Guido Retz	Wilhelm Lieven	Ruth Hartwig	Cornelia Vianden
8	Düren II	Manfred Lucas	Rolf Wilhelm Seel	Brigitte Capune-Kitka	Ernst Dmytrowski
9	Erftkreis I	Johann Krings	Werner Stump	Wilhelm Wagener	Michael Broich
10	Erftkreis II	Jürgen Schaufuß	Willi Zylajew	Horst Engel	Dorothea Heymann
11	Erftkreis III/Euskirchen I	Edgar Moron	Michael Thomas Breuer	Harald Dudzus	Hans Karl Kranz
12	Euskirchen II	Werner Bornes	Clemens Pick	Günter Kirchner	Gudrun Nositschka
13	Köln I	Dr. Klaus Heugel	Heinz Christian Esser	Wiebke Henning	Christian Schirmer
14	Köln II	Friedhelm Lenz	Daniela Astrid Teske	Henning Schützensdorf	Monika Tscholl
15	Köln III	Annelie Kever-Henseler	Marie-Theres Ley	Kristina Heubeck	Jörg Frank
16	Köln IV	Marita Rauterkus	Richard Blömer	Claus Juhnke	Alexandra Landsberg
17	Köln V	Donata Reinecke	Hildburg Holländer	Marlis Pöttgen	Daniel Kreutz
18	Köln VI	Anke Brunn	Heidi Bärbel Busch	Uta-Maria von Loeper	Horst-Dietrich Becker
19	Köln VII	Marc Jan Eumann	Hermann Josef Arentz	Margarete Dieper	Marianne Hürten
20	Köln VIII	Norbert Burger	Ursula Gärtner	Dr. Andreas Reichel	Heinrich Alenfelder
21	Leverkusen I	Irmgard Mierbach	Ursula Monheim	Beate Horst	Gerhard Wölwer
22	Leverkusen II/Rheinisch-Bergischer Kreis I	Gisela Ley	Herbert Reul	Joachim Wirths	Kurt Michel
23	Rheinisch-Bergischer Kreis II	Hildegard Falk	Dr. Rolf Hahn	Bert Höhne	Eymelt Sehmer
24	Rheinisch-Bergischer Kreis III	Udo Woschei	Maria Theresia Opladen	Helmut Zermin	Jens Petring
25	Oberbergischer Kreis I	Hans Kern	Klaus Peter Biesenbach	Prof. Dr. Friedrich Wilke	Friedrich Meyer
26	Oberbergischer Kreis II	Wilfried Bergerhoff	Dr. Hans Horn	Albrecht Stock	Dagmar Kampf-Spieler
27	Rhein-Sieg-Kreis I	Stefan Frechen	Hans Peter Lindlar	Waltraud Wietbrock	Ruth Bönisch
28	Rhein-Sieg-Kreis II	Andreas Nothelle	Franz Riscop	Bernd Humpert	Wolfgang Köhler
29	Rhein-Sieg-Kreis III	Michael Marcus	Ilka Keller	Dr. Karl-Heinz Lamberty	Dagmar Maur
30	Rhein-Sieg-Kreis IV	Walter Biebert	Michael Ezzo Solf	Erich-B. Uebel	Thomas Möws
31	Bonn I	Ulrich Kelber	Heinz-Helmich van Schewick	Rudolf Wickel	Roland Appel
32	Bonn II	Gisela Gebauer-Nehring	Ruth Hieronymi	Dr. Stefan Grüll	Reinhild Hugenroth
33	Wuppertal I	Uwe Herder	Klaus Kriesche	Michael Ruppert	Petra Lückcrath
34	Wuppertal II	Reinhard Grätz	Michael-Georg von Wenczowsky	Fritz Ortmeier	Christiane Bainski
35	Wuppertal III	Dr. Johannes Rau	Jutta Appelt	Dr. Erika Tischer	Dr. Katrin Grüber
36	Wuppertal IV	Vera Dedanwala	Bernhard Clemens Simon	Rolf-Markus Becker-Melching	Petra Wessels
37	Remscheid	Hans-Peter Meinecke	Georg Gregull	Hans Lothar Schiffer	Frank vom Scheidt

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 1995			
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
38	Solingen I	Ernst-Martin Walsken	Gudrun Wüsthof	Liesel Westermann-Krieg	Sylvia Löhmann
39	Solingen II	Erika Rothstein	Horst Westkämper	Horst Dorten	Volker Wenner
40	Mettmann I	Werner Bischoff	Friedhelm Görgens	Rolf-Dieter Gassen	Angela Jacobs
41	Mettmann II	Wolfgang Drese	Klaus-Dieter Völker	Jan Söffing	Ursula Schnelting-Hebeler
42	Mettmann III	Dr. Hans Kraft	Wilhelm Dorste	Harald Benninghoven	Siegfried Leittreter
43	Mettmann IV	Walter Grevenor	Martin J. Sträßer	Dr. Michael Daemgen	Stefan Overkamp
44	Düsseldorf I	Dr. Herbert Schnoor	Heinz Hardt	Ursula Ginnella	Dr. Stefan Bajohr
45	Düsseldorf II	Claudia Nell-Paul	Annelies Böcker	Marikka von Berlepsch	Dr. Manfred Busch
46	Düsseldorf III	Bernd Flessenkemper	Anne-Hanne Siepenkothen	Solveig Kukelies	Petra Manuela Steiner
47	Düsseldorf IV	Jürgen Büssow	Rüdiger Goldmann	Ulrich Marten	Eva Klippenstein
48	Düsseldorf V	Karin Jung	Hildegard Kempkes	Robert Orth	Petra Grund
49	Düsseldorf VI	Brigitte Speth	Olaf Lehne	Dr. Achim Rohde	Angela Hebeler
50	Neuss I	Professor Dr. Friedhelm Farthmann	Siegfried Zellnig	Heide Broll	Jutta Sapotnik
51	Neuss II	Robert Krumbein-Neumann	Karl Kress	Dr. Dietrich Krueger	Wilfried Uwe Nöller
52	Neuss III	Erich Heckelmann	Hans-Georg Schloßmacher	Michael Reinartz	Bernd Thielsch
53	Neuss IV	Ulrike Apel-Haefs	Dr. Hans-Ulrich Klose	Kai-Uwe Harms	Wolfgang Houben
54	Mönchengladbach I	Hermann Jansen	Joachim Felix Roesge	Burkhard Volkmer	Thilo Madest
55	Mönchengladbach II	Marianne Dohmen	Helmut Harbich	Ruth Witteler-Koch	Bernhard Clasen
56	Viersen I	Detlev Nicola	Hermann-Josef Schmitz	Franz Weber	Heinz Liedgens
57	Viersen II	Hans Klaps	Christian Weisbrich	Opitz von Bardeleben	Annemarie Quick
58	Krefeld I	Sigrid Klösger	Dr. Annemarie Schrapf	Gabriele Leigraf	Petra Thies
59	Krefeld II	Jürgen Hengst	Winfried Schittges	Ralf-Hanns Klapdor	Dietmar Siegert
60	Kleve I	Albert Holzhauser	Dr. Helmut Linssen	Detlef Stückemann	Anna Peters
61	Kleve II	Irene Möllenbeck	Norbert Giltjes	Dietmar Gorißen	Willibald Kunisch
62	Wesel I	Eberhard Sohns	Maria-Luise Fasse	Hans-Joachim Kuhl	Michael Schmidt
63	Wesel II	Ludgerus Hovest	Heinrich Meyers	Bernd Reuther	Marieta Ohletz
64	Wesel III	Horst-Dieter Vöge	Jobst Marquis	Bernhard Benninghof	Gerhard Menne
65	Wesel IV	Elke Talhorst	Ulrich Lewitzki	Heidelinde Heller	Reinhard Finck
66	Duisburg I	Charlotte Kann	Thomas Mahlberg	Klaus-Peter Sindelar	Ingrid Fitzek
67	Duisburg II	Gisela Meyer-Schiffer	Heinrich Winzberg	Jens Heupgen	Ingeborg Conrads
68	Duisburg III	Manfred Bruckschen	Hanskarl von Unger	Lothar Miecnik	Elke Fritzen
69	Duisburg IV	Friedrich Hofmann	Dr. Jürgen Kämpgen	Dr. Helmut Gudat	Muhammet Riza Kurc
70	Duisburg V	Johannes Pflug	Adolf Sauerland	Wilhelm Bies	Heidrun Junge
71	Oberhausen I	Heinz Schleußer	Dr. Heinz-Jörg Eckhold	Dr. Manfred Schaefer	Wilhelm von Schmeling
72	Oberhausen II	Prof. Dr. Manfred Dammeyer	Gretel Elisabeth Kühr	Dr. Ellen Chwolik-Lanfermann	Bärbel Höhn
73	Mülheim I	Günther Weber	Marie-Luise Hollmann	Doris Schmidt-Enzmann	Barbara Steffens
74	Mülheim II	Bodo Hombach	Hans-Martin Schlebusch	Wolf Dietrich Hausmann	Brigitte Schumann
75	Essen I	Horst Radtke	Klaus Duwenkamp	Hans-Dieter Vogt	Helga Sander

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 1995			
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
76	Essen II	Jürgen Thulke	Margarete Roderig	Karsten Derks	Claudia Giaume
77	Essen III	Gerd-Peter Wolf	Uwe Kutzner	Georgia Kaiser	Walter Wandtke
78	Essen IV	Wilhelm Nowack	Franz-Josef Britz	Dr. Pedro-Antonio Redigor	Ernst Potthoff
79	Essen V	Jarka Pazdziora-Merk	Henning Aretz	Gerd Vogt	Jürgen Küppers
80	Essen VI	Heidemarie Berger	Manfred Kuhmichel	Ralf Witzel	Heribert Rüsing
81	Recklinghausen I	Dr. Bernhard Kasperek	Ursula Jacoby	Thomas Boos	Hans-Josef Kups
82	Recklinghausen II	Manfred Degen	Fritz Kollorz	Uwe Stempel	Paul Wagner
83	Recklinghausen III	Karl-Heinz Rusche	Josef Hovenjürgen	Dr. Gerhard Binder	Dr. Ulrich Brack
84	Recklinghausen IV	Gabriele Sikora	Nils Kruse	Dr. Günter Becker	Udo Weber
85	Recklinghausen V	Peter Budschun	Lothar Hegemann	Peter Faßbach	Jamal Karsli
86	Recklinghausen VI	Wolfgang Röken	Jürgen Zeller	Christine Dohmann	Ralf Michalowski
87	Gelsenkirchen I	Hans Frey	Oliver Wittke	Markus Hartmann	Hans Boes
88	Gelsenkirchen II	Frank Baranowski	Wolfgang Paul Jaeger	Anne Helene Schürmann	Peter Saatkamp
89	Gelsenkirchen III	Ellen Werthmann	Gerd Hugo Schulte	Dr. Frank Alfred Bordan	Karl Henke
90	Bottrop	Klaus Strehl	Bärbel Wischermann	Oliver Mies	Monika de Byl
91	Borken I	Günter Spanngenberg	Heinrich Kruse	Gert Huvermann	Ingrid Thuilot
92	Borken II	Joachim Musholt	Bernhard Schemmer	Franz-Josef Kunst	Siegfried Martsch
93	Borken III	Ursula Schulte	Bernhard Tenhumberg	Erich Schwartz	Rüdiger Bartels
94	Coesfeld I	Ilse Ridder-Melchers	Werner Jostmeier	Heinz-Werner Skrodzki	Rainer Michaelis
95	Steinfurt I/Coesfeld II	Karl-Heinz Stevemüer	Hannelore Brüning	Dr. Josef Feld	Amina Krüger
96	Steinfurt II	Harald Lude	Josef Wilp	Wolfgang Knoke	Rainer Lagemann
97	Steinfurt III	Gunther Sieg	Otti Hüls	Reinhard Lah	Thomas Helberg
98	Münster I	Helmut Hamsen	Dr. Jörg Twenhöven	Klaus Schüling	Rüdiger Sagel
99	Münster II	Anne Garbe	Dr. Renate Düttmann-Braun	Rudolf Born	Ulrike Kessing
100	Warendorf I	Ursula Zumhasch	Albert Leifert	Dr. Hans Günther Schöler	Ewald Groth
101	Warendorf II	Günter Harms	Bernhard Recker	Lutz Kuligowski	Hedwig Tarnier
102	Gütersloh I	Gabriele Behler	Franz-Josef Balke	Bernhard Junker	Andreas Münster
103	Gütersloh II	Jürgen Jentsch	Dr. Irmgard Klingbeil	Gerhard Osthus	Siegfried Kornfeld
104	Gütersloh III	Ursula Bolte	Heinrich Consbruch	Silke Wehmeier	Helga Lange
105	Bielefeld I	Helga Gießelmann	Angelika Gemkow	Joachim Schultz-Tornau	Uwe Günther
106	Bielefeld II	Heinz Hunger	Axel Strunkmann-Meister	Detlef Niemeyer	Dr. Michael Vesper
107	Bielefeld III	Dr. Bernd Brunemeier	Rainer Lux	Wolfgang Brinkmann	Marianne Weiß-Bergmeyer
108	Herford I	Dr. Axel Horstmann	Dietrich Thiede	Annemarie Lorenz	Walter Neuling
109	Herford II	Dorothee Danner	Friedel Möhle	Uwe Neuhaus	Eva-Maria Kassing
110	Minden-Lübbecke I	Friedrich Schepsmeier	Eva Helene Heidemann	Dieter Schweppe	Lutz Schmelzer
111	Minden-Lübbecke II	Reinhold Trinius	Hendrik Mucke	Klaus Reimler	Silke Hackenthun
112	Minden-Lübbecke III	Heinrich Borchering	Wilhelm Krömer	Dr. Hans-Jürgen Heuer	Hans-Jochen Freimuth
113	Lippe I	Horst Steinkühler	Karl Rüdiger Dittmar	Christoph Dammermann	Heinz Entfellner

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 1995			
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
114	Lippe II	Ina Meise-Laukamp	Dr. Harald Pohlmann	Dr. Ulrich Ketz	Ute Koszy
115	Lippe III	Manfred Böcker	Heinz Paus	Christian Weyert	Ortwin Müther
116	Höxter	Hannelore Ludwig	Antonius Rüsenberg	Karl-Erich Wessler	Peter Eichenseher
117	Paderborn I	Heinrich Becker	Gerhard Wächter	August Vöcking	Petra Lippegaus
118	Paderborn II	Ute Berg	Wilhelm Lüke	Marianne Thomann-Stahl	Dietrich Grothaus
119	Hagen I	Wilfried Kramps	Helmut Diegel	Brigitte von Mellinckrodt-Busch	Hans Jürgen Warda
120	Hagen II	Renate Drewke	Reinhard Markus	Dirk Schinkel	Uwe Goertz
121	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Lothar Niggeloh	Leonhard Kuckart	Gunter Bicking	Wolfgang Duchscherer
122	Ennepe-Ruhr-Kreis II	Ulrich Schmidt	Regina van Dinther	Dirk Neumann	Ilhan Gün
123	Ennepe-Ruhr-Kreis III	Dietrich Kessel	Laurenz Meyer	Bernhard Hecker	Peter Gerigk
124	Bochum I	Carina Gödecke	Peter Josef Adams	Hans-Friedel Donschen	Beate Scheffler
125	Bochum II	Wolfgang Clement	Prof. Dr. Horst Posdorf	Dr. Klaus Eichholz	Cornelia Borgmann
126	Bochum III	Heinz Baltasar Wirtz	Hans-Hermann Henneke	Christel Heide Sümlich	Olaf Krause
127	Bochum IV	Birgit Marlies Fischer	Dr. Jürgen Ehrhardt	Dieter Oligmüller	Werner Stürmann
128	Herne I	Gabi Gorcitzka	Karin Hussing	Thomas Nüchel	Peter Hugo
129	Herne II	Frank Sichau	Egbert Lewicki	Daniel Poznanski	Dirk Gleba
130	Dortmund I	Annegret Krauskopf	Dr. Manfred Szalata	Karl Erfmann	Dr. Hirsham Hammad
131	Dortmund II	Ilse Brusis	Brunhild Decking-Schwill	Dr. Fritz Schaumann	Mario Michael Krüger
132	Dortmund III	Gerda Kieninger	Tanja Brakensiek	Beatrice Artmann	Rüdiger Wessel
133	Dortmund IV	Bodo Champignon	Jürgen Böhm	Ortwin Grevel	Wolfram Frebel
134	Dortmund V	Erwin Siekmann	Frank Hengstenberg	Dr. Edit Hoffmann	Petra Kesper
135	Dortmund VI	Franz-Josef Kniola	Christian Röttger	Dieter Schenker	Thomas Schwingeler
136	Unna I	Inge Lagemann	Peter Bensmann	Dr. Helmut Nöldgen	Ursula Weißert
137	Unna II	Wolfram Kuschke	Klaus Stallmann	Paul Reiter	Andreas Schulze
138	Unna III/Hamm I	Klaus Matthiesen	Heinrich-Rudolf Kissing	Detlef Knop	Ulrich Brinkschulte Kunert
139	Hamm II	Manfred Hemmer	Hermann Kampmann	Georg Schroeter	Wolfgang Komo
140	Soest I	Brigitta Heemann	Eckhard Uhlenberg	Wilhelm Reinecke	Walter Raubaum
141	Soest II	Karl-Heinz Brülle	Wilhelm Riebinger	Reiner Kemper	Dr. Bernd Damman
142	Hochsauerlandkreis I	Franz Müntefering	Alfons Löseke	Carl-Julius Cronenberg	Helmut Bolle
143	Hochsauerlandkreis II	Karl-Heinz Schleich	Günter Langen	Rolf Grazikowsky	Eckhard Lohmann
144	Hochsauerlandkreis III/Siegen-Wittgenstein I	Friedrich Carmesin	Monika Brunnert-Jetter	Ingrid Völcker	Martina Schady-Singmann
145	Siegen-Wittgenstein II	Hans-Dieter Moritz	Volkmar Klein	Hagen Tschoeltsch	Hartmut Thomas
146	Siegen-Wittgenstein III	Loke Mernizka	Gudrun Reinhardt	Dr. Henrich Schleifenbaum	Johannes Remmel
147	Olpe	Gisela Lehwald	Theodor Kruse	Jörn Caumanns	Fred Josef Hansen
148	Märkischer Kreis I	Gerhard Walter Wirth	Horst Jäcker	Kai-Uwe Brodersen	Martina Hoffmann
149	Märkischer Kreis II	Irmgard Schmid	Bernd Schulte	Angela Freimuth	Renate Weskamm
150	Märkischer Kreis III	Michael Otto Scheffler	Renate Brunswicker	Heinrich Humme	Elke Orbrich
151	Märkischer Kreis IV	Hagen Müller	Hubert Schulte	Andrea Lipproß	Sieglinde Göbel

*Im Rahmen einer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Die aktuelle Gesundheits- und Dioxinsituation in Duisburg und ihre Entwicklung seit 1990: Hat Umweltminister Matthiesen dem Parlament die Unwahrheit gesagt?“ haben Sprecher der Opposition scharfe Kritik an der Informationspolitik des Umweltministers geübt. Der Minister selbst verteidigte zum wiederholten Male seine „Politik des Augenmaßes“, die Meßwerte erst dann an die Öffentlichkeit gebe, wenn sie von einem Katalog von Gegenmaßnahmen begleitet würden.*

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) stellte fest, bei Dioxin handele es sich um „Ultragift“, vor dem Bevölkerung und Umwelt zu schützen seien. Der Landesumweltminister habe zwei Jahre von den sehr hohen Dioxinwerten in Duisburg gewußt, darüber aber die betroffene Bevölkerung nicht informiert. So bleibe der Schluß, daß „das Recht auf Gesundheit, auf Schutz vor Umweltgiften, das Recht auf Wahrheit“ in NRW nicht gesichert seien — „das ist der eigentliche Skandal“. Die Dortmunder und Duisburger Vorfälle könnten bei dieser von der Landesregierung betriebenen Umweltpolitik sich „jederzeit an jedem anderen Ort“ wiederholen. Die Grünen würden nicht zulassen, daß die Wahrheit von der Landesregierung weiter vertuscht werde. So würden in einer Sprachregelung Ergebnisse von Messungen als „orientierende Messungen“ verharmlost und zurückgehalten, und erst öffentlicher Druck bewege das Umweltministerium, die Werte zu veröffentlichen und den Umweltausschuß des Landtags zu informieren. „Das geht nicht“, sagte Höhn und wies darauf hin, daß betroffene Menschen zwei Jahre lang Gemüse gegessen hätten, das 14mal höher als der zulässige Grenzwert belastet gewesen sei, „der Minister wußte es, ohne daß er Verzehrempfehlungen gegeben hätte.“ Der Ministerpräsident könne sich nicht länger hinter seinen Umweltminister stellen; er müsse sich distanzieren, sonst nehme er dessen Politik billigend in Kauf — „und dann trifft die ganze Landesregierung der Vorwurf dieses unverantwortlichen Handelns“.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) machte geltend, daß es die Grünen gewesen seien, die bereits am 1. Juli 1992 in Form einer Dringlichen Anfrage die Ergebnisse der Dioxinuntersuchung im Duisburger Süden ausführlich abgefragt hätten. Darum: „Es gibt keinen Dioxinskandal, schon gar keinen neuen.“ Es habe zu keiner Zeit eine Gesundheitsgefährdung für die Duisburger Kleingärtner gegeben. Bei die-

## CDU nennt Landesumweltminister „Lügenbaron“ SPD hält Aktuelle Stunde für rechtswidrig

ser Angelegenheit handele es sich um „schäbigen Wahlkampf“, die Grünen betrieben wieder eine „verantwortungslose Politik, wenn sie jetzt nach Jahren Gesundheitsgefährdungen an die Wand malen, die es zu keinem Zeitpunkt gab“. Das Vorgehen erfolge nach dem System „Verdächtigungen, Verleumdungen und kein konstruktiver Vorschlag“. Er sei sich bewußt, daß er als Exponent einer Ablehnung jeglicher rot-grüner Zusammenarbeit auf Landesebene die Zielscheibe grüner Attacken sei; hier prallten zwei politische Grundhaltungen aufeinander, die gerade in Wahlkampfzeiten deutlich werden und bleiben müßten.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, machte darauf aufmerksam, daß das Thema der durch „Zufallsmehrheit“ zustande gebrachten Aktuellen Stunde zugleich auch Gegenstand der Arbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sei, vor den der Minister, „gegen den sich eben diese Aktuelle Stunde richtet“, als Zeuge geladen sei. Der Minister werde auf diese Weise zuerst „öffentlich vorverurteilt und verunglimpft“. Das sei offenbar die „armselige Version dessen, was Frau Höhn als die Jagd nach den Ministerköpfen bezeichnet hat“, meinte Farthmann: „Alles, was wir in dieser Aktuellen Stunde veranstalten, widerspricht elementaren rechtsstaatlichen Prinzipien und ist unzulässig.“ Es könne nur jedem die „Schamröte ins Gesicht treiben, zu sehen, daß diejenigen, die hier heute parteipolitisch agitieren, morgen in der gleichen Angelegenheit mit quasi richterlicher Unabhängigkeit im Untersuchungsausschuß sitzen wollen“.

**Herbert Reul** (CDU) hatte den Eindruck, daß in dieser Debatte viel über Stil geredet werde, „aber über die Inhalte kein Wort“. Auf diese Weise werde der Umweltminister nicht „entkommen“, betonte der Sprecher und erinnerte daran, daß es die SPD war, die diese Aktuelle Stunde verhindern wollte. Es gehe hier seit fünf Jahren immer wieder um das Fehlverhalten eines Ministers, der permanent Gegenstand von Debatten im Landtag sei. Reul: „Es gibt keinen Minister, der so skrupellos mit Öffentlichkeit und Parlament umgegangen ist wie Herr Matthiesen.“ Er

habe über zwei Jahre hinweg über die hohen Dioxinwerte in der Umgebung von Berzelius nicht informiert und die Kleingärtner ernten lassen. Er habe im Parlament mehrfach die Unwahrheit gesagt — im Vergleich dazu seien die Lügengeschichten eines Barons Münchhausen das „Buch der Wahrheit“. Für das, was der Minister dem Landesparlament zumute, müßte er den Ehrentitel „Lügenbaron der Landesregierung“ bekommen.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) fügte an, Matthiesen sei ein Minister, der das Parlament gern „austrickse“. Aber ein Beweis für die im Thema der Aktuellen Stunde aufgestellte Behauptung sei nicht erbracht worden, betonte Kuhl und bescheinigte dem Minister, er und die Landesregierung hätten sich in Sachen Dioxin keinesfalls „mit Ruhm bekleckert“. Es gebe Ereignisse, die dazu führen würden, daß demnächst Konsequenzen gezogen werden müßten: „Die Standortentscheidung für das Stahlwerk in Duisburg oder Dortmund ist eine Frage, die in diesem Zusammenhang auftaucht. Allein schon das ist ein Skandal“, sagte Kuhl. Bei Kälbermast oder Kieselrot sei der Minister sofort an die Presse gegangen, aber bei Dioxinausstoß hüllte er sich in Schweigen.

**Johannes Pflug** (SPD) verwahrte sich als Duisburger Abgeordneter dagegen, daß die Opposition seine Heimatstadt, „die wahrlich genug Probleme hat“, erneut in die Schlagzeilen bringe. Aber offenbar hätten die Grünen mit ihrem Wahlkampfzirkus gemerkt, daß nichts so gut sei, wie immer wieder die alten Filme zu wiederholen. Er könne sich nicht erinnern, daß die Grünen in den letzten fünf Jahren in Duisburg eine positive Schlagzeile geliefert hätten, im Gegenteil: Man habe jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben.

**Lothar Hegemann** (CDU) mutmaßte als Grund für das Verschweigen der Meßwerte, daß Matthiesen seit zehn Jahren Umweltminister des Landes sei: „Da darf es keine Skandale mehr geben. Wenn es welche gibt, dann werden sie totgeschwiegen.“ Das habe mit vorsorgender Gesundheitspolitik nichts mehr zu tun. Statt dessen werde Dioxin zu einem „Grundnahrungsmittel erklärt und verharmlost“.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) konterte: „So lange die Landesregierung weiter Sauereien macht, wird es sich die Opposition nicht nehmen lassen, diese Sau durchs Dorf zu treiben.“

*Umweltpolitik im Zusammenprall von Meinung und Gegenmeinung (v.l.) Bärbel Höhn (GRÜNE); Umweltminister Klaus Matthiesen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (beide SPD), Herbert Reul (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.)*  
Fotos: Schälte



## Opposition will bessere Kontrolle für das Parlament

Der Landtag hat der Landesregierung für den Haushalt im Rechnungsjahr 1992 Entlastung erteilt. Bei der Debatte nutzte der scheidende Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Walter Neuhaus (CDU), die Gelegenheit, für die sachliche Zusammenarbeit im Ausschuß zu danken und Punkte aufzuzeigen, wie der kommende Landtag das Kontrollrecht des Parlaments verbessern könnte.

Walter Neuhaus (CDU) stellte fest, bei der Wirtschaftsführung der Landesregierung liege zwar vieles noch im argen, Entlastung zu erteilen sei aber dennoch vertretbar, weil „die festgestellten Mängel entweder bereits von der Landesregierung abgestellt oder für die Entlastung der Landesregierung von untergeordneter Bedeutung sind“. Außerdem habe der Ausschuß eine Reihe von Auflagen beschlossen, die die Regierung in Zukunft beachten müsse. Wenn die Opposition der Entlastung nicht zustimmen könne, dann liege das zuerst einmal an der Finanzpolitik des Landes, die von einem Rekordschuldenberg von 123 Milliarden (1994), acht Milliarden an Zinszahlungen und täglich 23 Millionen Mark Zinsen geprägt sei. Das Land müsse seinen Ausgabenkurs fundamental ändern, neue Schulden stoppen und ein Konzept zum Abbau der Schulden und der damit verbundenen Zinslast vorlegen. Neuhaus lobte die nordrhein-westfälische Lösung eines eigenen Haushaltskon-

## Gütesiegel fand keine Zustimmung

Der Landtag hat den Antrag der F.D.P. abgelehnt, ein landeseigenes Prüf- und Gütesiegel für hochwertige Nahrungsmittel (Drs. 11/8111) einzuführen. Johannes Gorlas (SPD) sah aufgrund der parlamentarischen Beratung keinen Anlaß, von der Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion abzurücken. Für die CDU nannte Heinrich Kruse den Antrag grundsätzlich unterstützenswert, da die Herkunft als Qualitätskriterium für den Verbraucher immer wichtiger werde. Andererseits dürfe er nicht durch eine Vielzahl von Kennzeichnungen verwirrt werden. Friedel Meyer (F.D.P.) erinnerte daran, das Gütesiegel sei für die Landwirte und Verbraucher gedacht gewesen; es sei „verheerend“, wie mit diesem Antrag in der Ausschußberatung umgegangen worden sei. Der Bauernpräsident sei jedenfalls für eine solche Kennzeichnung gewesen, weil er darin Chancen für die heimische Produktion gesehen habe. Die Grünen setzten sich mit ihrem Sprecher Dr. Michael Vesper mit Nachdruck für die Einführung einer Nachweispflicht über Herkunft, Produktionsart und Verarbeitungsmethoden ein. Das solle den Verbrauchern eine bewußte Kaufentscheidung ermöglichen und auf diese Weise Einfluß nehmen lassen auf Tierhaltung und Intensität landwirtschaftlicher Verfahren. Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) dankte dem F.D.P.-Sprecher, der aus dem Parlament scheidet, für die sachliche Zusammenarbeit und versprach ihm in einem persönlichen Wort, wenn er dafür einen bestimmten Betrag in die Landeskasse zahle, „einen kapitalen Hirsch“.

trollausschusses, dessen Arbeit sei aber noch verbesserungsfähig. Der seit 20 Jahren dem Landesparlament angehörende Ausschußvorsitzende plädierte für die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen und für die Möglichkeit einer zeitnahen Prüfung, um Verbesserungen rascher in den Haushaltsvollzug einfließen lassen zu können.

Walter Greverer (SPD) unterstrich den Konsolidierungskurs, den das Land in der Haushaltswirtschaft führe; den sollte man positiv beurteilen. Im übrigen sei die Quote von 37 Millionen Mark eingesparter Landesmittel bei einem Gesamtetat von 75 Milliarden eine „sichere Rate“, nämlich um die 0,5 Prozent.

Helmut Diegel (CDU) dankte dem Ausschußvorsitzenden: Er habe seine nicht immer leichte Sache gut gemacht. Angesichts des Rekorddefizits des Schuldenhaushalts des Landes könne die CDU der Entlastung nicht zustimmen. Er sei mit der Ausübung der Kontrolle nicht zufrieden, da sich die Regierungspartei immer mehr vom Kontrollleur zum Helfer der Regierung entwickelt habe.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) verlangte eine breitere Basis als nur die Berichte des Landesrechnungshofs (LRH) für die Entscheidung über die Entlastung der Regierung; hier handele es sich „um völlig fremdbestimmtes Entscheidungsmaterial“. Der Ausschuß sollte bei der Aufstellung des LRH zu seinem Prüfungsprogramm mitwirken können.

Bärbel Höhn (GRÜNE) monierte, daß die Landesregierung versäumt habe, ihre Gebühren und Entgelte dem Kostenniveau anzupassen. Außerdem müßte man sich intensiver als bisher dem Problem der milliarden-schweren Steuerhinterziehung annehmen. Ferner sei die Unternehmenssubventionierung stärker zu überprüfen, da hier die Mitnahmeeffekte sehr hoch seien. Der Ausschuß bleibe „zahnlos“, es finde keine echte Kontrolle statt.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) betonte, die Landesregierung empfinde die Arbeit des LRH nicht als störend, sondern hilfreich.

## Sperrzeiten gelten unverändert weiter

Auf Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 11/8651) hat der Landtag einen Vorstoß der F.D.P.-Fraktion zur Streichung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften (Drs. 11/7418) abgelehnt.

Hans Vorpeil (SPD) erwähnte die umfassenden Erkundigungen, die man einge-zogen habe, um den Antrag zu bewerten. Ergebnis: „Unseres Erachtens gibt es keinen Handlungsbedarf.“ Bei der Abwägung zwischen dem Bedürfnis nach ungestörter Nachtruhe und dem Wunsch nach längerer Öffnung von Gaststätten habe es schon in der Vergangenheit wenig Streit gegeben.

Franz Skorzak (CDU) lehnte den Antrag gleichfalls ab, „weil er keine Rücksicht nimmt auf die Schutzbedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern, die in Nachbarschaft

## Kampf der Korruption

Der Landtag hat nach Erörterung den CDU-Antrag zur Vorteilsnahme in der öffentlichen Verwaltung (Drs. 11/6915 neu) und den Grünen Antrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (Drs. 11/8635) abgelehnt. Auch der F.D.P.-Entschließungsantrag (Drs. 11/8724) fand keine Mehrheit.

Jürgen Jentsch (SPD) nannte den Antrag der CDU als vom Handlungsrahmen der Landesregierung überholt, wenn auch dem Anliegen zuzustimmen sei. Man könne auch nicht wie die Grünen den Eindruck erwecken, die Polizei sei „hilflos“ gegenüber der Wirtschaftskriminalität, denn schließlich gebe es durch die Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Lande eine effektive Bekämpfung der Korruption. Beide Anträge zeigten keine neuen Wege auf, darum seien sie abzulehnen.

Heinz Paus (CDU) widersprach: Mit dem Bericht der vom Innenminister berufenen Arbeitsgruppe sei es nicht getan; das Anliegen des CDU-Antrags sei zu aktuell, um es „in dünnen Worten“ für erledigt zu erklären. Im Kampf gegen Korruption stehe man vor extremen Herausforderungen.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) meinte, jeder anständige Unternehmer leide unter den Machenschaften, darum sei der Kampf gegen Wirtschaftskriminalität zu verschärfen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sah in der um sich greifenden Wirtschaftskriminalität einen Grund für leere Staatskassen, für notwendig werdende Steuererhöhungen und für Staatsverschuldung. Zur Intensivierung der Bekämpfung seien die Staatsanwaltschaften besser auszustatten, der Verbraucherschutz zu verbessern und die Rolle der Wirtschaftsprüfer kritischer zu betrachten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) wertete den F.D.P.-Antrag als „Arbeitsbeschaffung und Verdienstmöglichkeit für Wirtschaftsberater und Steuerprüfer“. Die Forderungen der CDU nach spezifischen Zuständigkeiten und Kapazitäten bei den Strafverfolgungsbehörden seien längst erfüllt.

von Gaststätten wohnen“. Wenn man aber den Eindruck bekomme, daß die Praxis der Ausnahmegenehmigung für längere Öffnungszeiten mit den dazugehörigen kostenpflichtigen Verwaltungsakten längst zur Regel geworden ist, dann gebe es sehr wohl Handlungsbedarf.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) erkannte ebenfalls Handlungsbedarf, da der überwiegende Teil der gastronomischen Unternehmen im Lande für die Änderung oder gar Aufhebung der geltenden Sperrzeitregelung sei. Sie würden als zu restriktiv eingeschätzt und behinderten die Entfaltung städtischen Lebens.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hatte den Eindruck, daß man das Thema inzwischen zum zehnten Mal behandle; es sei mittlerweile zu Tode geritten.

**Annelie Kever-Henseler** (SPD) begründete den neuen Antrag mit der Bundeskompetenz nach Änderung des Grundgesetzes durch den Bundestag. Deutschland habe noch immer kein Transplantationsgesetz, obwohl Spender, Empfänger, Ärzte und Angehörige dringend Rechtssicherheit brauchten. Der Bundesratsentwurf von Bremen und Hessen enthalte einen Kompromiß zwischen Widerspruchs- und Zustimmungslösung, nämlich die Informationslösung, die inzwischen erweitert und modifiziert sei. Die Bereitschaft zur Organspende sei dramatisch zurückgegangen und müsse wieder wachsen. Heute seien Organtransplantationen Routine. Die Wartelisten würden immer länger. Angesichts reißerischer Schlagzeilen nehme die Angst von möglichen Spendern zu. In Belgien und Österreich werde die Widerspruchslösung akzeptiert, wonach Angehörige den Eingriff ablehnen könnten. Eine im Antrag geforderte Informationskampagne bereite die Landesregierung bereits vor. Auch Fortbildung von Ärzten und Pflegepersonal beim Umgang mit Betroffenen sei nötig.

## Bleiberecht für Frauen bei Zwangsehen

Den SPD-Antrag „Handel mit Mädchen und Frauen bekämpfen“ (Drs. 11/8590) nahm die Mehrheit aus SPD und F.D.P. bei Enthaltung von CDU und Grünen am 30. März an.

**Brigitte Speth** (SPD) erläuterte, der Handel mit ausländischen Mädchen und Frauen sei international und häufig mit organisierter Kriminalität verknüpft. Er sei ein menschenverachtendes Geschäft. Seit der Öffnung im Osten erstreckte sich der Frauenhandel zunehmend auf Polen, Rußland und Tschechien. In Härtefällen sollten zur Heirat gezwungene Frauen auch ohne Ehedauer von drei Jahren hierbleiben dürfen. Der Grünen-Änderungswunsch eines allgemeinen Aufenthaltsrechts sei unrealistisch.

**Regina van Dinther** (CDU) begründete die Enthaltung mit einer Bonner Koalitionsentschließung für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht und mit der Sorge um Scheinehen. Die Bundesregierung wolle ausländischen Frauen anders helfen. Bedenken gebe es auch beim SPD-Vorschlag der Nebenklage von Opfern im Strafprozeß.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) stimmte dem SPD-Antrag zu und hielt schnelles Handeln für sehr wichtig.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) bekundete Ärger über diesen Antrag, da er gegenüber dem vor zwei Jahren nichts Neues enthalte außer dem Lob für die Landesregierung. Sie sei sauer darüber, daß die SPD in fünf Jahren zu keiner einzigen Ausschußdiskussion darüber bereit gewesen sei. Die Landesregierung könne die von den Grünen geforderten Sofortmaßnahmen aus eigener Kompetenz ergreifen.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, vermutete Urheber-Ansprüche als Ursache des Ärgers. Ein Nebenklagerecht für Frauen auch bei einfachem Menschenhandel solle die CDU mittragen.

## Rechtsgrundlage für Organtransplantation

### Frage, wann der Mensch wirklich tot ist

Dem SPD-Antrag „Für eine bundeseinheitliche Regelung der Organtransplantation“ (Drs. 11/8591) stimmten auch CDU und F.D.P. nach der Beratung am 31. März zu, nachdem die SPD auf Zustimmung zum Bundesrats-Entwurf von Bremen und Hessen verzichtet hatte.

**Wilhelm Riebniger** (CDU) sah im medizinisch-technischen Fortschritt neben dem Segen der Heilung auch Möglichkeiten des Mißbrauchs. Es gehe nicht nur um Nützlichkeit. Vielmehr stoße eine gesetzliche Regelung auch an ethische Grenzen. Die jahrhundertalte jüdisch-christliche Vorstellung sei zu achten, daß ein Leichnam nicht der allgemeinen Verfügbarkeit unterliege. Menschenwürde müsse der Maßstab sein. Wenn Spender zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmten, sei es einfach. Das seien aber zu wenige. Auf ein Organ warteten Tausende. Immer wieder neu werde über den Zeitpunkt des Todes diskutiert. Die Bundesärztekammer habe Kriterien für den Hirntod festgelegt. Der SPD-Antrag stoße nicht ins Leere. Die CDU stimme zu, wenn der Widerspruch bei der Zustimmung zur Organentnahme zum Bundesratsentwurf beseitigt werde.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) teilte mit, seit Jahren trage er einen Organspenderausweis, weil er zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt sei. In der öffentlichen Diskussion komme großes Mißtrauen gegen Ärzte zum Ausdruck. Andererseits sei Transplantation ein häufig angewandtes, erfolgreiches Verfahren, vielen Menschen zu helfen. Wie in vielen Bereichen sei hier kein Konsens mehr möglich. Wir Deutsche müßten schleunigst nachholen, was in Europa längst geregelt sei. Der Wille zu helfen, sei entscheidend. Geschäfte mit Organen aus ärmeren Ländern dürfe es nicht geben. Die Landtagsmitglieder sollten ihre Bedenken zurückstellen und freiwillig zur Organspende bereit sein.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) bedauerte, daß

die SPD eine Anhörung dazu verhindert habe. Es treffe zu, daß vielen Menschen mit unheilbaren Erkrankungen eine neue Lebenschance eröffnet werde. Die Organspende dürfe aber nicht vergessen werden. Angst gehe um, zu frühzeitig von der Medizin aufgegeben zu werden. Berichte über Organhandel und Unfallsimulation trügen zur Abnahme von Spendenbereitschaft bei. Eine wichtige Voraussetzung für die Transplantation sei die Vitalität der Organe bei der Entnahme. Nach Herz-/Kreislaufstillstand seien Organe nicht mehr, nur noch Knochen, Augenhornhäute, Gehörknöchelchen und Hirnhäute verwendbar. Mit Hilfe der Intensivmedizin und von Medikamenten lasse sich die Herzfähigkeit Stunden bis Wochen weiter aufrechterhalten. Hirntote seien warm und durchblutet und hätten lebensfrische Organe. Am Hirntodkonzept gebe es Zweifel. Die Grünen hielten die Entscheidung durch Angehörige für problematisch und seien gegen eine Pflicht zur Organspende. Organe dürften nur nach aktiver Zustimmung der Betroffenen entnommen werden. Die Grünen lehnten den SPD-Antrag ab, ihre Bundestagsfraktion werde einen eigenen Entwurf einbringen.

**Gesundheitsminister Franz Müntefering** (SPD) betonte, ein Gesetz für Organspenden müsse einvernehmlich zwischen allen politischen Kräften verabschiedet werden. Wenn zehn Prozent der Bevölkerung zur Organspende bereit wären, würde das reichen. In Bonn werde hoffentlich eine Lösung zustande kommen, die humanitäre, religiöse und tiefste Gewissensansprüche erfülle.



Drei langgediente SPD-Abgeordnete, die aus dem Parlament ausscheiden: v.l. Horst Henning, Siegfried Jankowski und Helmut Kupski.  
Foto: Schälte

## Gesetz soll Strukturwandel besser begleiten

Eine Reform des Arbeitsförderungsgesetzes hat die SPD-Fraktion in einem Antrag (Drs. 11/5245) geordert, der auf Beschlußempfehlung des Arbeitsausschusses (Drs. 11/8598) angenommen wurde. Einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 11/5289) lehnte das Plenum ab.

**Horst-Dieter Vöge** (SPD) verlangte eine Reform an Haupt und Gliedern für das Arbeitsförderungsgesetz (AfG). Es sei veraltet, zu sehr auf die passive Finanzierung von Arbeitslosigkeit und auf individuelle Überbrückungsleistungen zugeschnitten. Das Ziel der Vollbeschäftigung sei nicht annähernd erreicht worden. Man benötige dringend ein Instrumentarium, das in enger Abstimmung mit Wirtschafts- und Strukturpolitik sich selber aktiv in den strukturellen Wandel einschalte und diesen stärker als bisher begleiten könne. Bei der Reform sollten die Beitragsfinanzierung – erweitert auf alle Erwerbstätigen – und die Defizithaftung des Bundes erhalten bleiben.

**Helmut Harbich** (CDU) lehnte den SPD-Antrag ab. Dennoch gebe es Berührungspunkte in der Zielrichtung einer AfG-Reform: „Auch wir wollen eine stärkere Verknüpfung von Strukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik, auch eine stärkere Regionalisierung und eine Verstärkung präventiver Arbeitsmarktmaßnahmen. Das Problem liegt aber eben in der Konkretisierung und vor allem in der Finanzierung.“

**Hagen Tscholtsch** (F.D.P.) wandte ein, Bundesregierung und Länderministerpräsidenten hätten sich im Rahmen des Solidarpakts über eine finanzielle Ausstattung des AfG geeinigt; an dieser festen Vereinbarung wolle man festhalten. Wer nur an die finanzielle Ausstattung herangehe, der kündige den damaligen Solidarakt auf. Eine vernünftige Mittelstandspolitik sei die beste Arbeitsmarktpolitik; das sollte die SPD wissen.

## Novelle zum Landesforstgesetz verabschiedet

In zweiter Lesung hat der Landtag Ende März die Änderung von Landesforstgesetz, Gemeinschaftswaldgesetz und von Landschaftsgesetz (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/8331) in Form der Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 11/8652) beschlossen.

**Horst Steinkühler** (SPD) umriß als Ziel des Gesetzesentwurfs, das Landesforstgesetz und das Landeswaldgesetz an bestehende Regelungen in anderen Bereichen anzupassen, unter anderem an das Landesabfallrecht und an die Neuorganisation der Forstverwaltung.

**Karl Knipschild** (CDU) bedauerte, daß es nach langen Jahren des Konsenses nicht gelungen sei, die Forstpolitik im Landtag aus dem „kleinkarierten parteipolitischen Gezänk“ herauszuhalten. Die Reform der Landesforstverwaltung sei ein „teurer Torso“.

## Weiterhin Kampf gegen Obdachlosigkeit

Abgelehnt hat der Landtag den grünen Antrag „Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen“ (Drs. 11/4294), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein landespolitisches Gesamtkonzept vorzulegen.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) warb für den Entschließungsantrag ihrer Fraktion: Er enthalte eine umfangreiche Liste von Forderungen an die Landesregierung und eine Reihe von Handlungsstrategien und Lösungsansätzen. Darum sollte der Landtag ihm zustimmen.

**Georg Gregull** (CDU) sah dazu keine Chance, da die Fakten eine andere Sprache sprächen: So wie 1990 gebe es in diesem Jahr immer noch einen Fehlbestand von 400 000 Wohnungen im Lande. Gerade die Forcierung des Wohnungsbaus sei der wichtigste Ansatzpunkt zur Beseitigung von Obdachlosigkeit. Familien dürften nicht deshalb obdachlos werden, weil ihr einige Kinder angehörten. Es sei Auffassung der CDU,

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) bezeichnete den von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion erarbeiteten Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes (ASFG) als einen „konstruktiven und diskussionswürdigen Beitrag für eine dringend nötige und längst überfällige Generalreform der Arbeitsmarktpolitik des Bundes“. Aber auf Landesebene, wandte er ein, wolle die SPD offenbar nichts von den Reformperspektiven ihres eigenen ASFG wissen.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) strich die Erfolge des im Lande entwickelten Systems einer regionalisierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik heraus. Sie habe mit dazu beigetragen, daß Ende 1992 in Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitsplätze vorhanden waren als je zuvor. Man müsse endlich ein ASFG haben, daß Langzeitarbeitslosen, Berufsrückkehrerinnen und jungen Menschen eine Chance eröffne. Ohne Modernisierung von Ausbildung und Weiterbildung wäre die Weiterentwicklung der Industriegesellschaft „ein Konzept ohne Fundament“.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) schloß sich in der Bewertung seinem Vorredner an und bedauerte ebenfalls, „daß wir keinen gemeinsamen Entschluß in dieser Richtung fassen konnten“.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) sah den Gesetzesentwurf durch das Beratungsverfahren „durchgepeitscht“. Im Ergebnis habe man einen neuerlichen Rückzug des öffentlich kontrollierten Umweltschutzes aus dem Diskussions- und Entscheidungsprozeß zu konstatieren. Die Verwendungsmöglichkeit von Bauschutt im Wegebau gebe „Anlaß von verhängnisvollen Mißverständnissen über den Wald des neuen Bestandteil des nordrhein-westfälischen Abfallbeseitigungskonzeptes“.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) wollte aufgrund der ausführlichen Sachberatung im Ausschuß der Diskussion nichts mehr hinzufügen.

daß solche Familien einer Sonderförderung bedürften.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) lehnte beide Anträge ab, weil SPD und Grüne in dem, was sie kurz vor Toresschluß präsentierten, nicht die richtigen Wege beschrieben.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) faßte ironisch die Position der Landesregierung zur Obdachlosigkeit in drei Punkten zusammen: „Es ist alles furchtbar. Wir haben kein Geld. Die Kommunen müssen ran, die haben es ja.“ Aber das sei keine Politik.

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) erinnerte an die Bonner Verantwortung für die gewachsene Obdachlosigkeit. Vor Jahren habe man dort beschlossen, die Wohnungsgemeinnützigkeit abzuschaffen und die Förderung des Wohnungsbaus zu reduzieren. Der Minister führte die Maßnahmen des Landes an, die zur Minderung der Obdachlosigkeit durchgeführt würden und kündigte an, daß man im Rahmen der Möglichkeiten an diesem Thema weiterarbeiten werde, zusammen mit den Kommunen, den Kirchen und den örtlichen Verbänden.

## Spritzenautomaten

Ohne Mehrheit blieb der grüne Antrag „AIDS und Strafvollzug in NRW – Umsetzung der Empfehlungen der AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages“ (Drs. 11/2639): Er wurde vom Landtag gegen das Votum der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

**Marie-Luise Morawietz** (SPD) räumte ein, daß auch Haftanstalten keine drogenfreien Räume seien. Wenn auch die Gefahr einer Ansteckung nicht unterschätzt werden solle, so sei AIDS in Strafanstalten heute kaum noch ein Thema, dem man mit dem einfachen Aufhängen von Spritzenautomaten beikommen könne.

**Marlis Robels-Fröhlich** (CDU) stimmte dem bei und sah beim Thema Einwegspritzen „Schizophrenie“ im Spiel: Man könne nicht einerseits diese Spritzen in den Anstalten verteilen und auf der anderen Seite Drogenabhängige verfolgen.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) fand, daß das, was der Antrag im Ergebnis als Gutes enthalte, weitgehend überholt sei. Was nicht überholt sei, das halte seine Fraktion für nicht gut.

**Roland Appel** (GRÜNE) berichtete von ersten Klagen von Gefangenen, die sich im Knast infiziert hätten und vom Staat Schadenersatz haben wollten. Der Widerstand gegen Spritzenautomaten sei „rational nicht begründbar“.

**Gesundheitsminister Franz Müntefering** (SPD) meinte, zumindest einige Empfehlungen der Enquetekommission seien aus Rechtsgründen oder unter vollzugsspezifischen Bedingungen nicht umzusetzen. Der Justizminister unternehme alle nur denkbaren Anstrengungen, Drogen in den Gefängnissen zu verhindern. Das könne man nicht durch die Aufstellung von Spritzenautomaten unterlaufen.



## Behinderte Kinder sollen behutsam integriert werden

Das Land will einen behutsamen Weg der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler gehen. Darauf verwies Kultusminister Hans Schwier (SPD) bei der zweiten Lesung des Sonderschulentwicklungsgesetzes im Entwurf der Landesregierung und nach der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, das mit den Stimmen der SPD gegen CDU und GRÜNE bei Enthaltung der F.D.P. am 29. März angenommen wurde. Mit Änderungen des Schulpflicht- und Schulverwaltungsgesetzes wurde die Rechtsgrundlage für gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern in allgemeinen Schulen geschaffen (Drs. 11/7186).

**Annelie Kever-Henseler** (SPD) erklärte, das Kind sei der Maßstab und das Entscheidungskriterium. Für die Umsetzung heiße das: gemeinsamer Unterricht sei eine gemeinsame Aufgabe von Grundschule und Sonderschule. Sie teilten sich die Verantwortung und die Förderung des Kindes. Das Kind behalte den Stundenanteil nach der Relation der Sonderschule, er werde aber gerechterweise zwischen den beteiligten Schulformen aufgeteilt. Weil darüber hinaus in vielen Fällen Mehrbedarf erforderlich sei, habe man zusätzliche Stellen bereitgestellt. Inzwischen seien es 242, davon 178 für den Unterricht in der Grundschule.

**Bärbel Wischermann** (CDU) sagte, an dem Gesetz zur Weiterentwicklung sonderpädagogischer Förderung werde sich auch Ministerpräsident Rau messen lassen müssen; denn er habe in seiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Wahlperiode die Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder zu einem Kernanliegen dieser Regierung gemacht. Aber das Gesetz, das nun an einem der letzten Plenartage vor der Landtagswahl noch schnell verabschiedet werde, adele ihn und alle anderen Befürworter nicht. Der vorliegende Entwurf werde von fast allen Beteiligten aus den verschiedensten Motiven abgelehnt.

**Dr. Andreas Reichel** (F.D.P.) ging auf den Gesetzentwurf der Grünen ein. „Wir halten ihn für indiskutabel, weil er im Kern nichts anderes als die Abschaffung der Sonderschulen bewirken will.“ Er halte das für unverantwortlich. Wer Sonderschulen abschaffe, integriere nicht, sondern grenze



Ein Gymnasium in Mülheim an der Ruhr unterhält seit einiger Zeit Kontakte zu einer Schule in der russischen Stadt Pfkow. Auf Initiative der GRÜNE-Abgeordneten Brigitte Schumann (2.v.l.) hat eine Gruppe von Jungen und Mädchen aus Pfkow, die in Mülheim zu Gast war, den Landtag besucht. Die Schülerinnen und Schüler wurden von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) empfangen. Foto: Schälte

aus. „Ich halte das gerade deswegen für undenkbar, weil schwer- und schwerstmehrfach behinderte Kinder in sehr vielen Fällen in Regelschulen wirklich keine angemessene Förderung erfahren können.“ Die Integration dieser Schüler sei durch die Errichtung der Sonderschulen erst möglich geworden. Reichel bezeichnete hingegen den Entwurf der Landesregierung als diskutabel.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) erklärte, aus heutiger Sicht sei die Frage zu stellen, ob es eine Benachteiligung im Sinne des Grundgesetzes sei – niemand dürfe wegen seiner Behinderung benachteiligt werden, wenn tatsächlich immer noch behinderte Kinder gegen ihren Willen einer Sonderschule zugewiesen würden, ob es eine Benachteiligung sei, wenn sie immer noch aus ihrem vertrauten Umfeld der Freunde herausgerissen würden, wenn sie nur mit Behinderten unterrichtet würden, wenn sie weniger Normalität erlebten als die sogenannten Nichtbehinderten. Die Grünen sagten: Ja, es sei Benachteiligung.

**Herbert Heidtmann** (SPD) sagte in seinem letzten Redebeitrag in diesem Parlament, eine vieljährige Arbeit im Bereich der Son-

derschulthematik und der Integration von behinderten Kindern in das Regelschulsystem sei zu einem vorerst abschließenden und zugleich neue Entwicklungen einleitenden Ergebnis gekommen. Hier werde ein unübersehbares Zeichen gesetzt für den Stellenwert von behinderten Menschen in der Gesellschaft und für das Bemühen der Sozialdemokraten im Land, behinderte Kinder und Jugendliche so früh wie möglich in den normalen Lebensprozeß zu integrieren.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) bekräftigte, nach zehn Jahren Schulversuch in Nordrhein-Westfalen sei es an der Zeit, für die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die allgemeinen Schulen die erforderliche Rechtsgrundlage zu schaffen. Alle Erfahrungen hätten gezeigt, daß Integration nicht auf Kosten der einen oder anderen Schülergruppe geschehe. Sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulen und in Sonderschulen werde durch den vorliegenden Gesetzentwurf gleichgestellt. „Zwischen den extremen Positionen des Alles oder Nichts gehen wir mit dem Gesetzentwurf einen behutsamen Weg der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler“, folgerte der Kultusminister.

## Umweltmedizin

Umweltmedizin hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Das ergab die Diskussion über einen CDU-Antrag zur Umweltmedizin in Nordrhein-Westfalen, einen Änderungsantrag der Grünen sowie einen Entschließungsantrag der SPD. Das Papier der CDU sowie das der Grünen wurden abgelehnt. Der Entschließungsantrag wurde mit SPD-Mehrheit angenommen (Drs. 11/3675, 3852 und 8680).

**Vera Dedanwala** (SPD) machte deutlich, daß das Schicksal von Menschen, die von Umweltkrankheiten befallen seien, sehr nahegehe. Sie nannte einige Krankheitsbilder:

Neurodermitis, Asthma, Hautkrankheiten, Allergien. Da könne sich jeder sehr leicht vorstellen, daß dieses Anliegen hier in NRW behandelt werden müsse.

**Wilhelm Riebniger** (CDU) erinnerte daran, wenn die CDU in ihrem Antrag vom 5. Mai 1992 unter anderem gefordert habe, daß Umweltbelastungen als besonders gesundheitsgefährdend bezeichnet würden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt seien, dann sei diese Forderung auch heute noch berechtigt.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, in vielen Bereichen, das müsse man zugestehen, habe die Landesregierung inzwischen ge-

handelt. Nach der Studie der Unterlagen sei er da sehr objektiv.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) führte aus, die Betroffenen in NRW wüßten: Wenn sie sich darauf verlassen, von Umwelt- und Gesundheitsbehörden Hilfe zu bekommen, dann seien sie verlassen. Immer wieder würden Klagen über gesundheitliche Beschwerden von den Behörden nicht ernstgenommen.

**Gesundheitsminister Franz Müntefering** (SPD) betonte, Umweltmedizin habe in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Gewicht gewonnen. „Wir haben alle miteinander gelernt, welche große Bedeutung sie für den Menschen hat.“

## Straßen- und Wegegesetz

### Vereinfachte Verfahren

In zweiter Lesung verabschiedete der Landtag am 30. März die Änderung des Straßen- und Wegegesetzes mit zwei weiteren, vom Verkehrsausschuß beschlossenen Änderungen.

**Heinz Wirtz** (SPD) begrüßte die Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Bürgerbeteiligung und öffentliche Belange würden gewahrt. Neu aufgenommen habe die Fraktion eine Lockerung des Werbeverbots an überörtlichen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften, so daß künftig mehr Wartehäuschen an ungeschützten Haltestellen aufgestellt werden könnten. Bei der Einleitung von Straßenoberflächenwasser in kommunale Abwasseranlagen solle der bisherige Freiraum erhalten bleiben.

**Günter Langen** (CDU) erinnerte an den CDU-Antrag vom Juli 1991 und das Planungsvereinfachungsgesetz des Bundes von 1993. In NRW komme die Änderung erst nach vier Jahren. Außerdem sei es im Landtagsbeschuß nicht nur um Straßen und Wege, sondern auch um die Schiene gegangen. Hier müsse nachgearbeitet werden. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Einzelvereinbarungen bei Oberflächenwasser könnten von der CDU nicht mitgetragen werden. Sie halte es für notwendig, die Landschaftsverbände bei den Investitionskosten für Kanalisation und Abwasseranlagen gesetzlich in die Pflicht zu nehmen. Der Gesetzentwurf entlaste die Kommunen nicht ausreichend. Deshalb lehne ihn die CDU ab.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) schloß sich der eingeschränkten Zustimmung des Vorredners an, begrüßte die Möglichkeit überdachter Haltestellen außerhalb von Ortschaften und hielt die Einzelvereinbarungen über die Einleitung von Straßenoberflächenwasser für keine dauerhaft tragfähige Lösung.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) lehnte ebenfalls ab wegen der zeitlichen Begrenzung für Einwendungen und Schmälern der Rechte von Betroffenen. Die maßlosen Schubladenplanungen ohne Rücksicht auf Bezahlbarkeit und verkehrspolitische Vernunft wollten die Grünen nicht. Die verursachergerechte Kostenzuweisung im Straßenbau sei für die Grünen unverzichtbar. In Zukunft sei noch viel zu tun, um die Autofixierung und Selbstherrlichkeit der Straßenbaubehörden in Frage zu stellen.

## Dealer verdrängen

Den F.D.P.-Antrag „Dealer verdrängen Händler – Der Standort Innenstadt ist in Gefahr“ (Drs. 11/8630), dem auch die CDU zustimmte, lehnte die Landtagsmehrheit nach der Beratung am 31. März ab.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) hielt den Antrag ihrer Fraktion für ein Gesamtkunstwerk und wies auf eine sehr gute Studie „Urbanität, Mobilität, Kriminalität“ hin, deren Darstellung von Selbständigen in Innenstädten bestätigt werde. Der NRW-Verkehrs-

## Garzweiler II

Nach der Aussprache über den SPD-Antrag „Ja zur Genehmigung von Garzweiler II“ am 30. März gaben vier Abgeordnete Erklärungen zur Abstimmung ab.

**Franz-Josef Pangels** (CDU) hielt die Beteiligung der Betroffenen und der Öffentlichkeit für enttäuschend und unbefriedigend. Nur ein kleiner Teil der rund 8000 Einzelbedenken seien ausgeräumt und viele konstruktive Vorschläge nicht berücksichtigt worden. Der ökologische Erfolg der wasserwirtschaftlichen Kompensationsmaßnahmen sei bisher nicht nachgewiesen. Schwalm-Netze sei der drittgrößte deutsche Trinkwasservorrat und die Erkelner Lößplatte eine der ältesten Kulturlandschaften Europas.

**Heinrich Kruse** (CDU) hielt Braunkohle für notwendig im Energiemix. Die Balance zwischen Umwelt und Wirtschaft werde bei Garzweiler II jedoch nicht eingehalten und das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel nicht erreicht. Mit einer räumlichen Teilgenehmigung bis zur A 61 wäre Planungssicherheit auch zu geben ohne einen solchen Blankoscheck für die Betreiber. Er bedaure, daß das gigantische Projekt nicht auf eine überschaubare Größe abgespeckt worden sei.

**Johannes Sondermann** (SPD) befürwortete die Planungssicherheit für betroffenen Menschen, Behörden, für Rheinbraun und die Beschäftigten. Zudem werde die unkalkulierbare Kernenergie überflüssig. Der örtlichen SPD sei die Verkleinerung des Abbaugebiets zu verdanken.

**Hans Alt-Küpers** (SPD) korrigierte einen von Gerd Mai (GRÜNE) zitierten Pressebericht als falsch und betonte, Garzweiler II sei zwar ein Thema für den Landtag. Die Entscheidung über den Braunkohlenabbau sei jedoch im Landesplanungsgesetz verankert.

minister solle eine ähnliche Studie in Auftrag geben.

**Vera Dedanwala** (SPD) erklärte, das Attraktivitätsziel sei viel schlimmer als die F.D.P.-Kommunalpolitik. Abschaffen von Fußgängerzonen, Autos und Parkhäusern in Innenstädten, private Sicherheitskräfte würden als urbanes Leben verkauft.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) bekannte sich zum Ziel, die Attraktivität der Innenstädte zu erhalten. „Weg von der weichen Welle Schnoods“ bei der Kriminalität und keine Freigabe von Drogen à la Krumsiek seien auch CDU-Ziele. In Dealerbereichen müsse die Polizei sichtbar verstärkt werden.

**Roland Appel** (GRÜNE) sagte, durch „Mieten runter, Löhne rauff“ sei das Problem zu lösen. Dann könnten die Leute wieder in Innenstädten wohnen und kaufen. Wenn man nicht so viele Autos in die Innenstadt lasse, gebe es für Diebstähle aus Kraftfahrzeugen nicht so viele Anreize.

## NRW-Energie 2005

### Klarheit für Bergbau

Den F.D.P.-Antrag „Energieversorgung zukunftsorientiert gestalten“ (Drs. 11/8631), wonach sich das NRW-Parlament für den Bonner Kohlekonsens und künftigen Energiemix sowie gegen eine Kohlepfennig-Ersatzsteuer aussprechen sollte, lehnte der Landtag am 30. März mit den Stimmen der SPD, CDU und der Grünen ab.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) forderte Klarheit über Koks- und Verstromungsbeihilfen nach dem Jahr 2000 für den Bergbau und zitierte den Thyssen-Chef, die Subventionen für die Steinkohle sollten in die Umstrukturierung der Kohlereviere investiert werden.

**Dr. Bernd Kasperek** (SPD) vermutete, die F.D.P. nehme den Antragstext selbst gar nicht ernst, da sie durch Infragestellen des Artikelgesetzes die Bergeleute in Existenzangst versetzt und Wortbruch begangen habe. Der unappetitlichste Teil dieser Debatte sei das strategische Ziel der F.D.P., sich vor der Wahl als Anti-Steuererhöhungspartei darzustellen. Als Abgeordneter des größten Kohlekreises in NRW danke er der Landesregierung für den erkämpften Kompromiß.

**Laurenz Meyer** (CDU) hielt den Antrag für teilweise überholt und Dank an Dr. Linssen für richtiger. Die Stahlindustrie sei auf NRW-Koks- und Verstromungsbeihilfen sehr wettbewerbsfähig. Bei Koks- und Verstromungsbeihilfen gehe es stärker um regional- und sozialpolitische Gesichtspunkte. NRW- oder deutsche Energiesicherheit ohne europäischen Risikomix werde es nach dem Jahr 2000 nicht geben.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) kritisierte, daß Milliardenbeträge in die Nordwanderung der Steinkohle investiert worden seien und daß man einige Jahre später feststelle, daß sich das nicht rechne. Der deutsche Steinkohlenbergbau werde auslaufen, die SPD solle das den Bergeleuten sagen. 100 000 Bergbau-Beschäftigte sollten nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in den Ruhestand entlassen werden.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) räumte Erleichterung über den erneuten Kompromiß ein, warf der F.D.P. aber vor, sich aus früheren Abreden davonzustehlen. Die Ruhrkohle verberge Aufträge bis zu acht Milliarden Mark an mittelständische Unternehmen. Der Bonner Koalitionskompromiß werde in vielen Bereichen noch Leistungseinschnitte nach sich ziehen. Die zu teure heimische Steinkohle müsse dennoch Eckpfeiler auch nach dem Jahr 2000 bleiben.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) hielt die Äußerungen für unerhörte Polemik, da die F.D.P. das Artikelgesetz einhalten wolle. Es umzusetzen, habe sie in Bonn durchgesetzt, teils gegen SPD-Länder.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) hielt der F.D.P. vor, an Steuererhöhungen beteiligt gewesen zu sein und die Bürger bis zum Stehkragen zu belasten. Die Ausstiegs-Beiträge der Grünen seien die schlechteste Hilfe bei den Bonner Verhandlungen gewesen.

## Alle Fraktionen dafür: **Gründerprämie für Meisterbetriebe**

Dem Antrag von SPD, CDU und F.D.P. „Selbständigkeit fördern: Startkapital für Meister bereitstellen“ (Drs. 11/8628) stimmten nach der Aussprache am 31. März alle Fraktionen in direkter Abstimmung zu.

**Bodo Hombach** (SPD) erläuterte, der Antrag sei intensiv vorbereitet und hochrelevant für das Anregen wirtschaftlicher Aktivitäten. Für mühevoll Kurse müßten bisher Meisterinnen und Meister selbst bezahlen und könnten kein Kapital für den Start in die Selbständigkeit sparen. Die Prämie von 20 000 Mark sei auch eine wichtige Voraussetzung für Bankkredite. In Berlin habe sich das Prämienverfahren als wirksam erwiesen, wegen neuer Arbeitsplätze auch für die Beschäftigung.

**Hannelore Brüning** (CDU) begrüßte den Schritt in die richtige Richtung. Das Handwerk sei das beständigste Rückgrat der Wirtschaft. Der Minister sei erst jetzt überzeugt. Die Ämter sollten Anträge konsequent bearbeiten. Das NRW-Handwerk habe in den letzten zehn Jahren 130 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Im Vergleich gebe es in NRW jedoch weniger Betriebe pro 10 000 Einwohner. Meister gehörten zum Zukunftskapital des Landes.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) äußerte sich sehr zufrieden über die Gemeinsamkeit beim Antrag und über die Förderung der Übernahme von Handwerksbetrieben. In den nächsten fünf Jahren stünden 20 000 davon zur Übernahme an, in zehn Jahren 60 000. Damit seien 480 000 handwerkliche Arbeitsplätze verbunden. Das zeige, wie wichtig diese Initiative sei.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) stimmte dem Antrag zu, der mit seiner Fraktion leider nicht abgestimmt worden sei.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) hob die schon bisher gewährte Förderung von Existenzgründungen hervor, allerdings als zinsgünstiges Darlehen, nicht als direkter Zuschuß. Zusammen mit der EU seien für drei Jahre 40 Prozent der theoretischen Ausbildungskosten pro Meisteraspirant übernommen worden. Die Finanzierung der neuen Förderung über den Nachtragshaushalt 1995 könne erst gegen Ende des Jahres anlaufen.

## **EUROPOL-Kontrolle**

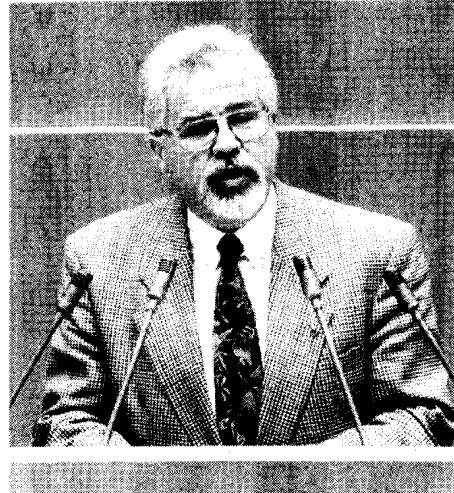
Den Grünen-Antrag, den Europol-Konventionentwurf abzulehnen (Drs. 11/8632) lehnte die Landtagsmehrheit von SPD, CDU und F.D.P. am 29. März ab.

**Roland Appel** (GRÜNE) begründete den Antrag mit Belangen der Demokratie, von Bürgerrechten und des Datenschutzes. Die europäische Polizei solle weitreichende Kompetenzen erhalten, die weit über deutschen Datenschutz hinausreichten. Europol-Mitarbeiter seien völlig weisungsfrei. Hoheitliche Befugnisse würden übertragen.

## Parlamentarische Bilanz „Mensch und Technik“

### **Humane Arbeit im mitbestimmten Unternehmen**

Den SPD-Antrag „Die Chancen neuer Produktionskonzepte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Humanisierung der Arbeitswelt nutzen“ (Drs. 11/7310) nahm der Landtag am 31. März in der vom Ausschuß Mensch und Technik beschlossenen Fassung gegen die Stimmen der CDU und der Grünen bei Enthaltung der F.D.P. an.



Den Faktor Arbeit genau so wichtig zu nehmen wie das Kapital, forderte Helmut Hellwig (SPD), der sich besonders für humane Bedingungen am Arbeitsplatz einsetzt und nach 25jähriger Tätigkeit aus dem Landtag ausscheidet. Foto: Schälte

**Helmut Hellwig** (SPD) sah das Anliegen als nach wie vor aktuell an. Obwohl neue Systeme wirtschaftlich überlegen seien, produzierten viele Betriebe in den alten Gleisen weiter. Technik und Organisation seien nur dann erfolgreich, wenn die Menschen qualifiziert und motiviert seien. Der Staat solle Initiator und Moderator bei Innovationen in der marktorientierten Industriepolitik sein. Zu den neuen Konzepten gebe es keine Alternative. Im Jahre 1994 habe es 1,5 Millionen neue Beschäftigungsverhältnisse gegeben. Neue Konzepte, Programme für Langzeitarbeitslose und Verteilung der Arbeit seien wichtig und auch notwendig für die Demokratie. Das neue Programm QUATRO werden von den betrieblichen Akteuren sehr gut angenommen. Isolierte Kostenaspekte lösten die Strukturprobleme nicht. Durch neue Konzepte könnten Kosten einer falschen Produktionsorganisation eingespart werden.

**Alfons Löseke** (CDU) sah in dem Antrag einen Aufsatz für Gewerkschafter über das wünschenswerte Miteinander der Tarifparteien. Es würden aber unzulässige Eingriffe

in die Wirtschaft und die Tarifhoheit gefordert. Das Nichtstun der Landesregierung bei der Umorganisation werde entlarvt. Kein Unternehmen sei so hierarchisch aufgebaut wie diese. Neben überholten Strukturen verfüge die Landesregierung noch über überflüssige Institutionen. Das Geflecht von Zuständigkeiten lähme wirtschaftliche Initiativen. Der Fisch stinke vom Kopf her. RPs, Landschaftsverbände, KVR und fast alle Landesbehörden müßten in einer Regionalverwaltung aufgehen. Die SPD-Diskussion um „lean production“ komme viel zu spät. Auch der kooperative Führungsstil sei bei den Unternehmen schon lange selbstverständlich, bis hinein in kleine Handwerksbetriebe. Die Kritik an den NRW-Unternehmen gehe fehl. Die Förderpolitik der Landesregierung sei erfolglos geblieben.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) freute sich, daß die SPD im Wirtschaftsausschuß einige F.D.P.-Kritikpunkte berücksichtigt habe. Zu einseitig sei die Darstellung von Auslagerungen, wobei es nicht nur in Stammelegenschaften, sondern auch in ausgelagerten Betrieben hochqualifizierte Beschäftigte gebe. Die „Herausforderung für das Bildungssystem“ als Folge neuer Produktionskonzepte gehe die Landespolitik an, die dringend für Reformen sorgen müsse. Hürden in kleineren und mittleren Unternehmen bei der Weiterbildung müßten abgebaut werden. Von der Ablehnung im Ausschuß rücke die F.D.P. ab und enthalte sich bei der Abstimmung.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) sah weder von der SPD noch von der CDU die Wirklichkeit in den Betrieben beschrieben. Im nächsten Landtag solle das Bemühen fortgesetzt und als Broschüre zu einem öffentlichen Thema gemacht werden. Neue Produktionskonzepte sollten nicht den Technikeinsatz, sondern soziale und organisatorische Innovationen in den Vordergrund stellen: Qualifikation, Motivation, Mitarbeiterverantwortung, Teamarbeit. Nur zwei Prozent seien in selbstbestimmter Gruppenarbeit tätig. Klare Unternehmensziele von oben seien der falsche Weg. Auch die Landesregierung traue ihren Beschäftigten nicht. Sie sei das Gegenteil von einem Vorbild. QUATRO ersetze SoTech nicht, mit dessen Stopp ein falsches Signal gesetzt worden sei.

Nicht öffentlich, sondern auf Ministerial-ebene sei der Entwurf von der Kommission für Terrorismus und Extremismus ausgearbeitet worden. **Stefan Frechen** (SPD) sagte, der Antrag komme zur Unzeit, es liege noch gar kein Entwurf vor und es gebe keinen Handlungsbedarf. **Klaus Stallmann** (CDU) erklärte, die CDU begrüße vom Grundsatz her Europol. Vernünftige polizeiliche Zusammenarbeit in der EU zur Bekämpfung schwerer internationaler Kriminalität sei wichtig. Die CDU wolle auch keinen Täterschutz wie die Grünen, sondern Schutz der Opfer. Es gebe schon einen überzogenen Datenschutz in NRW.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) hielt Analyse und Tendenz des SPD-Antrags für richtig. In den Ausschüssen habe das Lohnniveau eine große Rolle gespielt. Es komme aber auch auf die Lohnstückkosten an. In Deutschland sei die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen mit gestiegener Produktivität bei relativer Zurückhaltung in den Löhnen gestärkt worden. Die Arbeitslosenbeiträge könnten von 6,5 auf 5 Prozent gesenkt werden. Forschung und Entwicklung müßten vom Bund mitfinanziert werden. Dem Abgeordneten Hellwig sei für sein besonderes Engagement für „Mensch und Technik“ zu danken.

## Gentechnik-Alternativen

Den Grünen-Antrag „Landesregierung soll Alternativen zur Gentechnik fördern“ (Drs. 11/7182) lehnte der Landtag am 31. März ab und nahm eine SPD-Entscheidung zum gleichen Thema an (Drs. 11/8679), wonach die Entwicklung und Anwendung von Bio- und Gentechnologie öffentlich und verantwortbar gestaltet werden müßten.

**Helmut Hellwig** (SPD) stellte zu geringe Kenntnisse und Akzeptanz in der Bevölkerung fest und meinte, künftig sollten Alternativen zur Gentechnik im Einzelfall nach Sozial-, Gesundheits- und Umweltverträglichkeit sowie Wirtschaftlichkeit abgewogen werden. In der Forschung sei Deutschland auf einem der ersten Plätze. NRW wolle den offenen Technologiedialog. Dem Landesparlament wäre gedient, wenn kontroverse Diskussionen so gut geführt würden wie im Ausschuß Mensch und Technik.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) hielt den Widerspruch zwischen dem Ausschußauftrag unvoreingenommener Technologiebewertung und dem tendenziösen Grünen-Antrag für grotesk. Alternativen zur Gentechnik seien zwingend notwendig. Auch bei alten Technologien gebe es nichtkalkulierbare Risiken. Kontrolle und Schutz vor Mißbrauch müßten sein. Die SPD habe ihre lange Blockadepolitik endlich aufgegeben. Ihrer Entscheidung stimme sie als einer früheren CDU-Initiative zu.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) sah das Votum von NRW angesichts der weltweiten Dynamik bei der Gentechnologie für gleichgültig an. Allerdings habe die Politik eine Verpflichtung, Chancen zu nutzen. Wichtig seien Kapazitäten für kritische Wissenschaft. Staatlichen Anspruch darauf lehne die F.D.P. ab.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) bedauerte, daß die SPD ihre Skepsis völlig verloren habe, und forderte ein selbstbewußtes Nein zur Gentechnik. Bei der Patentierung komme Leben in den Besitz von Menschen. Dem habe das Europäische Parlament sich widersetzt. Die Grünen hielten Patente für Therapien unethisch, mit denen Geld gemacht werden solle. Gentechnik sei auch nicht gestaltbar. Die Landwirtschaft solle sich mit Verbrauchern verbünden. Mit Natur habe Gentechnik nichts zu tun. Gegen sanfte Biotechnik hätten die Grünen nichts.

## Teilzeit im Landesdienst

Den CDU-Antrag „Teilzeitoffensive im öffentlichen Dienst – Landesregierung muß mit gutem Beispiel vorangehen“ (Drs. 11/7086) lehnten die anderen drei Fraktionen im Landtag am 29. März ab. In der angenommenen SPD-Entscheidung (Drs. 11/8678) werden mehr Teilzeitangebote gefordert. **Jürgen Jentsch** (SPD) sah Vorbehalte in der Privatwirtschaft bei rechtlich abgesicherter flexibler Arbeitszeit. **Wilhelm Krömer** (CDU) hielt praktische Hilfen für Beschäftigte mit zusätzlichen Familienaufgaben für nötig. **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) sah Begrüßenswertes in der SPD-Entscheidung. **Marianne Hürten** (GRÜNE) vermißte klarere Formulierungen. Nicht nur Teilzeitarbeit, sondern allgemeine Arbeitszeitverkürzung sei ein bedeutsames Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

## Wirtschaftsförderung

Den Grünen-Antrag „Strukturpolitik zukunftsorientiert gestalten: Leitlinien für eine soziale und ökologische Strukturpolitik der Regionen“ (Drs. 11/8101) lehnte der Landtag am 31. März, wie vom Wirtschaftsausschuß empfohlen, ab.

**Irmgard Schmid** (SPD) bezeichnete die NRW-Strukturpolitik als vorbildlich und die Bilanz als eindeutig. Ohne diese gäbe es 750 000 neue Arbeitsplätze nicht. Die EU-Kommission halte die regionalisierte Strukturpolitik von NRW für das greifbarste und beststrukturierte Modell in Europa.

**Hannelore Brüning** (CDU) sah im Grünen-Antrag Dirigismus und mehr Bürokratie, in der Wirtschaftsförderung des Landes jedoch auch dringenden Verbesserungsbedarf. Jede innovative Produktidee würde durch eine Flut von Anträgen im Keim erstickt. Der Markt regle den Wettbewerb.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) hielt die im Antrag geforderte Zerschlagung von gewachsenen Regionen für menschenverachtend. Sich als Politiker über Bedürfnisse der Menschen hinwegzusetzen, könne er nur ablehnen.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) vermißte den Vortrag der von der SPD behaupteten tiefgreifenden Widersprüche und sah im Gegenteil mehr Demokratie bei einer Verlagerung der Verwaltung der Wirtschaftsförderung in die Regionen. Güterverkehrszentren zögen mehr LKW-Verkehr statt weniger nach sich und seien alles andere als ökologisch.

## Neue Mitte Oberhausen

Den Bericht des Finanzministers zu „Erwerb und Veräußerung der Thyssen-Grundstücke in Oberhausen“ (Vorlage 11/1086) nahm der Landtag, wie vom Haushaltsausschuß empfohlen (Drs. 11/8585) nach der Aussprache am 29. März zur Kenntnis.

**Reinhold Trinius** (SPD) sagte, die Landesregierung habe korrekt gehandelt. Das Land sei allenfalls für eine Sekunde Eigentümer des Grundstücks gewesen, die Eintragung ins Grundbuch einige Monate später erfolgt. **Leo Dautzenberg** (CDU) widersprach und meinte, der Finanzminister hätte die Zustimmung des Finanzausschusses einholen müssen. Es sei zu vermuten, daß er kein Interesse daran gehabt habe. Die CDU beantrage, ihm die Mißbilligung auszusprechen. **Rudolf Wickel** (F.D.P.) stimmte dem CDU-Begleichen zu und hielt Änderungen bei solchen Angelegenheiten für nötig. **Bärbel Höhn** (GRÜNE) sah als unbestreitbar an, daß der Finanzminister die Verfassung des Landes gebrochen und seinen Amtseid gebrochen habe. Die neue Verfassungsklage der CDU gegen den Grundstücksfonds werde von den Grünen begrüßt. Auch dieser Mißstand solle abgeschafft werden. **Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) widersprach den Behauptungen der Opposition und schloß sich auch der Ableitung, der Haushaltstitel habe Verfassungsrang, nicht an. Was in Oberhausen geschehen, sei wichtig für den Strukturwandel und nachahmenswert.

## Altfälle Asyl

### Kein NRW-Sondererlaß

Den Grünen-Antrag „Altfallregelung für Asylsuchende“ (Drs. 11/8634) lehnten SPD, CDU und F.D.P. am 29. März in direkter Abstimmung ab.

**Roland Appel** (GRÜNE) erinnerte die Parteien, die dem Asylkompromiß zugestimmt haben, an eine besondere Verpflichtung. Die SPD habe eine Altfallregelung zur Bedingung gemacht, die nun im Bundesrat vorliege. Danach solle das Aufenthaltsrecht nach acht, bei Ausländern mit Kind nach fünf Jahren gewährt werden.

**Manfred Bruckschen** (SPD) teilte mit, NRW unterstütze eine Altfallregelung für Anträge vor dem 1. März 1993 und für Herkunftsänderer mit einer Anerkennungsquote von mindestens 30 Prozent. Damit sollten auch die Gerichte entlastet werden. Für einen Abschiebestopp im Vorgriff gebe es kein Einvernehmen mit dem Bund.

**Heinrich Meyers** (CDU) äußerte prinzipielle Bedenken der Ungleichbehandlung gegen Ausnahmen vom Grundsatz, daß abgelehnte Asylbewerber auszuweisen seien. Im Asylkompromiß sei eine Altfallregelung enthalten. Mißbrauch dürfe nicht noch belohnt werden.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) vermißte die Anwesenheit von Grünen-Kollegen zur Unterstützung des eigenen Antrags und hielt die Problematik für zu schwierig und das Anliegen für zu ernst, um dem Schwan antrag zuzustimmen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte, Asylbewerber sollten nicht so lange hierbleiben, daß man sie kaum noch abschieben könne. Gruppenschutzregelungen könnten nur für ein halbes Jahr angeordnet werden.

## Algerische Flüchtlinge kein Sonderfall

Den Grünen-Antrag „Algerische Staatsangehörige sind bei Abschiebung erheblich gefährdet“ lehnten SPD, CDU und F.D.P. am 29. März ab.

**Roland Appel** (GRÜNE) sagte, in Algerien herrsche seit drei Jahren der Ausnahmezustand. Auch islamische Gruppen töteten Unschuldige. Junge Frauen würden wegen Fehlen des Kopftuchs erschossen. Die NRW-Praxis sei nicht haltbar. Appel schloß: „Machen Sie die Abschiebebefugnisse für algerische Gefangene auf!“ **Stefan Frechen** (SPD) bestätigte, die Lage in Algerien sei explosiv, die Menschenrechtssituation höchst problematisch. Mit der Einzelfallprüfung sei aber noch auszukommen. NRW wäre überfordert, wolle es alle Menschen aus solchen Ländern aufnehmen. **Heinrich Meyers** (CDU) hielt ebenfalls Einzelfallprüfungen für besser geeignet. Durch Abschiebestopps würden Schlepper animiert, Menschen nach Deutschland zu schleusen. **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) wandte sich dagegen, die Asylproblematik wieder von vorn aufzurollen. Die Bevölkerung könne nicht mehr und wolle nicht mehr.

## Künftig mehr Integration und Selbstbestimmung

*Die Lebenssituation Behinderter in Nordrhein-Westfalen, die Leistungen des Landes für diese Menschen und die Felder, wo weiterer Handlungs- und Förderungsbedarf besteht, standen im Mittelpunkt der Debatte des Landtags Ende März über die Große Anfrage 29 (Drs. 11/5592), die von den Grünen gestellt worden ist, und die Antwort der Landesregierung (Drs. 11/8543) zu diesem Themenkomplex.*

**Wolfram Kuschke** (SPD) sah die Behindertenpolitik an einem Wendepunkt: Es gehe um noch mehr Integration von Behinderten und nichtbehinderten Menschen sowie um die Durchsetzung der Forderung Behinderter nach einem selbstbestimmten Leben. Dazu müßten die Mängel im bestehenden Hilffssystem überwunden werden und Politik für behinderte Menschen noch stärker als bisher als Querschnittsaufgabe begriffen werden. Da sei das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten mit dem Titel „Behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen“ sehr hilfreich, fügte Kuschke an. Man brauche eine Weiterentwicklung der Politik für behinderte Menschen auf hohem qualitativem Niveau, dazu sollte ein Aktionsprogramm zur sozialen Integration im Lande entwickelt werden, das die Bereiche Bildung und Erziehung, Beruf und Arbeit, Wohnen, Beratung, Erschließung der sozialen Umwelt und Mobilität umfaßt; dabei sei ein ganz wichtiger Bereich die Integration von behinderten Frauen.

**Georg Gregull** (CDU) nannte die Behindertenpolitik den Hauptschwerpunkt der Sozialpolitik der CDU-Landtagsfraktion. Die Behindertenpolitik der Landesregierung sei alles andere als ein Ruhmesblatt, ihre Defizite seien offenbar in den Bereichen Früherkennung und -förderung, in der Beschäftigungs- und Wohnsituation. Dem Gesichtspunkt der Querschnittsaufgabe von Sozialpolitik, Jugend- und Schulbereich, Verkehrs- und Baupolitik sei zuzustimmen, stellte Gregull fest und sprach sich mit dem Motto „Soviel integrative Angebote wie möglich, soviel spezielle Angebote wie nötig“ für eine Fortsetzung der Integrationsbemühungen aus. Der Sprecher kritisierte die Landesregierung, weil sie seit Jahren die Pflichtquote des Schwerbehindertengesetzes nicht erfülle und im vergangenen Jahr nur 37,3 Prozent der 134 Millionen Mark Spielbankerlöse der Stiftung Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt habe. Gregull forderte zum Schluß zu mehr Gemeinsamkeit in der Behindertenpolitik auf.

**Waltraud Wietbrock** (F.D.P.) urteilte: „Die Behindertenpolitik der Landesregierung ist defizitär, und eine Weiterentwicklung ist dringend vonnöten. Ziel der Weiterentwicklung muß es sein, behinderten Menschen ein Leben zu ermöglichen, das der Würde der Menschen entspricht, gleichermaßen wie es nichtbehinderte Menschen innerhalb unserer Gesellschaft führen.“ Ein Leben in freier Selbstbestimmung bei vorrangiger In-

anspruchnahme ambulanter Dienste sei dabei oberstes Gebot; das umfasse vor allem auch die gründliche Eingliederung im Wohn- und Arbeitsbereich. Denn viele Behinderte fühlten sich nicht nur alleingelassen, sie seien es auch tatsächlich. Sie wollten vor allem Partizipation, und hier besonders zeige sich das Versagen der Landesregierung: Es fehle an behindertengerechtem Wohnraum und Möglichkeiten zu gemeinsamen Arbeiten. Die Landesregierung lasse es an der nötigen Professionalität mangeln, erklärte sie und forderte sie auf, ihre Behindertenpolitik neu zu konzipieren.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) zeigte sich enttäuscht von der Antwort auf die Große Anfrage seiner Fraktion: Die Landesregierung lasse darin ein „geradezu bedrückendes Desinteresse an diesem Thema“ erkennen. Konservativer Geist präge die Antwort, die wenig zu einer integrations- und emanzipationsorientierten Weiterentwicklung der Behindertenpolitik beizutragen habe, obwohl doch seit Jahren die überkommenen Strukturen der Sondereinrichtungen in der Kritik stünden. Die Regierung weiche nicht von ihrer Meinung ab, daß die Förderung behinderter Menschen in Sondereinrichtungen deren gesellschaftlicher Integration diene. Kreutz: „Es ist nicht zu fassen.“ Sie lehne immer noch die Forderung nach einer integrativen Erziehung und Bildung von Kindern ab und trete beim Anspruch auf unteilbare Integration aller Kinder mit dem Fuß auf der Bremse.

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) verlangte, die erreichten Leistungen für Behinderte in den letzten 25 Jahren nicht geringzuschätzen. Er warnte davor, den Begriff Integration überzubeanspruchen, er dürfe nicht bedeuten: „Keine besondere Beachtung der Behinderung, alle Behinderten in Regeleinrichtungen integrieren.“ Das Land habe in der Vergangenheit eine ganze Menge für die Behinderten getan und tue es; wenn dann behauptet werde, das sei nicht genug oder es gäbe keine Anstrengung, gehe das an der Realität vorbei. „Wir geben in diesem Jahr wieder 325 Millionen Mark für die berufliche und soziale Integration behinderter Menschen aus“, betonte der Minister, und dabei wirkten nicht nur das Land, sondern auch die Träger, Verbände und die in stationären Einrichtungen oder im ambulanten Bereich tätigen Menschen mit. Gerade ihnen sei für ihr hohes Engagement zu danken.



Bei allen unterschiedlichen Akzenten ließen sich Gemeinsamkeiten in der Frage der künftigen Behindertenpolitik erkennen (v. l.): Wolfram Kuschke (SPD), Georg Gregull (CDU), Waltraud Wietbrock (F.D.P.), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Sozialminister Franz Müntefering (SPD).  
Fotos: Schälte

## Plenum debattiert Landesjugendbericht

*Der Landtag hat den Bericht der Landesregierung über die Lage der Kinder und Jugendlichen (Drs. 11/8594) debattiert und einstimmig den Enschließungsantrag aller vier Fraktionen (Drs. 11/8664 neu) sowie mit Mehrheit den Enschließungsantrag der SPD (Drs. 11/8702) angenommen. Ein „Gesetz zur Förderung junger Menschen“ (Drs. 11/6999) von der grünen Fraktion wurde abgelehnt.*

**Bernd Flessenkemper** (SPD) betonte, das Land werde um sein Förderungsinstrument Landesjugendplan (mit einem Volumen von 200 Millionen Mark) bundesweit beneidet. Zur Zeit gebe es 4,5 Millionen junge Menschen im Lande, in wenigen Jahren würden es fünf Millionen sein. Flessenkemper: „Viele von ihnen geht es recht gut — zumindest materiell. Zunehmend mehr sind aber von Arbeitslosigkeit, von der Armut der Eltern und von Obdachlosigkeit betroffen.“

**Antonius Rösenberg** (CDU) machte auf die Unterschiede zwischen Berichtsaussagen und der Realität im Lande aufmerksam und stellte den Ausgabensteigerungen im Landesjugendplan die Bereiche gegenüber, die Kürzungen hätten hinnehmen müssen. Das habe zur Stagnation geführt.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) warnte davor, die Jugend „schlechtzureden“. In dem Bericht liege sehr viel Diskussionsbedarf, der die Jugendpolitiker auch noch in der kommenden Wahlperiode des Landtags zu beschäftigen habe.

**Beate Scheffler** (GRÜNE) trat nachdrücklich dafür ein, das Verfahren für ein Jugendförderungsgesetz voranzutreiben. Das sei erforderlich, um die Jugendarbeit vom Damoklesschwert allfälliger Kürzungen zu befreien. Der Landesjugendplan bedürfe der Aufstockung und der Weiterentwicklung.

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) sah in der Familie die zentrale Einrichtung der Gesellschaft. Zur Familienpolitik gehöre vor allem eine Umsteuerung dessen, was derzeit in Bonn passiere, betonte der Minister, der zugleich harte Auseinandersetzungen bei der Beratung über das kommende Dritte Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) kommen sah.

## Position hat sich gefestigt

Ende 1992 ist durch Beschluß des Landtags der Sport als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen worden. Eine erste Bilanz wurde mit der Beantwortung einer von der CDU vorgelegten Großen Anfrage (Drs. 11/8456) gezogen, über die der Landtag Ende März debattierte.

**Klaus Stallmann** (CDU) stellte fest, bei der Umsetzung bleiben viele Fragezeichen. So würden in den Gemeinden Hallen- und Freibäder geschlossen, die Vereine bei der Nutzung von Turnhallen an den Kosten beteiligt, und im Schulsport falle manche Stunde aus. Es sei nachdrücklich zu fordern, daß das Staatsziel Sport in der Verfassung tatsächlich umgesetzt werde und keine Worthülse bleibe.

**Uwe Herder** (SPD) machte darauf aufmerksam, daß von den alten Bundesländern NRW das einzige sei, daß den Sport in die Verfassung aufgenommen habe; damit sei es hoffentlich gelungen, den Sport stärker in den Blickpunkt zu rücken. So sei es gelungen, dem Sport im Konflikt mit dem Umweltschutz eine bessere Position zu verschaffen. Es habe sich auch die enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Sportorganisationen weiter vertieft, und das Selbstbewußtsein des Sports sei gefestigt worden.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) sah den aktuellen Effekt der Verfassungsänderung nicht als eben groß an. Mit den Antworten der Regierung auf die Große Anfrage könne man nicht viel anfangen; seine Fraktion habe immer davor gewarnt, irgendwelche kurzfristigen Tageserfolge zu erwarten oder zu meinen, nun würden in sämtlichen öffentlichen Haushalten die Ausgaben für den Sport in die Höhe schnellen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) meinte, nur ein Leistungsgesetz hätte es vermocht, die Leistungen für den Sport festzuschreiben; dem habe sich die SPD bisher aber verweigert. Es hätte mehr gebracht, wäre man dem Antrag seiner Fraktion gefolgt, „Sport jedweder Art um die Ecke“, also wohnortnah, zu fördern und darauf zu verzichten, Sport und Umweltbelange gegeneinander auszuspielen zu wollen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) urteilte, wer falsche Erwartungen habe, dürfe sich nicht wundern, enttäuscht zu werden. Sportfunktionäre empfänden die Aufnahme des Sports als „ein Stück Bestätigung des Ehrenamts“. Allmählich verbreite es sich, daß Sport zu den Staatszielen zu zählen sei.

## Für mehr Anerkennung des Ehrenamtes

In einem Antrag (Drs. 11/4994) hat die CDU-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, der ehrenamtlichen Tätigkeit im Sport die ihr gebührende gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen und durch geeignete Maßnahmen die Erfüllung ehrenamtlicher Aufgaben im Sport zu erleichtern. Über diesen Antrag und einen Entschließungsantrag der SPD (Drs. 11/8675) debattierte der Landtag am 29. März, wobei er der Beschlußempfehlung des Sportausschusses (Drs. 11/8375) folgte und den CDU-Antrag ablehnte.

**Leonhard Kuckart** (CDU) meinte, es reiche nicht, den Ehrenamtlichen auf die Schulter zu klopfen oder ihnen einen Orden zu verleihen; „entscheidend ist, wie wir der Bedeutung des Ehrenamtes gerecht werden“. Es sei bedauerlich, daß die SPD nicht bereit gewesen sei, der Initiative seiner Fraktion zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu folgen. Statt dessen wende sich die SPD an den Bund mit ihrer Forderung, nicht nur die Übungsleiter mit 200 Mark monatlich steuerfrei zustellen, sondern auch die Organisationsleiter. Ferner erwarte die SPD, daß die Kommunen zusätzliche Finanzmittel für den Sport gäben. Dieser Antrag sei ein Dokument der Hilflosigkeit und nichts als „weiße Salbe“, urteilte der Sprecher und schloß sich der Forderung an, Ehrenamtlichkeit bei der Rente anzurechnen oder als Bonus bei der Beförderung im öffentlichen Dienst zu werten. Einig seien sich CDU und SPD in dem Wunsch, daß Ehrenamtlichkeit durch Hauptamtlichkeit unterstützt werden solle.

**Hans Rohe** (SPD) wies darauf hin, daß es die CDU viel leichter habe, in Bonn die Steuerermäßigung für das Ehrenamt durchzusetzen; denn dort habe sie – anders als im Land – die Mehrheit. Als ausscheidender Vorsitzender des Sportausschusses zog er Bilanz: „Sie alle wissen, daß wir, gestützt auf den dienstältesten selbständigen Sportausschuß in den deutschen Parlamenten – auch darauf sind wir stolz –, Prinzipien, Strukturen und Förderkonzepte entwickelt haben, die auch einer kritischen Überprüfung standhalten und geeignet sind, die Zukunft der Sportler in Nordrhein-Westfalen zu sichern“. Ehrenamtliche leisteten unentbehrliche Dienste in allen Bereichen des Sports; im Bereich struktureller, rechtlicher und formaler Rahmenbedingungen müsse einiges geschehen. Das „Jahr des Ehrenamts“ habe wesentliche Erkenntnisse gebracht, auf die man bei der künftigen Gestaltung und Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit aufbauen könne. Man hoffe auf eine Entbürokratisierung und darauf, „daß man nach dem 14. Mai endlich wieder dazu

kommt, gemeinsame Politik für den Sport zu machen, wie das bisher immer der Fall war“.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) hielt nichts davon, die Schuld immer bei anderen zu suchen: Bonn und das Land könnten beide wahrscheinlich mehr tun. Er sei überzeugt, daß ohne ein Mehr an ehrenamtlicher Tätigkeit die Probleme nicht nur im Sport, sondern auch in den Kirchen, in den Parteien und im kulturellen Bereich nur schwer zu lösen sein werden: „Das Ehrenamt ist sozusagen ein konstituierendes Element der freien Gesellschaft. Deshalb müssen wir es stärken, im Sport und überall.“ Er sei darum sehr skeptisch, Ehrenamt stärker mit hauptberuflichem Management zu unterfüttern, das könne allenfalls in größeren Vereinen gut sein. Die Lösung der Probleme liege gewiß nicht darin, das Ehrenamt durchs Hauptamt zu ersetzen. Denn eine solche Lösung führe zur „ideellen Verarmung“. Außerdem sei der Ersatz schlichtweg nicht zu bezahlen. Sonst gehe es mit der Kommerzialisierung auch in den Sportvereinen weiter: „Man will eine Dienstleistung, dafür bezahlt man.“ Aber man sei nicht mehr bereit, dafür etwas zu tun; das sei ein „Irrweg“.

**Gerd Mai** (GRÜNE) schloß sich Rupperts Worten an: „Es darf nicht sein, daß der Hauptberuf das Ehrenamt ersetzt.“ Es dürfe aber auch nicht sein, daß in Zeiten enger finanzieller Spielräume das Ehrenamt neu entdeckt werde und dazu erhalten müsse, Kürzungen zu überkompensieren. Wer im Sport ehrenamtlich tätig sei, der tue das nicht wegen der besonderen gesellschaftlichen Anerkennung, sondern sein Engagement beruhe auf der eigenen Freude am Sport und dem Spaß, mit anderen Menschen zu arbeiten. Als Dank wünsche man sich eine qualifizierte Fort- und Ausbildung sowie eine gerechte Aufwandsentschädigung. Da gehe es nicht an, meinte Mai, daß diese Ehrenamtlichen monatlich durchschnittlich 120 Mark aus eigener Tasche zuschössen. Darum werde man steuerlichen Entlastungen auf Bundesebene mittragen. Darüber hinaus seien mit Arbeitgeberregelungen für Freistellungen und ähnliches zu treffen und eine Rentenanrechnung zu überlegen. Er hätte sich einen parteienübergreifenden Antrag gewünscht, sonst ende die Debatte sehr unfruchtbar im Parteienstreit, und das führe nicht weiter.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) beendete seinen Beitrag mit der Feststellung: „Die Förderung des Ehrenamts – und das ist nicht von vornherein mit irgendeiner materiellen Vergütung, Anerkennung oder Erstattung identisch – bleibt für den Sport, aber nicht nur für ihn, eine dauernde Aufgabe.“ Wenn man anfangen wollte, die Übungsleiter, die derzeit auf einen „Stundenlohn“ von drei Mark kommen (Schwier: Das ist eine Anerkennung, ein „Ehrensold“), wirklich zu bezahlen, „werden wir es nie können“. Es würde auch viel kaputtmachen, „wir würden unserer Gesellschaft ein ganzes Stück von ihrem Charme, von ihrem Anreiz nehmen, in ihr zu leben“. Er möchte im öffentlichen Dienst auch kein Punktsystem darüber, wer wie viele „Punkte“ im Ehrenamt erworben habe, fuhr der Minister fort und hielt die Anrechenbarkeit auf die Rente für nachdenkenswert.



Um den Stellenwert von Sport und Ehrenamt (v.l.): Leonhard Kuckart (CDU), Hans Rohe (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Gerd Mai (GRÜNE) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).  
Fotos: Schälte

Die letzte Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. April nutzte vor allem die CDU-Opposition zu Kontrollfragen, die von Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Bentele (Finanzministerium) beantwortet wurden. Vorsitzender Franz Riscop (CDU) schloß in seinen Dank an die Kollegen und die Mitarbeiter auch gute Wünsche für die ausscheidenden Abgeordneten Marianne Paus und Karl Wegener (beide CDU) und Horst Henning (SPD) ein.

Zunächst ging es, auf Antrag der CDU in öffentlicher Sitzung, um die Beteiligung der WestLB an Spielbanken in den neuen Bundesländern, insbesondere um die Zahlung von 500 000 Mark im Frühjahr 1990 an einen Vermittler, dessen Seriosität im nachhinein angezweifelt wurde. Der finanzpolitische Sprecher der CDU, Leo Dautzenberg, wollte Einzelheiten des Geldgeschäfts und des Auftrags wissen, der ursprünglich als Vermittlung bei der Übernahme von Interhotels angegangen worden war, während jetzt herauskomme, es sei um Spielbank-Konzessionen gegangen. Außerdem interessierte ihn die Bilanz von Schaden oder Nutzen für das Land.

Staatssekretär Dr. Bentele berichtete, in der Ende Mai 1990 in Berlin gegründeten Neuen Deutschen Spielcasino GmbH habe die WestLB nur eine Minderheitsbeteiligung gehabt. Es seien dann Spielcasinos in Berlin, Leipzig, Dresden und Rostock eingerichtet und in vier Jahren ein Nettogewinn von 1,7 Millionen Mark erzielt worden, der mit der Anlauffinanzierung durch die WestLB zu verrechnen sei. Mit der Vermittlung habe das Finanzministerium nichts zu tun gehabt, die Vermittlungsgebühr sei laut WestLB ordnungsgemäß verbucht worden. Dem Auftrag entsprechend, seien geeignete Immobilien vermittelt worden. Die Spielbank Rostock werde jetzt privatisiert, die Casinos in Leipzig und Dresden seien vom Freistaat Sachsen übernommen worden.

Bei dem auf Wunsch der CDU vorgelegten Quartalsbericht des Finanzministers, der rückläufige Steuereinnahmen ausweist, und zwar gegenüber dem gleichen Zeitraum vom Vorjahr um 3,6 Prozent, ging es um Haushaltsrisiken angesichts der im Haus-

## Haushaltsausschuß Spielbank-Beteiligung

halt 1995 enthaltenen Steigerungsrate von fünf Prozent. Wie der CDU-Sprecher hielt auch der Staatssekretär Auswirkungen der Balsam-Pleite für möglich, jedoch kaum für den Landeshaushalt, sondern bei betroffenen Gemeinden. Für Mitte 1995 sei ein Nachtragshaushalt vorgesehen.

„Ich bin zuversichtlich, daß die im Haushalt für das Jahr 1995 veranschlagten Steuern auch eingehen“, heißt es im Vierteljahresbericht des Finanzministers. Das Ergebnis des ersten Quartals sei auch durch einen „Vorzieheffekt“ beeinträchtigt worden, durch den Solidarzuschlag ab 1. Januar 1995 verursacht: Etliche Unternehmen hätten dispo-

nierbare Lohn- und Gehaltszahlungen in das Jahr 1994 vorgezogen. Durch Steuererstattungen sei die Körperschaftssteuer um 77 Prozent gefallen. Der Rückgang bei der Einkommensteuer habe 30 Prozent ausgemacht. Positiv habe sich die Lohnsteuer mit einem Plus von sieben Prozent entwickelt. Die Vermögensteuer, eine reine Landessteuer, mit einem höheren Steuersatz für nichtproduktive Vermögen, habe um mehr als ein Fünftel zugelegt.

Bei der Aussprache über Landesbürgschaften im 2. Halbjahr 1994 teilte Staatssekretär Dr. Bentele mit, bei den Landesbürgschaften für alle Bereiche außerhalb der Bundesrepublik Deutschland würden jetzt strengere Maßstäbe angelegt. Rudolf Wickel (F.D.P.) äußerte sich besorgt über zunehmende Tendenzen der Verlagerung von produktiven Arbeitsplätzen in das osteuropäische Ausland.



Abschiedsfoto nach der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses, v.l. Winfried Schittges, Leo Dautzenberg, Marianne Paus, Karl Wegener (alle CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.), Dr. Hans-Dieter Fischer (CDU), Gisela Meyer-Schiffer, Dr. Klaus Heugel (beide SPD), Peter Bensmann (CDU), Dr. Manfred Busch (GRÜNE), Franz Riscop (CDU, Vorsitzender), Silvia Winands (Ausschußassistentin), Heidi Berger (SPD), Lothar Niggeloh (SPD), Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Bentele.  
Foto: Schälte

## Verordnungen für kommunale Haushalte

### Experimentierklausel wird geltendes Recht

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 26. April standen zwei Änderungsverordnungen auf der Tagesordnung, und zwar über Zuständigkeiten beim technischen Umweltschutz und zur Gemeindehaushalts- und der Gemeindekassenverordnung. Ausschubvorsitzender Dr. Jörg Twenhöven (CDU) dankte nach der Beratung den Mitgliedern für die konstruktive Arbeit, die „frei von Niggeligkeiten“ gewesen sei, ebenso dem Innenministerium für die gute Zusammenarbeit.

Bedenken gegen die neue Zuständigkeit im Wasserbereich (Verlagerung auf die Staatlichen Umweltämter) äußerten Michael Ruppert (F.D.P.) und Albert Leifert (CDU), da sie dem „schlankeren Staat“, Verwaltungsvereinfachung und Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung widerspreche. Sie stützten sich dabei auch auf kritische Zuschriften der Städte Hagen und Bielefeld. Staatssekretär Wolfgang Riotte wies darauf hin, im Abwasserbereich sei kommunale Hoheit nicht möglich. Vom Umweltministerium wurde auf neue Bundesregelungen beim

Vollzug wasserwirtschaftlicher Aufgaben und des Immissionsschutzes aufmerksam gemacht, zum Beispiel zur ortsnahen Beseitigung von Niederschlagswasser (Versickerung) und beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Die Änderungsverordnung wurde nur mit Zustimmung der SPD-Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Ministerialdirigent Held erläuterte die Änderungsverordnungen zur Haushalts- und Kassenführung der Kommunen (Vorlage 11/3813) als Folge der neuen Kommunalverfassung. Insbesondere solle die sogenannte Experimentierklausel in geltendes Recht umgesetzt werden. Dabei habe NRW großen reformerischen Ehrgeiz und regele als erstes Bundesland die neuen Möglichkeiten für die kommunalen Haushalte. Die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung werde für alle Bereiche vorgeschrieben. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Haushaltsansätze sei möglich, ebenso die Übertragbarkeit von Haushaltsresten. Den Entwürfen der Änderungsverordnungen stimmten die SPD-Abgeordneten bei Enthaltung von CDU und F.D.P. sowie Abwesenheit der Grünen zu.

## Unterausschuß Europa Ausschuß der Regionen zum Sachwalter der Subsidiarität machen

Zum Ende der 11. Wahlperiode hat der Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit dem Hauptausschuß ein Memorandum übermittelt. Außer Empfehlungen für die europapolitische Landtagsarbeit in der nächsten Wahlperiode sind darin Positionen für die Regierungskonferenz 1996 enthalten.

In dem Memorandum unterstreicht der Unterausschuß ein eigenständiges Klagerecht des Ausschusses der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof. Der Ausschuß der Regionen solle zum Sachwalter des Subsidiaritätsprinzips und hierzu vom Wirtschafts- und Sozialausschuß organisatorisch getrennt werden. Deutsch soll seine Arbeitssprache bleiben.

## Verbraucherschutz in NRW

### Jugendschulden Euro-Verbraucher Innenraumlufte

Der vom Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie bei der Beratung eines SPD-Antrags angeregte und vom Landtag im Mai 1993 angeforderte Bericht der Landesregierung zur Verbraucherpolitik in der elften Wahlperiode wurde dem Parlament vom Wirtschaftsminister übersandt (Vorlage 11/3798). Auslösender Anlaß des SPD-Antrags „Vorsorgender Verbraucherschutz“ (Drs. 11/4522) war die Kürzung der Bundeszuschüsse für die Verbraucherzentralen (VZ).

Aus dem NRW-Bericht geht hervor, daß seit 1990 acht neue Informationsstellen mit zusammen sechs Mitarbeitern eingerichtet worden sind, und zwar drei Umwelt-Infostellen in Holzwickede, Siegburg und Unna, sowie fünf Energie-Beratungsstellen in Beckum, Höxter, Rietberg, Verl und Schwerte. Zahlreiche Beratungsstellen seien überbeansprucht, so daß 14 Kräfte zusätzlich eingestellt worden sind. Der Aufgabenbereich erfuhr eine deutliche Ausweitung. Zur anfänglichen Ernährungsberatung kamen nach und nach Umwelt- und Energieberatung, Bau- und Wohnberatung, Versicherungen, Rechtsberatung, Textilkla-mationen und die Schuldenberatung hinzu. In der Düsseldorfer Zentrale und in den Beratungsstellen stieg die Zahl der Beschäftigten von 196 auf 235, die der Projektmitarbeiter von 16 auf 25. Außerdem wurden 117 Honorarkräfte, 57 Marktbegeher und 64 Energieberater eingesetzt. Die Zahl der Ratsuchenden lag bei rund einer Million pro Jahr. Seit Inkrafttreten des europäischen Binnenmarkts suchten immer mehr „Euro-Verbraucher“ vor allem die Beratungsstellen Gronau und Aachen auf. „Grenzüberschreitende Verbraucherarbeit“ erhält nach dem Bericht zunehmende Bedeutung. Verstärkt

und erfolgreich werden auch Tagespresse und elektronische Medien eingeschaltet, da hierdurch mehr Verbraucher erreicht werden können.

Bei den Veröffentlichungen haben sich die Broschüren „Baufinanzierung“ und „Sparen und Geldanlage“ als ausgesprochene Renner erwiesen. Aus dem Verkauf von Ratgebern erzielten die Verbraucherzentralen 1994 Einnahmen in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Insgesamt bezuschußt das Land 1995 den Verbraucherschutz in NRW mit 35 Millionen Mark pro Jahr (1995).

Die Belastung von Innenraumlufte durch Schadstoffemissionen aus Bau- und Wohnprodukten stelle ein unverändert großes Verbraucherproblem dar, heißt es im Bericht über den Bereich Bauen und Wohnen, für den „Wohnqualität im Alter“ ein weiterer Schwerpunkt war.

„Die immense Nachfrage“ aufgrund von „Lebensmittelskandalen“ zeige die hohe Wertschätzung und das Vertrauen, das die Verbraucherzentrale NRW genieße. Das Angebot sei um Ernährungskurse für Übergewichtige Erwachsene (1994: 145 Kurse) und um Aufklärung in Schulen und Kindergärten erweitert worden.

Im Bereich Haushaltsführung und Schuldenberatung stellte die VZ fest, daß bereits viele Minderjährige ihr Konto überziehen. Die Ergebnisse einer anonymen Umfrage unter Jugendlichen seien alarmierend gewesen. Viele Kreditinstitute verstießen gegen geltendes Recht, indem sie Kredite ohne Genehmigung der Eltern gäben. Die Aktion der VZ NRW habe eine lebhafte bundesweite Medienresonanz ausgelöst. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen habe die Kreditinstitute ermahnt. Die rheinischen Sparkassen hätten Anfang 1995 eine Technik eingeführt, die das Überziehen von Girokonten durch Minderjährige verhindere. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Bernd Flessenkemper (SPD) bezifferte die Landesregierung den Anteil von Minderjährigen mit einem Dispositionskredit bei ihrer Bank auf 16,5 Prozent in NRW. Sie hält Gesetzesänderungen nicht für nötig, da Kreditverträge mit Minderjährigen rechtsunwirksam seien.

## NRW-Landtag:

### Ältere Abgeordnete

Nach einer aktuellen Übersicht über den Anteil über 60jähriger Abgeordneter in den 15 Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland (ohne Berlin) im SPD-Informationssendienst INTERN rangiert Nordrhein-Westfalen deutlich vorn. Mit 24,3 Prozent über 60jähriger Abgeordneter insgesamt, in Zahlen: 58, und 27 Prozent über 60jähriger Mitglieder der SPD-Fraktion liegt der 11. NRW-Landtag deutlich über dem Durchschnitt aller Landtage mit einer Quote von neun Prozent.

Die wenigsten Abgeordneten über 60 Jahre haben nach dieser Tabelle die Landtage des Saarlands (0) und von Brandenburg und Thüringen (SPD-Fraktion: 0, gesamt: 2). Mit deutlichem Abstand zu NRW beim Anteil über 60jähriger folgen mit 14 Prozent die Landtage von Bremen und Rheinland-Pfalz.

„Die Älteren haben unsere Gesellschaft, den Sozialstaat und eine leistungsfähige Wirtschaft aufgebaut“, heißt es in dem Beitrag „Heidi Schüllers Alterslügen“ von Hans-Ulrich Klose (SPD), zu dem die Tabelle gehört. Entsprechend ihrem Anteil von einem Drittel aller Wählerinnen und Wähler seien die über 60jährigen angemessen an Politik und Gesellschaft zu beteiligen (In NRW wird am 14. Mai ein neuer Landtag gewählt.).

## Katastrophenschutz

### Aus für Wesel und Geldern

Weil der Bund die Finanzierung von Einrichtungen des Erweiterten Katastrophenschutzes (KatS) einstelle, werde die Katastrophenschutzschule des Landes NRW in Wesel zum 30. Juni geschlossen. Auch die neun Zentralwerkstätten müßten innerhalb von fünf Jahren aufgegeben werden. Als erste werde die Werkstatt in Geldern im Laufe dieses Jahres ihren Betrieb einstellen. Das teilte der Innenminister dem Ausschuß für Innere Verwaltung jetzt mit (Vorlage 11/3831).

An der Katastrophenschutzschule Wesel seien Führer und Unterführer von Einheiten des ABC-, Bergungs-, Betreuungs-, Fernmelde- und Sanitätsdienstes ausgebildet worden. Die Ausbildung werde mit deren Einverständnis den Hilfsorganisationen überlassen. Die Kosten der Ausbildung trage weiterhin der Bund.

## Zitat

„Man kann den Menschen nicht zwingen, ökonomisch richtig zu handeln.“

(Finanzstaatssekretär Dr. Karl-Heinz Bentele im Haushaltsausschuß)



Ihren 83seitigen Fünfjahresbericht über die Schwerpunkte der Arbeit des Petitionsausschusses in der elften Wahlperiode überreichten die Vorsitzenden des Petitionsausschusses der Landtagspräsidentin und in einer Pressekonferenz auch den Medien. Im Anhang befinden sich eine genaue Statistik der Eingaben nach Ressorts und Themen, eine Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen und ein Bericht über die Türkei-reise der Vorsitzenden, v.l. Hans Rohe (SPD), Präsidentin Ingeborg Friebe, Dr. Hans-Georg Tamblé (Leiter des Petitionsreferats der Landtagsverwaltung) und Karl Knipschild (CDU).

Foto: Schälte



## Knipschild und Rohe: Weniger Petitionen in fünf Jahren

### Behörden sind flächendeckend bürgerfreundlicher geworden

Das Parlament sollte die Aufgabe sehen, sich stärker um den Petitionsausschuß zu kümmern. Das erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Hans Rohe (SPD), bei einer Pressekonferenz am 27. April im Landtag, bei dem er sowie der Vorsitzende des Ausschusses, Karl Knipschild (CDU), nach dem Bericht im Plenum noch einmal Bilanz der Ausschüßtätigkeiten in den fünf zurückliegenden Jahren der 11. Wahlperiode zogen. Knipschild konnte dabei auf eine positive Entwicklung verweisen: Die Petitionen haben abgenommen. Als Grund führte er unter anderem die Erkenntnis an, daß die Verwaltungen flächendeckend bürgerfreundlicher geworden seien.

Wie der Vorsitzende ausführte, hätten die Petitionszahlen über 15 Jahre nahezu gleich je Wahlperiode bei 25 000 gelegen. In dieser Legislaturperiode seien sie nun auf 20 000 gesunken. Der Rückgang wurde ferner damit begründet, daß die vor dem Asylkompromiß dramatisch hohen Zahlen von Ausländerpetitionen gesunken seien. Hans Rohe führte ein weiteres Argument für die Abnahme der Petitionen an: Viele Städte hätten inzwischen echte Beschwerdeausschüsse installiert. Viele Petitionen, die man bearbeitet habe, seien Angelegenheiten der Kommunen.

Von den annähernd 20 000 Petitionen in der 11. Wahlperiode wurden nach den Angaben der beiden Politiker 5358 positiv entschieden, 10 832 erhielten einen negativen Bescheid, 2 869 wurden auf andere Art erledigt. Mit 5100 entfielen die meisten Petitionen in den vergangenen fünf Jahren auf den Bereich des Innenministers. Karl Knipschild führte als Grund das Ausländerrecht an. Hier gebe es auch die größte menschliche Problematik, nämlich die Asylproblematik. Bei den Petenten handele es sich um Men-

schen, die hier Zuflucht gesucht hätten, nach Recht und Gesetz aber nicht bleiben dürften. Sie wendeten sich an den Petitionsausschuß. Mit 27,4 Prozent habe in diesem Bereich jede vierte Petition positiv beschieden werden können. Den Menschen sei oft schon geholfen, wenn die Abreise verzögert werde. Häufig sei erreicht worden, daß wenigstens das Ende des Schuljahres habe abgewartet werden können.

Mit 3 981 lagen die Petitionen danach im Bereich des Arbeits- und Sozialministers am höchsten. Soziale Belange würden oft subjektiv als ungerecht empfunden, meinte der Abgeordnete. Dennoch weise die Erfolgsquote aus, daß fast jede dritte Petition habe positiv beschieden werden können. Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung als „Geschäftspartner“ bezeichnete Knipschild als gut. Er wies indessen auf ein Phänomen hin: Die nachgeordneten Behörden mauernten zunehmend oder wendeten Verzögerungstaktik an. Dem Artikel 41 a der Landesverfassung komme hier besondere Bedeutung zu, schloß Hans Rohe (siehe auch Seite 6).



Eine vietnamesische Stipendiatengruppe, die sich auf Initiative des Wirtschaftsministeriums in Nordrhein-Westfalen aufhielt, hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) empfangen. Betreut wurden die jungen Leute von der Carl-Dulsberg-Gesellschaft. Foto: Schälte

## Personalien...

**Dr. Günter Rinsche** (CDU), von 1975 bis 1980 Landtagsabgeordneter, ehemaliger Oberbürgermeister von Hamm und heute Europa-Abgeordneter, ist neuer Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Diplom-Volkswirt löste den Thüringer Ministerpräsidenten **Dr. Bernhard Vogel** (CDU) ab, der nicht mehr kandidiert hat.

★

**Franz-Josef Leikop** (CDU) aus Brilon ist der erste hauptamtliche Landrat in Nordrhein-Westfalen. Leikop wurde vom Kreistag des Hochsauerlandkreises mit den Stimmen der CDU gegen SPD und Grüne gewählt.

## Leser schreiben... \*

### Jugendschutz

(„Landtag intern“, Nr. 4/1995, Bericht über eine Ausschußsitzung in der Landesanstalt für Rundfunk zum Jugendschutz in Medien) Noch immer wird von Wissenschaftlern darüber diskutiert, ob „Gewalt in den Medien“ überhaupt einen (negativen) Einfluß auf die Individualentwicklung (sog. Ontogenese) von Kindern und Jugendlichen hat oder in welchen Maßen mediale Gewalt ihnen schadet. Dem gesunden Menschenverstand leuchtet dieser Diskurs nicht ein. Vielmehr scheint es offensichtlich, daß das z.B. in Horrorfilmen Gesehene als spezifische Verhaltensform erkannt, gelernt und gelebt wird (sog. Stimulationstheorie: Lernen durch Beobachten). Auch dürfte ein Abstumpfungseffekt durch den regelmäßigen Konsum von Horrorvideos unbestritten sein (sog. Habitualisierungstheorie): Wer schon etliche Male der Enthauptung von Menschen via Bildschirm beigewohnt hat, dem erscheinen derartige Szenen schon bald als außerordentlich langweilig — er verlangt nach mehr. Dem „Mehr“ sind — wie der menschlichen Phantasie — keine Grenzen gesetzt; besonders modern sind augenblicklich Filme, in denen Sex mit Leichen praktiziert wird. Nun stellt sich die Diskussion um die Schrankenziehung der Reichweite der Kunst-, Meinungs- und Pressefreiheit freilich als eine außerordentlich kom-

plexe Angelegenheit dar, die das behutsame Vorgehen vieler Politikerinnen und Politiker durchaus rechtfertigt. Doch es muß erkannt werden, daß konsequentes (politisches) Vorgehen unabdingbar ist; denn allein auf die Fähigkeit zur Selbstkontrolle der Medien abzustellen, wäre grob fahrlässig: Wenn bei bestimmten privaten Sendern auch nur ein Minimum an entsprechendem Bewußtsein und Verantwortungsgefühl vorhanden wäre, würde schon manch ein Zeichentrickfilm nicht gesendet werden, in dem die Köpfe mit der Regelmäßigkeit von Kirchenfesten rollen. Im Sinne eines effizienten Jugendschutzes ist also der Gesetzgeber gefragt, wobei auch der Aufklärung von Lehrern und Eltern ein höherer Stellenwert als bisher zukommen muß: Welcher Fernsehzuschauer weiß denn schon, daß er selbst ausufernde Gewalt- und Pornographiedarstellungen verbieten lassen kann? Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften erhält jedenfalls nur von einer stark begrenzten Zahl an Privatpersonen (rund 20 Bundesbürger per annum) adäquate Hinweise.

Fazit: Niemand will eine gewaltverseuchte Gesellschaft. Doch mit Hoffen und Beten ist den Übeln nicht beizukommen. So muß also von staatlicher Seite „gelenkt“ werden. Wenngleich sich niemand der Illusion hingeben sollte, es könne durch Gesetze oder Verordnungen dem Tauschhandel von indi-

zierten Computerspielen, Filmen u. ä. Einhalt geboten werden.

(\* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,  
8842304 und 8842545, btx: \*56801\*, FAX  
8843022  
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## SPD-Fraktion

### Sogar Opposition lobt Politik der NRW-SPD

Die Sozialdemokraten im Landtag haben Wort gehalten. Sie haben in bestimmten politischen Bereichen sogar mehr geleistet, als sie zu Beginn der Legislaturperiode versprochen hatten.

Das ist das Fazit, das die SPD-Mehrheitsfraktion in ihrer Fünf-Jahres-Bilanz ziehen kann: 125 000 neue Kindergartenplätze; dieses Jahr kommen weitere 10 000 hinzu; mehr als 160 000 neue, öffentlich geförderte Wohnungen; verspro-

chen waren pro Jahr mindestens 27 000; eine Politik für alte Menschen, die Maßstäbe setzt.

Sogar die Opposition im Landtag kommt nicht umhin, die Erfolge der NRW-SPD anzuerkennen. Originalton des CDU-Oppositionsführers im WDR-Hörfunk-Interview: „Wir geben in Nordrhein-Westfalen sehr viel Geld für den sozialen Wohnungsbau aus. Da habe ich überhaupt keine Kritik dran zu üben. Das sind 3,5 Milliarden Mark, die aus dem Landeswohnungsbauvermögen und aus dem Landeshaushalt fließen, zusammen mit Bundesmitteln. Ich glaube, daß die Summe überhaupt nicht erhöht werden soll.“

In demselben Hörfunk-Interview wurde der Oppositionsführer auch in einem an-

deren Punkt ehrlich: „Wir können auch als Opposition nicht von jetzt auf gleich die fehlenden 7 500 Polizisten in Nordrhein-Westfalen einstellen, und wenn man wenig Geld hat, muß man kreativ sein.“ Die Bilanz der SPD-Politik für NRW stimmt. Sie setzt auf wirtschaftliche Modernisierung, auf ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit. SPD-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedhelm Farthmann: „Das Beste für Nordrhein-Westfalen ist die Fortsetzung der erfolgreichen SPD-Politik mit Johannes Rau als Regierungschef.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## CDU-Fraktion

### Banden nach Vorbild von FBI bekämpfen

„Organisierte und international tätige Banden müssen durch eine Bundespolizei nach dem Vorbild des amerikanischen FBI bekämpft werden“, forderte jetzt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, bei einem Besuch des Bundesgrenzschutzes in St. Augustin. Die organisierte Kriminalität nehme mittlerweile erschreckende Formen an; auf diese Herausforderung könne man nicht mit

einer Polizeiorganisation reagieren, die dem Anforderungsprofil der 50er Jahre entspreche, erklärte Linssen. Er bedauerte gleichzeitig, daß bereits vorhandene Einrichtungen wie das Bundeskriminalamt oder die GSG 9 „weit unter ihren Möglichkeiten bleiben müssen, und die Banden freuen sich“.

Als vordringliche Maßnahme zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens nannte Linssen eigene Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA) bei der Strafverfolgung krimineller Banden auch im Inland, die Verstärkung des BKA durch eigene Exekutivkräfte und durch Sondereinheiten des Bundesgrenzschutzes sowie eine der BKA-Struktur entsprechende Erweite-

rung der Befugnisse für die Bundesanwaltschaft. Linssen wörtlich: „Mit diesen erweiterten Kompetenzen kann das BKA die Verbrechensbekämpfung über die Staatsgrenzen hinweg verbessern.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende rechnet mit heftigem Widerstand gegen seinen Vorschlag von NRW-Innenminister Schnoor. Er forderte deshalb, daß Bund und Länder alle Kräfte zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bündeln müßten, statt sich in kleinteiliger Kompetenz-Hickhack zu blockieren. Dies gelte auch für den von der CDU seit langem geforderten Einsatz der Nachrichtendienste zur Bekämpfung internationaler Verbrecherbanden.

## F.D.P.-Fraktion

### Keine Erhöhung der Rundfunkgebühren

Mit Entschiedenheit hat sich die F.D.P.-Landtagsfraktion gegen die von der ARD angeregte Erhöhung der Rundfunkgebühren von 23,80 auf 29,85 Mark ab 1997 gewandt.

Wer die Rundfunkgebühren um rund 25 Prozent erhöhen will, muß nach Ansicht der F.D.P. schon darlegen, welche zusätzlichen Leistungen er damit finanzieren will. Wenn mit den zusätzlichen 6,05 Mark nur die ungebremste Ausgabenflut des öffent-

lich-rechtlichen Rundfunks finanziert werden soll, dann müssen sich die verantwortlichen Politiker in den Ländern dagegenstemmen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion erwartet von der ARD statt des Rufes nach höheren Rundfunkgebühren vielmehr einen nennenswerten Beitrag zur Kostensenkung, eine Verschlankung des Verwaltungsapparates, einen Ansatz für eine Strukturreform der ARD und erste Verhandlungen über die Zusammenlegung kleinerer Anstalten. Nur wenn Kostendruck ausgeübt werde, passiere auch endlich etwas.

Wenn die ARD aber den bequemeren Weg gehen und sich nur höhere Gebühren genehmigen lassen wolle, dann werde sich in puncto Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit

nichts ändern. Wenn es möglich sein wird, zwei Bundesländer wie Brandenburg und Berlin zusammenzulegen, dann wird es ja wohl auch noch möglich sein, gegen den Egoismus einzelner Ministerpräsidenten kleinere Rundfunkanstalten wie Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk in größere Einheiten aufgehen zu lassen.

Eigentlich müßte die ARD mit sieben Anstalten auskommen. Norddeutscher Rundfunk — NDR (incl. Radio Bremen); Sender Freies Berlin — SFB (incl. Ostdeutscher Rundfunk); Mitteldeutscher Rundfunk — MDR; Westdeutscher Rundfunk — WDR; Südwestfunk — SWF (incl. Hessischer Rundfunk und Saarländischer Rundfunk); Süddeutscher Rundfunk — SDR; Bayerischer Rundfunk - BR.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Im Jahr 2365 Gleichstellung an Hochschulen erreicht

Die Grünen winken mit dem Zaunpfahl — sie zeichnen die zehn Hochschulen NRW aus, deren Frauenanteil bei den Beschäftigten besonders gering ist. An den einzelnen Hochschulen wird ein Zaunpfahl eingerammt, der auf die Blindheit hinweist, mit der qualifizierte Wissenschaftlerinnen übersehen werden.

Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Die Männerförderung funktioniert an den Hochschulen ausgezeichnet — nur 7,3 Prozent der

Professoren-Stellen sind von Frauen besetzt. Zwar haben die Frauen seit 1989 im akademischen Mittelbau etwas aufgeholt, bei den Spitzenstellen liegt ihr Anteil aber nur bei kümmerlichen 3,6 Prozent. Vorausgesetzt, die Steigerung ginge in dem Tempo der letzten Jahre weiter, wäre die Gleichstellung von Lehrstuhlinhaberinnen im Jahre 2365 erreicht.“

Eine Trendwende zur stärkeren Einstellung von Frauen in den Hochschulen ist für die Grünen nicht erkennbar. Das zeigt auch der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten — hier liegt in vier Jahren eine Steigerung von 0,1 (!) auf 26,3 Prozent vor. Besonders dramatisch ist die Lage an den Fachhochschulen. Die Fachhochschule Lippe in Lemgo ist hier an Frauenfeindlichkeit nicht

zu überbieten: Nur jeder 14. Beschäftigte ist hier weiblich, es gibt nicht einmal fünf Prozent weibliche Beamten.

Eine Änderung in Richtung Frauenförderung ist bei neuen Hochschulen nicht in Sicht. So weist die neue Fachhochschule Gelsenkirchen insgesamt nur 19 Prozent weibliche Beschäftigte und einen Beamtinnenanteil von etwa sieben Prozent auf.

Marianne Hürten verlangt zur Erlangung der Gleichstellung der Frauen an den Hochschulen eine Stellen-Quotierung, eine bessere finanzielle Ausstattung der Frauenbeauftragten, die Einführung von geschlechtsgetrennten Praktika und Übungen in einigen naturwissenschaftlichen und technischen Fächern und eine verbesserte Unterstützung studierender Mütter.

## Porträt der Woche

# Eine engagierte Demokratin

## Ingeborg Friebe nimmt Abschied vom Landtag

Von  
Richard Hofer

*Ingeborg Friebe blickt zufrieden auf ein erfülltes politisches Leben zurück. Die fünfjährige Präsidentschaft im Düsseldorf Landesparlament war der Höhepunkt einer nie spektakulären, aber soliden und engagierten politischen Arbeit. Für die Rechte des Parlaments kämpfte die nun scheidende Präsidentin unverdrossen, legte sich dabei nicht selten auch mit Parteifreunden der eigenen Regierung an. Beharrlich wehrte sie sich gegen anmaßende Übergriffe der Exekutive zu Lasten des Parlaments. So kämpfte sie gegen die Staatskanzlei um ein Mandat des Landesparlaments im Ausschuß der Regionen im Europäischen Parlament und erreichte einen Kompromiß. Und sie ließ nicht zu, daß Ministerien im Landtag Veranstaltungen durchführten, der sei schließlich das „Haus des Parlaments“. Wenn auf Veranstaltungen Staatssekretäre mehr Beachtung finden als „vom Volk gewählte Abgeordnete“, beklagt sie dies als Verfall demokratischer Kultur.*

Dabei wollte die engagierte Parlamentarierin nach 1945 von Politik erst einmal gar nichts wissen. Ihre Jugend war geprägt von der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus. Die Familie opponierte offen gegen die Nazi-Diktatur, als Kind wurde sie ständig hin- und hergerissen zwischen nazi-kritischem Elternhaus und Blut- und Boden-Erziehung in der Schule. Die Mutter, Sozialdemokratin, wurde von der GESTAPO geschlagen, der Vater, Kommunist, im KZ ermordet.

Doch die Neugier über die Ursachen jener traumatischen Erlebnisse weckte dann doch bald das Interesse an der Politik. In Abendkursen studierte sie Englisch und Gesellschaftskunde und engagierte sich, ganz in der Tradition ihrer Eltern und Großeltern, beim DGB. Dort arbeitete sie zunächst in der Rechtsschutzabteilung und wurde 1950 zur Landesvorsitzenden der HBV in Niedersachsen gewählt. Nach der Geburt ihrer zwei Söhne legte sie dann eine längere politische Pause ein.

1966 zog die gebürtige Braunschweigerin nach Nordrhein-Westfalen, in

ihrer neuen Heimatstadt Monheim stürzte sie sich in die Kommunalpolitik. Sie übernahm diverse Partei- und Ratsfunktionen und wurde 1976 Bürgermeisterin, ein Jahr nach ihrem Einzug in den Landtag und jenem Coup, der sie vor Ort zur „Mutter Courage“ werden ließ: Die sozial-liberale Landesregierung hatte eigentlich schon die Zusammenlegung von Langenfeld und Monheim beschlossen. Doch die frischgebackene Abgeordnete bündelte alle Kräfte, ging auch in anderen Fraktionen auf Stimmenfang und rettete in der entscheidenden Abstimmung per Hammeisprung im Landtag die Unabhängigkeit Monheims, indem sie persönlich an der „Ja-Tür“ Wache schob und gerade noch genügend Abgeordnete zum Abstimmungsgang durch die „Nein-Tür“ bewegen konnte.

### Brücken bauen

Praktische Arbeit für den Einzelnen interessierte Ingeborg Friebe stets mehr als abstrakte politische Gedankenspiele. Im Petitionsausschuß engagierte sie sich gegen die Entmündigung von Kranken, im Gesundheitsausschuß kämpfte sie für die Auflösung der überdimensionierten und entpersönlichten Psychiatrien. Als Anke Brunn 1978 nach Berlin „entsandt“ wurde, wählte die Fraktion Ingeborg Friebe in ihren Vorstand, da war der Grundstein für die Parlamentskarriere gelegt. Die Männer der SPD verschreckte sie nie durch emanzipatorische Ansprüche, dem Quotenbeschluß ihrer Partei stimmte sie ohne innere Überzeugung zu, mehr aus „Solidarität mit den Frauen insgesamt“. Schließlich war sie die erste Frau an der Spitze eines SPD-Unterbezirks und hatte sich auch bei ihrer ersten Landtagskandidatur gegen drei männliche Mitbewerber durchgesetzt — ohne Quotenbeschluß.

1985 wurde Ingeborg Friebe Vizepräsidentin des Landtags und 1990 schließlich Nachfolgerin von Karl Josef Denzer. Die neue Präsidentin zeigte Sinn für Kunst und Historie. Nach gründlicher Auseinandersetzung mit dem Künstler ließ sie Günther Uecker ein riesiges



Ingeborg Friebe

Nagel-Relief vor dem Eingang des Plenarsaals installieren. Der neue Landtag wurde mehrfach Tribüne für außergewöhnliche Theaterstücke und Performances. Die alljährliche Veranstaltung „Kinder im Parlament“ geht ebenso auf ihre Initiative zurück wie die eindringliche Gedenkveranstaltung angesichts der Befreiung des KZ von Auschwitz vor 50 Jahren.

Ingeborg Friebe macht das Amt Spaß. Gerne empfängt sie ausländische Gäste und repräsentiert nicht ohne Stolz „ihr“ Nordrhein-Westfalen in seiner ganzen Vielfalt. Den Parlamentsablauf versuchte sie stets sachgerecht und unabhängig zu managen, pochte im Ältestenrat unerbittlich auf ihre Kompetenz. Manch hitzige Debatte konnte sie in ihrer ruhigen und sachlichen Art abkühlen. Brücken zu bauen, darin sieht sie eine wichtige Aufgabe ihres Amtes. Vorwürfe, sie würde etwa in „Aktuellen Stunden“ die SPD bevorzugen, kränken sie.

Nächstes Jahr wird Ingeborg Friebe 65. Nach 20 Jahren Landtagsarbeit möchte sie nun das Parlament verlassen. Mit großer Befriedigung registriert sie, daß der alte Landtag nun doch im Besitz des Landes bleiben soll, auch wenn sich ihre Vision von einem „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ wegen der knappen Haushaltsmittel nicht erfüllen dürfte.

Der endgültige Abschied von der Politik steht allerdings noch aus, Bürgermeisterin von Monheim möchte sie noch einige Jahre bleiben. Doch freut sie sich, künftig auch mehr und mehr private Wünsche realisieren zu können. Vor allem möchte sie reisen, nach Kanada und mit dem Schiff zum Nordpol. In der Wandelhalle des Landtags wird sie indes demnächst als erste Frau in der Präsidenten-Galerie verewigt werden. Als kämpferische Parlamentarierin mit Herz hat sie ein Stück Landtagsgeschichte mitgeschrieben.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 4. bis 22. Mai 1995

- 4. 5. **Bärbel Höhn** (GRÜNE), 43. J.
- 5. 5. **Franz Püll** (CDU), 68 J.
- 6. 5. **Antonius Rösenberg** (CDU), 52 J.
- 7. 5. **Norbert Giltjes** (CDU), 53 J.
- 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 48 J.
- 14. 5. **Hans Klaps** (SPD), 59 J.
- 15. 5. **Regina van Dinther** (CDU), 37 J.
- 16. 5. **Georg Aigner** (SPD), 61 J.
- 20. 5. **Franz-Josef Britz** (CDU), 47 J.
- 22. 5. **Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), 59 J.

★  
**Egbert Reinhardt** (SPD), seit 25 Jahren Abgeordneter im Landtag, jetzt indessen entschlossen, mit Ende der Legislaturperiode aus dem Parlament auszusteigen, hat zum Abschluß, auch aufgrund seiner Erfahrungen, ein Gedicht verfaßt, das in Gelsenkirchen bereits verlesen, hier in Auszügen Wiedergabe finden soll:

### Der MdL

Fünfundzwanzig Jahre MdL  
 ach, wie geht die Zeit so schnell.  
 Gestern noch ein junger Remonte,  
 der im Parlament noch nicht viel konnte.

Heute schon ein Statesman, ein elder,  
 der nur noch wandert durch die Felder.  
 Was lehrt uns die Zeit, die lange?  
 Vor allen Dingen eins: Sei nicht bange.

Sei immer ein aufrechter Demokrat,  
 der stets eine Meinung und nicht die Hosen  
 voll hat.  
 Betreibe nicht die Politik des „Sowohl als  
 auch“!  
 Leider ist dies in letzter Zeit häufig so  
 Brauch.

Sie offen und ehrlich, blick nicht zurück!  
 Das ist auf Dauer die beste Taktik.

Der Landtag macht Gesetze  
 und ich krieg bald die Krätze,  
 weil kein Bürger honoriert,  
 was an Kraft wird investiert.

Niemand schätzt welch Müh und Plag'  
 manch MdL so aufbringen mag.  
 Damit recht deutlich wird und klar,  
 was des Gesetzgebers Wille war.

Damit nicht mehr weltfremde Bürokraten  
 durch ein schlechtes Gesetz das Gemein-  
 wohl verraten.  
 Das ist der Kampf, den gewinnt er fast nie,  
 gegen die große, mächtige Bürokratie.

★

**Heinz Hardt** (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, ist am 27. April in Olpe einstimmig zum Präsidenten der Landesverkehrswacht gewählt worden.

★

**Dr. Hans Kraft** (SPD), Landtagsabgeordneter, hat beim Simultanschachturnier gegen den Großmeister **Dr. Helmut Pfleger** ein Remis erzielt. Damit gelang Kraft nach seinem Remis gegen die Nummer 1 der Frauenweltrangliste, die Ungarin **Judith Polgar**, im Jahre 1992 ein zweites Mal ein solcher Erfolg.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Der Stiftungsrat** für Wohlfahrtspflege des Landes NRW hat seine letzte Sitzung in der 11. Legislaturperiode durchgeführt. Das Bild zeigt vorne von links nach rechts die Landtagsabgeordneten **Otti Hüls** (CDU) und **Bodo Champignon** (SPD), den Vorsitzenden und Landtagsvizepräsidenten **Ulrich Schmidt**, Ministerialrat **Helmut König** vom Geschäftsführenden Vorstand sowie **Heinz Dieter Bongers** vom Stiftungsvorstand. Im Hintergrund von links der CDU-Landtagsabgeordnete **Georg Gregull** sowie **Dr. Jörg Steinhausen** vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrts-Verband. Nach dem Geschäftsbericht 1994 belief sich die Summe der im Geschäftsjahr bewilligten Zuschüsse aus Stiftungsmitteln auf über 64 Millionen Mark. Für das Geschäftsjahr 1995 ist der an die Stiftung abzuführende Anteil an der Spielbankabgabe durch den Landeshaushaltsplan 1995 auf 10 Millionen Mark nebst einer Verpflichtungsermächtigung von 40 Millionen Mark festgesetzt worden. Der Ende 1994 für die Vergabe noch zur Verfügung stehenden Betrag von rund 32 Millionen Mark erhöht den Bewilligungsrahmen für dieses Jahr entsprechend.



Für einen guten Zweck war der FC Landtag aktiv. Zugunsten des Internationalen Friedensdorfes Oberhausen spielte er im Rahmen eines Fußballturniers. Das Bild zeigt die Fußballer mit dem Oberhausener SPD-Landtagsabgeordneten **Professor Dr. Manfred Dammeyer** in ihrer Mitte.